

Editorial

von Karlheinz Weißmann

Unlängst brachte *3sat* ein umfangreiches Interview mit Klaus Wagenbach. Der Verleger durfte Histörchen und Anekdoten erzählen und kam irgendwann zielsicher auf seine Heldenzeit zu sprechen, die späten sechziger und frühen siebziger Jahre. Der Journalist, der die Stichworte lieferte, forderte ihn auf, auch über die damaligen Konflikte mit der Obrigkeit, vor allem der Polizei, zu berichten. Woraufhin Wagenbach genußvoll schilderte, wie er die Polemik der *Bild*-Zeitung und die Haussuchungen und Beschlagnahmen genutzt habe, um Reklame für einen neuen Titel zu machen und die Solidarisierung der ganzen linken Szene zu erreichen. Etwas irritiert wirkte er allerdings bei der Nachfrage, welche Bücher man denn heute machen könne, um die Staatsanwaltschaft zu einem Verbot zu bringen. Deutlich zögernd kam die Antwort, so etwas sei jetzt nicht mehr nötig, damals aber schon, denn damals sei das ja noch nicht „unsere Republik“ gewesen.

Wagenbach meint das ganz naiv. Er ist kein aufgeregter junger Mann mehr, sondern einer mit Professorentitel und Bundesverdienstkreuz, bekenndes Mitglied der „Toscana-Fraktion“, allseits hofiert wegen ambitionierter Klassikerausgaben. Nur die betonte Lässigkeit des Äußeren und die ungebändigte Haarpracht erinnern an ein wilderes Früher, ansonsten wirkt alles „etabliert“.

Wagenbach ist insofern typisch, als die Etablierung seiner Generation weit vorangeschritten ist. Die Kämpen der Achtundsechzigerbewegung haben nicht nur die Spitzenfunktionen des Staates besetzt, sondern auch und gerade die im Kulturbetrieb: die Rolle, die Hans Magnus Enzensberger mittlerweile für das bürgerliche Feuilleton spielt oder die Konservierung des *Kursbuchs* durch Gruner + Jahr sind nur besonders signifikante Beispiele. Man könnte darüber milde urteilen, im Hinblick auf das Schicksal aller Revolutionäre in den vergangenen beiden Jahrhunderten, die regelmäßig, älter geworden, ihren Frieden mit den Verhältnissen machten. Allerdings hatten sich dann die Verhältnisse – bei allem Wandel – doch insgesamt stabil erhalten. Davon kann hier keine Rede sein. Das, was Wagenbach als *seine* Republik betrachtet, zeigt ein ganz anderes Gesicht als das Land, für das das Grundgesetz einmal geschrieben wurde. Man nutzt zwar ungerührt Bestände, für deren Dauer man nichts getan hat, aber auffälliger ist die neue Lust am Durchgreifen und am Pragmatischen, das freche Hinwegsetzen über alte Programme.

Das kann so noch lange weiter gehen. Zwar sieht die Generation von '68 der Pensionierung entgegen, aber ihre Nachfolger sind eingearbeitet. Wer heute eine andere Republik will, darf sich nicht auf natürliche Prozesse oder Pendelgesetze der Weltgeschichte verlassen. Das immerhin kann man von Wagenbach und seinesgleichen lernen: wenn Veränderung unwahrscheinlich oder unmöglich scheint, gibt es nur ein wirksames Mittel: Politisierung. Politisierung bedeutet zuerst Fragen stellen, Selbstverständlichkeiten in Zweifel ziehen, Kritik üben, auch prinzipielle, Händel suchen mit den Einflußreichen. Das ist keine Sache von vielen, sondern von „produktiven Minoritäten“, jenen, die sich, wie Enzensberger vor vierzig Jahren schrieb, dem Zwang und den Lockungen der „Bewußtseinsindustrie“ widersetzen.

Autorenportrait Robert Michels

von Peter Boßdorf

Robert Michels, geboren 1876 in Köln und gestorben 1936 in Rom, hat sich als knapp 24-jähriger dem organisierten Sozialismus angeschlossen, aus „jugendlichem Idealismus“, wie er knapp drei Jahrzehnte später in seiner feuilletonistischen Aufsatzsammlung *Bedeutende Männer* festhielt. Seine akademische Ausbildung war zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend abgeschlossen. Nach seiner Schulzeit hatte er an der Sorbonne, in München und in Halle studiert. Hier promovierte er im Jahr 1900 bei Johann Gustav Droysen.

Schon als junger Mann scheint sich Michels von Loyalitäten, die seine Herkunft vermeintlich geboten, frei gemacht zu haben. Er empfand, wie er rückblickend festhielt, ein grundsätzliches Faible für die romanischen Länder, das sich allerdings de facto auf Frankreich und Italien beschränkte, und wandte sich zunächst dem Internationalismus sozialistischer Provenienz, später, nach seiner Übersiedelung nach Turin und noch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, dem neuen, nicht mehr in radikaldemokratischer Tradition stehenden italienischen Nationalismus zu.

Relevanter und persönlich folgenreicher war jedoch die Weigerung des Millionärssohns, die Interessen der sozialen Schicht, der er entstammte, als die seinen zu betrachten. Seine Parteinahme für den Sozialismus war radikal und kompromißlos. Er propagierte nicht die Versöhnung der Arbeiter mit der bürgerlichen Gesellschaft und ihrem Staat auf dem Weg der sozialen und demokratischen Reformen, sondern den Klassenkampf ohne Wenn und Aber. Der Weg, der ihn zu dieser Position geführt hat, liegt im Dunkeln, er ist allerdings nicht untypisch für diese Zeit. Das Unbehagen über das kapitalistische Antlitz, welches das Deutsche Reich

Wilfried Röhrich: *Robert Michels. Vom sozialistisch-syndikalistischen zum faschistischen Credo*, Berlin 1972.

trug, hatte sehr viele Intellektuelle schon bald nach dessen Gründung erfaßt. Sie zogen daraus unterschiedlichste Schlüsse, wie denn der Status quo zu überwinden wäre, manche von ihnen – sicherlich eine Minderheit – eben sozialistische.

Die SPD, zu der Michels kurz nach der Jahrhundertwende – zunächst war er der Sozialistischen Partei Italiens beigetreten – stieß, war in der Zweiten Internationale die prägende Kraft. Zahlreichen Sozialisten im Ausland galt sie als Vorbild, an dem man sich zu orientieren hätte. Trotz ihrer imponierenden Organisationskraft und ihrer Wahlerfolge konnte die Partei jedoch weder auf die Innenpolitik noch gar auf die Außenpolitik des Reiches Einfluß nehmen. Ihre Stigmatisierung und der Ausschluß von der Teilhabe an der politischen Macht funktionierten bis in die Zeit der Kriegskredite hinein. Die SPD wurde zwar nicht mehr verfolgt, blieb aber ein Staat im Staate, stets darauf bedacht, daß ihre organisatorische Aufbauleistung nicht durch neuerliche Repressalien gefährdet würde. Theorie und Praxis hatten das Überleben in einem der Partei auferlegten Dilemma zu gewährleisten: Auf der einen Seite durfte sie die bestehende Ordnung *de facto* nicht gefährden, um zu verhindern, daß der Staat in einer zum letzten entschlossenen Gegenwehr ihren leicht verletzlichen Apparat gar zerschläge. Auf der anderen Seite mußte sie so gefährlich erscheinen, daß der Gegner das Risiko eines Schlages gegen die Arbeiterbewegung, zum Beispiel durch eine Verschärfung des Wahlrechts, als hoch genug ansehen würde, um von diesem abzusehen.

Innerparteilich wurden die Sozialdemokraten in den Jahren um die Jahrhundertwende durch die Kritik der sogenannten Revisionisten in Atem gehalten, die den Abschied vom Marxismus als ausschließliches theoretisches Bezugssystem anstrebten, um die Diskrepanz zwischen Programm und Praxis zu überwinden. In dieser „revisionistischen Krise“ (Jacques Droz) stand Robert Michels auf der Seite der Mehrheit, die den Versuch, die Partei auf einen bekennend reformistischen Kurs zu bringen, abwies. Eine Zustimmung zu dem Bild, das die SPD im großen und ganzen abgab, lag darin nicht. Auch er sah die Notwendigkeit, den Anspruch der Partei und die Wirklichkeit ihrer Politik in Einklang zu bringen – sie hatte jedoch seiner Auffassung nach ihre revolutionären Zielsetzungen nicht aufzugeben, sondern ihnen endlich entsprechende Taten folgen zu lassen. Hier traf er sich mit den Maximalisten um Rosa Luxemburg, die, unter dem Eindruck der Russischen Revolution von 1905, dem Instrument des Generalstreiks im Arsenal der Partei wieder einen prominenten Platz einräumen wollten.

In einer rückblickenden Betrachtung hat sich Michels knapp zwei Jahrzehnte nach diesen Ereignissen als Vertreter einer Richtung gesehen, die, sofern man sie überhaupt zur Kenntnis nahm, mit dem unglücklichen und letztlich auch unpassenden Etikett des Anarchosyndikalismus versehen wurde, und die strenggenommen, so Michels, als solche auch nie existiert hat. Er lehnte den Revisionismus ab, er konnte sich mit dem mehrheitlich durchgesetzten Kurs der Partei nicht wirklich anfreunden, und er fand auch keinen Konnex zu den Maximalisten, die in der Theorie schon im großen und ganzen vorwegnahmen, was sie im Zuge der Zuspitzung der innerparteilichen Auseinandersetzungen anläßlich des Ersten Weltkrieges zur Spaltung der Arbeiterbewegung führen sollte. Mit ihnen teilte Michels die Radikalität, aber nicht die Anschauungen, aus denen sie sich speiste. Seine waren zu diesem Zeitpunkt bereits durch eine ganz andere, in Frankreich und Italien weit vorangetriebene Revision des Marxismus geprägt.

Robert Michels hat die wesentlichen Autoren, die diese Revision unter dem Banner des Syndikalismus betrieben, in der Phase seines sozialistischen Engagements nicht nur wahrgenommen, er hat einige von ihnen auf seinen Studienaufenthalten und Reisen auch persönlich kennengelernt. Zu nennen ist hier insbesondere Georges Sorel, der dieser Strömung vielleicht nicht die ausgefeilte theoretische Ausformung gegeben hat, sie aber durch suggestive Denkfiguren nachhaltig zu prägen verstand und zudem als eine Integrationsgestalt für publizistische Projekte fungierte.

Der Sorel, den Michels zunächst kennenlernt, ist jener der syndikalistischen Phase, in der er die berühmten Betrachtungen *Über die Gewalt* verfaßte. Sie sollten eine ganze Generation radikaler Intellektueller mit weit auseinanderlaufenden Lebenswegen prägen – nicht zuletzt Be-

Jacques Droz (Hrsg.): *Geschichte des Sozialismus. Band IV, Die sozialistischen Parteien Europas: Deutschland, Österreich-Ungarn, Skandinavien, Niederlande*, Frankfurt a.M., Berlin und Wien

Eduard Bernstein: *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Stuttgart und Berlin 1921.

Robert Michels: *Eine syndikalistisch gerichtete Unterströmung im deutschen Sozialismus (1903–1907)*, in: *Festschrift für Karl Grünberg zum 70. Geburtstag*, Leipzig 1932.

Georges Sorel: *Die Auflösung des Marxismus*, zuletzt Hamburg 1978.

nito Mussolini. Weniger weitschweifig und für heutige Leser leichter zugänglich hat Sorel seine Auffassungen in dem Essay *Die Auflösung des Marxismus* zusammengefaßt – der im historischen Rückblick auf seine intellektuelle Biographie allerdings schon als ein Abschied von den Illusionen des Syndikalismus gelesen werden kann. In diesem Text knüpft Sorel kritisch an den Revisionismus Bernsteins an – und treibt seinen eigenen über diesen hinaus.

Georges Sorel: *Über die Gewalt*, zuletzt Frankfurt am Main 1981.

Allein als künstlerisches Bild, so Sorel, ist der Marxismus gegen die Einwände, die der Revisionismus und die bürgerliche Kritik vortragen, immun. Als soziologische Analyse scheidet er an der Wirklichkeit, ist steril und nutzlos. Der Kapitalismus zeigt sich ein Vierteljahrhundert nach dem Tod von Marx nämlich vitaler, als dieser insinuierte. Es hat nicht mehr den Anschein, daß er den Keim zu seiner Überwindung in sich trägt. Seine innere Logik treibt ihn nicht in den Untergang. Wenn man diesen Untergang dennoch herbeiführen will, darf man nicht darauf hoffen, daß der Kapitalismus an seinen Widersprüchen scheitert; man muß den Klassenkampf vielmehr schüren, muß den psychologischen Bruch des Proletariats mit den herrschenden Verhältnissen betreiben, wo ein materieller ausbleibt.

Das Proletariat kann jedoch nur dann ins Gefecht gegen die Bourgeoisie eintreten, wenn es nicht deren Verlockungen erliegt. Seine Psychologie ist aber anfällig, seine Akzeptanz der bestehenden Verhältnisse billig zu erkaufen. Die Entstehung sozialistischer Parteien, die sich am parlamentarischen Spiel beteiligen, hat seine Vitalität unterminiert. Für Sorel ist die Demokratie der Sumpf, in dem der Sozialismus zu versinken droht. Man muß die Arbeiterbewegung daher von der Beherrschung durch die sozialistischen Parteien befreien, die Gewerkschaften vom Parlamentarismus lösen und den Angriff gegen das demokratische Regime als subtile und demagogische Form bürgerlicher Herrschaft richten. Die Demokratie suggeriert eine gemeinsame politische Grundlage, die den Klassenkampf in konstitutionelle Bahnen lenkt, ihn entschärft und schließlich neutralisiert. Der Syndikalismus ist angetreten, um die Entzweiung zwischen Bourgeoisie und Proletariat, die die Mitwirkung der sozialistischen Parteien im parlamentarischen System und der Opportunismus der Gewerkschaften zum Verschwimmen zu bringen drohen, wiederherzustellen und zuzuspitzen. Wenn sich der Klassenkampf nicht von selbst einstellen will, ist er mit künstlichen Mitteln ins Werk zu setzen. Die Gewalt ist in der Auseinandersetzung nicht allein ein gegen die bürgerliche Dekadenz gerichtetes Ausdrucksmittel proletarischer Vitalität. Sie entzaubert zugleich durch willentliche Regelverletzung die demokratische Illusion, es ließen sich auf Dauer unangreifbare und allseits akzeptierte Konfliktlösungsmechanismen etablieren.

Kampf der Eliten – Masse gegen Wendigkeit, Vignette von Adolf von Menzel

Die proletarische Wirklichkeit hat es jedoch auch mit dem Syndikalismus nicht gutgemeint. Der Funke, so wird bereits nach einigen wenigen euphorisch begleiteten Streiks erkennbar, will von der elektrisierten Minderheit partout nicht auf die Massen überspringen. Der Arbeiter möchte nicht nur durch individuellen sozialen Aufstieg selber möglichst Bourgeois werden, er eifert diesem kulturellen Leitbild sogar nach, wenn gar keine Chancen erkennbar sind, jemals die eigene Klasse hinter sich

lassen zu können. Man muß das Proletariat gar nicht eigens durch die Demokratie und die ihr auf den Leim gehenden sozialistischen Parteien korrumpieren. Der Arbeiter ist hinsichtlich seiner Motivationsstruktur, seiner Verhaltensweisen und seiner Wertvorstellungen, ohne daß fremdes Zutun nötig wäre, nicht wesentlich vom Bourgeois unterschieden – und das heißt aus sorelianischer Sicht: dekadent, eigennützig, würdelos.

Die theoretische Beliebigkeit des Syndikalismus jenseits des gemeinsamen Wunsches, das wirkungsvollste Geschütz gegen



die bürgerliche Welt in Stellung zu bringen, offenbarte sich in seiner Sinnkrise. Die Wege seiner Protagonisten, die wie eine Bewegung ausgesehen hatten, liefen auseinander. Einige suchten nach anderen, neuen Mythen, die die moralische Qualität des Proletariats verbessern könnten, die in ihm Gemeinschaftssinn und Opfersinn zu wecken versprachen. Sie fanden diese Mythen in der Nation und im nationalen Krieg, traten mit den Nationalisten der Rechten in eine osmotische Beziehung und mündeten schließlich in den Faschismus ein. Noch am ehesten den syndikalistischen Positionen treu blieben in Italien ausgerechnet jene, die sich doch ursprünglich am meisten von ihnen entfernt zu haben schienen, indem sie eine kritische Nähe zur reformistischen Sozialistischen Partei suchten oder gar in ihr verblieben – sie widerstanden in der Regel der faschistischen Versuchung.



Robert Michels

Robert Michels ist keinen der beiden Wege mitgegangen. 1907 übersiedelte er nach Turin, habilitierte sich dort und befaßte sich mit dem Sozialismus fortan eher aus einer professionell-distanzierten Warte. Er ließ ab von einem Syndikalismus, der, wie Max Weber ihm in einem Brief vorgehalten hatte, „entweder die nichtige Schrulle intellektueller Romantiker“ darstelle oder „eine Gesinnungs-Religion, die auch dann zu Recht besteht, wenn es nie ein Zukunftsziel gibt, welches ‚erreicht‘ wird und wenn auch wissenschaftlich feststeht, daß dazu keinerlei Chance ist.“ Die Kritik der Demokratie und der psychologische Ansatz seiner Soziologie sind allerdings Erbstücke des miterlebten Syndikalismus, die seine nun beginnenden „entsagungsvollen Studien“, wie sie Friedrich Naumann in einer Rezension genannt hat, prägen. Sie – und insbesondere das Hauptwerk *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie* – lassen aber auch das Tor erkennen, durch das Michels zum Faschismus schließlich gefunden hat: die von Gaetano Mosca und Vilfredo Pareto formulierte Elitentheorie.

Zeev Sternhell, Mario Sznajder, Maia Aheri: *Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini*, Hamburg 1999.

Robert Michels kannte beide Autoren auch aus persönlichen Begegnungen. Mosca war ein Kollege in Turin, mit Pareto stand er offenbar, nachdem er dem Ruf an die Universität Basel kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges gefolgt war, in engerer Verbindung – Pareto lebte zu dieser Zeit, seit 1907 von allen Lehrverpflichtungen an der Universität Lausanne freigestellt, am Genfer See.

Daß stets eine Herrschaft sei und somit eine organisierte Minderheit der Masse als nichtorganisierter Mehrheit ihren Willen aufzwingen, darin stimmten Mosca, Pareto und Michels überein. Pareto – und selektiv rezipierend folgte ihm hier Michels – bettete diese soziologische Analyse der Politik jedoch in eine allgemeine, psychologisierende Handlungstheorie ein. Der zufolge agieren Individuen nicht rational im Sinne des *homo oeconomicus*, sondern ihrer Triebstruktur, (Paretos „Residuen“) gemäß, stets bestrebt, dies mit scheinlogischen Handlungsbegründungen (Paretos „Derivationen“) zu kaschieren. Die Elite, von Pareto als eine Funktionselite sozusagen wertneutral verstanden, zeichnet sich nicht, und hier war Mosca gegenteiliger Auffassung, durch einen ethischen Anspruch und einen durch verantwortungsbewußt genutzte Überlegenheit gespeisten Paternalismus aus, sondern durch einen besonders intensiven Machtwillen und durch die Bereitschaft, diesem bei Bedarf ohne Hemmungen auch mittels Gewalt Geltung zu verschaffen.

Pareto unterstellte einen Kreislauf der Eliten: Die zur Führerschaft befähigenden Residuen verlören in der herrschenden Klasse an Gewicht, dynamischere Elemente sonderten sich von ihr ab und verschmolzen mit aufstrebenden Kräften aus der beherrschten Masse zu einer Gegenelite, die, nicht zuletzt aufgrund ihrer größeren Gewaltbereitschaft, schließlich die Herrschenden verdränge und sich an deren Stelle setze. Mit diesem Modell ließ sich auch das Phänomen des Syndikalismus, der im übrigen durch eine unverhohlenen elitäre Attitüde gekennzeichnet war, in einen größeren Zusammenhang stellen.

Vilfredo Pareto: *Trattato di sociologia generale*, 3 Bde, Florenz 1923.

Deckblatt der Erstausgabe
von Robert Michels zur
Soziologie des Parteiwesens
in der modernen
Demokratie, 1911



des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Es war nicht nur zu seiner Zeit erfolgreich, sondern verdient es noch heute, ohne daß man in prinzipieller Ehrfurcht vor den „alten Meistern“ versinken wollte, als ein „Klassiker“ der Disziplin bezeichnet zu werden.

Die Legitimation einer organisierten Arbeiterbewegung und die grundsätzliche Integrität ihrer Führer werden in diesem Buch nicht in Frage gestellt. Der kapitalistischen Expropriation kann die amorphe und hilflose Masse nur begegnen, indem sie ihre Kräfte bündelt. Sie vermag nicht anders, als sich zu organisieren, um wehrhaft zu sein. Wer Organisation will, muß aber erkennen und akzeptieren, daß er sich damit auch Oligarchie einhandelt. Das strenge Diktum Rousseaus, daß Demokratie und Repräsentation einander ausschließen, daß eine Population (oder eine Gruppe) nur durch sich selbst, nicht aber durch vermeintliche Repräsentanten vertreten werden kann, setzt Maßstäbe, die die Wirklichkeit von Staat, Partei oder Gewerkschaft nicht zu erfüllen vermögen.

Die Organisationen des Proletariats bilden, wie demokratisch und egalitär die Ansprüche, unter denen sie angetreten sind, auch sein mögen, somit eine oligarchische Struktur aus, in der sehr wenige sehr vielen ihren Willen diktieren. Es entsteht eine Arbeiteraristokratie, die sich, Entwicklungsbrüche einmal ausgeklammert, *de facto* durch Kooptation erneuert. Das in der Theorie postulierte Abhängigkeitsverhältnis der Repräsentanten von den Repräsentierten kehrt sich mehr und mehr um. Wo eine herrschende Minderheit doch einmal gestürzt wird, sind es nicht die Massen, die sich an ihre Stelle setzen, sondern nur eine neue Minderheit, die an die Spitze getragen wird: Dies gilt im Staat genauso wie in seiner bescheidenen Kopie, der Partei. „Revolutionen“, so Michels, „hat es gegeben, Demokratie nicht.“ „Die Massen begnügen sich damit, unter Aufbietung aller Kräfte ihre Herren zu wechseln. ... Ein bescheidener Erfolg.“

In das parlamentarische System der bürgerlichen Demokratie integriert, erodiert die revolutionäre Ausrichtung der Arbeiterbewegung von ihrer Spitze her. Die Arbeiterführer lassen sich mehr und mehr dazu verleiten, die Interessen des vermeintlich größeren Ganzen, an dem sie im Parlament oder gar in der Regierung mitwirken, gegen jene zu behaupten und durchzusetzen, in deren Auftrag sie zu handeln vorgeben. Der latente Reformismus der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, den der Syndikalismus behauptete, findet durch Michels eine wissenschaftliche Erklärung. Hier gehen Erkenntnisse aus der Praxis seines Engagements bruchlos in seine sogenannten „entsagungsvollen Studien“ über. Auch die konstatierte Ausweglosigkeit des Unterfangens, Demokratie Wirklichkeit werden zu lassen, dokumentiert keinen Gesinnungswandel: Die Vorstellung, daß es stets Minderheiten sind, die etwas bewegen, gehörte bereits zu den syndikalistischen Grundgewisheiten.

Die Desillusionierung über die Demokratie, der Michels in der *Soziologie des Parteiwesens* wissenschaftlichen Ausdruck verlieh, ließ natürlich auch ganz andere Optionen offen als bloß die faschistische, die er selbst später gewählt hat. Seine Entwicklung hätte ihn von diesem Punkt

Robert Michels hat nicht nur, dessen terminologische Überspanntheiten beiseite lassend, an Pareto angeknüpft, er hat vor allem einen eigenständigen und wesentlichen Beitrag zur demokratiekritischen Elitentheorie geleistet. Mosca und Pareto ließ sich aus sozialistischer Sicht vielleicht noch entgegen, daß sie das, was für die bürgerliche Klassengesellschaft zu konstatieren war, als zeitungebunden und allgemein-menschlich ausgaben. Michels jedoch unterzog genau die soziale Erscheinung einer Analyse, von der ihrem eigenen Anspruch gemäß angenommen werden sollte, daß die neue, dann wahrhaft demokratische Zeit in ihr bereits erkennbar wäre.

Der Ort dieser Analyse ist das 1911 erschienene und in den 20er Jahren nochmals überarbeitete Buch *Zur Soziologie*

aus gut und gerne auch zu der Position eines Vernunftrepublikaners führen können, der, wie zum Beispiel Max Weber, bei aller Erhabenheit über die demokratische Ideologie die parlamentarische Führerauslese für eine erfolgreiche hält. Aus der These, daß sogar sich demokratisch verstehende Organisationen und Regime notwendigerweise Oligarchien ausbilden, folgte nicht zwangsläufig die Konsequenz, diese Organisationen oder Regime deshalb zu verwerfen. Michels amüsierte sich zwar darüber, daß Demokratien immer „wortreich“ seien und „ihre Terminologie ... mit einem Gewebe aus Metaphern vergleichbar“ wäre. Er nahm dieses Phänomen aber frei von ästhetischem Ressentiment zur Kenntnis. Es kam ihm nicht in den Sinn, aus sozialhygienischem Wahrheitsfanatismus den hehren Anspruch zu erheben, die Herrschenden mögen doch, bitte sehr, gegenüber den Beherrschten das Faktum ihrer Herrschaft nicht durch Volksherrschaftsphraseologien verschleiern. Daß aus der Potentialität einer Entwicklung seines Denkens zum Faschismus schließlich doch eine reale wurde, ist auf zwei andere Faktoren zurückzuführen.

Zum einen spitzte der einstige Internationalist und Antimilitarist Robert Michels das Bekenntnis zur neuen Wahlheimat Italien, die Staatsbürgerschaft hatte er 1913 angenommen, zu einem die Grenzen zum Unappetitlichen überschreitenden Nationalismus zu. Von der Schweiz aus agitierte er für den Kriegseintritt gegen die Mittelmächte, was zu seiner endgültigen Entfremdung von Max Weber führte. Es lag in der Logik dieser Entscheidung, daß er sich plötzlich an der Seite jener Wortführer des Interventionismus wiederfand, die wie er von Sozialismus und Syndikalismus ausgegangen waren. Ihre prominenteste Integrationsfigur fanden sie in Benito Mussolini.

Zum anderen bot das Italien nach dem Ersten Weltkrieg ein Bild, das für eine wohlwollend konstruktive Demokratiekritik nicht gerade die geeignete Inspiration bot. Auf dem Gebiet der Außenpolitik erschien das demokratische Regime als unfähig, den Sieg im Krieg in einen ebensolchen im Frieden umzumünzen. Innenpolitisch sah es dem Kollaps der öffentlichen Ordnung ohnmächtig zu. Über ihm schien das Fatum zu hängen, das Vilfredo Pareto ausrangierten Eliten, denen Machtwille und Entschlossenheit abhanden gekommen waren, verheißen hatte: Sie werden durch neue, gewaltbereite Eliten verdrängt.

Robert Michels hat daher nicht nur die faschistische Machtergreifung begrüßt. Ihm mußte auch das Durchgreifen des Regimes nach der Matteotti-Krise von 1925, der Übergang von einer Politik des Kompromisses zur Etablierung des uneingeschränkten Herrschaftsanspruches als folgerichtig und begrüßenswert erscheinen. Bereits im Oktober 1922, kurz nach dem Marsch auf Rom, war er der Faschistischen Partei beigetreten. 1928 wurde er an der als eine faschistische Kaderschmiede konzipierten Universität Perugia Ordinarius für Volkswirtschaftslehre.

Der wissenschaftliche Ertrag dieser Lebensphase ist überschaubar, auch wenn es an Publikationen nicht mangelte. Er bemühte sich, im deutschsprachigen Raum durch Sachbücher und Artikel Verständnis für das neue Italien zu wecken. Er versuchte, den Faschismus als eine Vollendung des Risorgimento darzustellen, da er nicht mehr bloß das Bürgertum, sondern die ganze Nation in den Staat integrierte, und interpretierte ihn geistesgeschichtlich als Überwindung abwegiger und die soziale Entwicklung lähmender Fragestellungen des 19. Jahrhunderts.

Vor allem aber schien er anzustreben, mit einem weiteren großen Wurf dem faschistischen Herrschaftsverständnis ein Fundament zu geben, in dessen Formulierung er vermeintlich an Max Weber anknüpfte. Mussolini erschien ihm nun als charismatischer Führer, der als autochthone und authentische Vertretung des Volkswillens spontane Gefolgschaft fand.

Michels blendete dabei aus, daß Weber nicht die charismatische und auch nicht die traditionale, sondern die bürokratische Herrschaft als jene ansah, die sich in der Moderne durchsetze. Er räumte zwar die Möglichkeit ein, daß auch weiterhin Führer mit außeralltäglichen Eigenschaften aufträten. Die alsbaldige Veralltäglichsung ihrer Herrschaft sei aber unabweichlich. Die Kritik, daß Michels hier hinter seinen eigenen Erkenntnisstand aus der Zeit vor Mussolini zurückfiel, ist nicht von der Hand zu weisen. Die scheinlogischen Herrschaftsbegründungen – Pareto hätte gesagt: die Derivationen – des Faschismus werden von ihm nicht als solche entzaubert – sondern ausgeschmückt.

Bibliographie:

Robert Michels: *Bedeutende Männer. Charakterologische Studien*, Leipzig 1927.

Robert Michels: *Sozialismus und Fascismus in Italien*, München 1925.

Robert Michels: *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Stuttgart 1925.

Robert(o) Michels: *Corso di sociologia politica*, Mailand 1927.

Robert Michels: *Italien von heute. Politische und wirtschaftliche Kulturgeschichte von 1860–1930*, Zürich 1930.

Niederlage – Befreiung

von Karlheinz Weißmann *

Geschichtspolitisch kommt dem Jahr 2005 außerordentliche Bedeutung zu. In Erinnerung an das Kriegsende werden auf allen Kontinenten Feierlichkeiten, Gottesdienste, Vorträge und Symposien stattfinden, und der Medienmarkt produziert eine Fülle von Filmen, Büchern und Zeitschriften. Dieser Aufwand ist nur zum Teil dadurch erklärbar, daß 2005 zum letzten Mal Zeugen des Geschehens von 1945 in größerer Zahl beteiligt sein können. Die tiefere Ursache für die Wichtigkeit des Gedenkens liegt in der symbolischen Funktion, die das Jahr 1945 für die politische Ordnung gewonnen hat. „1945“ ist zur Chiffre für den Triumph über das Böse geworden, ein Akt der „Befreiung“ von universaler Geltung. „1945“ markiert den Beginn einer neuen Ära, die auf das Gute gegründet wurde. Deshalb scheint dieses Datum dem gewöhnlichen Lauf der Geschichte enthoben, eine Art absoluter Zäsur, keinem anderen Datum des 20. Jahrhunderts, wahrscheinlich überhaupt keinem anderen Datum vergleichbar. Der französische Historiker Etienne François, ein Spezialist für die Formen kollektiver Erinnerung, hat von „immerwährender Gegenwart“ gesprochen. „1945“ liegt in einer mythischen Zeit außerhalb der Zeit. Was davor war, ist ohne Belang, die Welt entstand neu. Alle Legitimität erwächst aus der Möglichkeit, hier anzuknüpfen.

Solche Bedeutung hat ihren Preis: die Reinigung des Erinnerungswürdigen von allem, was die Bedeutung stört. Deshalb wird beim Gedenken an das Jahr 1945 weder das Ende des britischen Imperiums noch der Beginn der stalinistischen Herrschaft in Ostmittel- und Osteuropa, weder die große „Säuberung“ in Frankreich noch der Abwurf der Atombomben über Japan eine Rolle spielen. Sonst wären Irritationen zu fürchten, müßte man über Kontinuität und Diskontinuität der Entwicklung in anderer als der gewohnten Weise nachdenken. Selbstverständlich gibt es in Großbritannien Historiker, die Churchill vorwerfen, die Überseegebiete ohne Not

* Vorabdruck aus Karlheinz Weißmann (Hrsg.): *Die Besiegten. Ein deutsches Lesebuch*, Schnellroda 2005.

aufgegeben und damit dem Einfluß der USA ausgeliefert zu haben, und in Frankreich andere, die glauben, daß Zehntausende von Toten in Folge der *épuration* ein zu hoher Preis für die Schaffung der Vierten Republik gewesen seien. In den ehemaligen Ostblockstaaten fragen viele, wie man dazu kam, Stalin die Beute aus dem Pakt mit Hitler zu überlassen und ihm zu erlauben, seine Macht bis an die Elbe auszudehnen, und die Mehrheit der Japaner bezweifelt, daß die Vernichtung von Hiroshima und Nagasaki militärisch sinnvoll oder moralisch akzeptabel gewesen sei. Aber nichts davon hat Einfluß auf das Bild vom Sieg des Guten über das Böse. Wer daran Korrekturen anbringen will, setzt sich dem Verdacht aus, der unbedingt gemieden wird, dem, für das Böse Partei zu ergreifen.

Dieser Verdacht ist in Deutschland besonders wirksam, weil das NS-Regime den einzigen Fokus der deutschen Identität bildet: „Die deutsche Geschichte ist kurz. Sie dauert gerade einmal zwölf Jahre: von 1933 bis 1945. Davor mag es etwas gegeben haben und danach auch. Aber das sind nur Vergangenheiten. Geschichte – als etwas, das als Erzählung gegenwärtig geblieben ist – sind nur die Jahre der Barbarei. Der Nationalsozialismus und der Holocaust gelten heute als Dreh- und Angelpunkte der deutschen Geschichte. Und die Deutschen sind alles andere als ein geschichtsvergessenes Volk. Das Thema bestimmt die familiären Tradierungen, dominiert die Lehrpläne in den Schulen und ist ein festes Element in den Zeitungsfuilletons. Keine Kinosaion ohne zwei bis drei Filme, die im Dritten Reich spielen. Keine Fernsehwoche ohne Nazidoku. Keine Buchhandlung ohne Hitler-Tisch.“

Die zitierten Sätze stammen von Robin Alexander, einem linken Journalisten. Sie kennzeichnen die Situation treffend, aber man spürt ein Unbehagen zwischen den Zeilen. Denn der beschriebene Zustand ist zwar das Ergebnis erfolgreicher linker Geschichtspolitik, aber die Homophonie der Auffassungen wirkt künstlich, nährt den Verdacht, daß der allgemeine Konsens nur durch Druck zustande kommt und dieser Druck einen Gegendruck erzeugen könnte, der auf die Dauer stark und stärker als der Druck wird. Die Angst vor dem Gegendruck erklärt viel von der Beunruhigung der Verantwortlichen im Hinblick auf das Gedenkjahr 2005. So äußerte Günter Morsch, der Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Sorge über „Tendenzen ...“, die verschiedenen Verbrechenkomplexe des 20. Jahrhunderts zu vermischen und weniger zu differenzieren: Zu vergleichen, was nicht vergleichbar ist, und gleichzusetzen, was nicht gleichgesetzt werden kann. Dies verletzt die Gefühle der Opfer und schadet dem Ansehen Deutschlands.“

Gemeint sind vor allem zwei „Verbrechenkomplexe“, die in den vergangenen Jahren intensiv diskutiert wurden: der alliierte Bombenkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung und die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten. In beiden Fällen führte die Konfrontation mit den lange verdrängten oder verschwiegenen Fakten zu einer erheblichen Irritation. Aber die naheliegende Frage, ob das, was die Sieger des Zweiten Weltkriegs den Deutschen angetan haben, nicht in irgendeiner Weise dem entspreche, was die Deutschen den Juden und anderen Völkern angetan hatten, war so hochgradig tabuiert, daß sie öffentlich nicht gestellt werden konnte. An der Virulenz des Problems der „Aufrechnung“ ändert das wenig. Das erklärt auch Morschs entlarvende Formulierung vom Vergleich, der „die Gefühle der Opfer“ verletze. Gemeint sind selbstverständlich nicht die Gefühle deutscher Opfer, vielmehr wird den Deutschen der Status als Opfer implizit aberkannt.

Die Meinung, daß „Täter keine Opfer“ sein können, vertritt nicht nur die „antideutsche“ Fraktion der Linken, sie bildet einen integralen Bestandteil des üblichen Deutungsmusters der NS-Zeit. Dadurch tabuiert man wirkungsvoll die Beschäftigung mit historischen Zusammenhängen, die „entlastend“ wirken könnten (von der Rationalität des Antikommunismus über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs bis zur Inhumanität alliierter Politik) und stabilisiert die Kollektivschuldthese. Derzufolge sind die Deutschen qua ethnischer Zugehörigkeit verantwortlich und haftbar für das, was von der nationalsozialistischen Führung in ihrem Namen getan wurde. Der Begriff ist nicht sehr beliebt, da er faktisch die „völkische“ Definition des Deutschen voraussetzt und Denkmustern entspricht, die sonst als „rassistisch“ verurteilt werden. Aber alles Reden über „Tätervolk“ oder „Land der Mörder“ ist nur in diesem Zusammenhang sinnvoll.

Monika Flacke (Hrsg.):
Mythen der Nationen.
1945 – Arena der Erinnerungen, 2 Bde, Berlin 2004.

So effektiv die Kollektivschuldthese geschichtspolitisch sein mag, sie stellt für die Deutschen auch das größte Hindernis dar, die allgemeine Deutung des Jahres 1945 zu übernehmen. Bezeichnenderweise wurde die Interpretation als „Befreiung“ in Deutschland lange Zeit nur von einer Minderheit vertreten. Nach dem Krieg sprachen bloß Kommunisten von „Befreiung“ und meinten damit die „Befreiung“ durch die Sowjetunion. Damit war immerhin klar, wen man als „Befreier“ ansehen sollte, weniger eindeutig war schon, wer als „Befreiter“ zu gelten hatte. Da kam neben der eigenen Partei nur die Masse der „Werkstätigen“ in Frage, die der „Faschismus“ im Bündnis mit dem „Kapital“ unterdrückt hatte: der Sieg der Roten Armee als nachgeholte Revolution der Arbeiterklasse. In der DDR kanonisierte man später die Gleichsetzung von Proletariat und Nation, und bis heute gibt es einen gewissen intellektuellen Nachtrab, der in diesem Sinn vom 8. Mai als dem Tag spricht, an dem die „Befreiung der Deutschen“ (Kurt Pätzold) stattfand.

Die Vorstellung zwingt allerdings zu der Annahme, daß das NS-Regime eine Art Fremdherrschaft gewesen sei, die von der Bevölkerung nur mit Zähneknirschen geduldet wurde. Die systematische Ersetzung des Begriffs „deutsch“ durch „faschistisch“ in der kommunistischen Geschichtsschreibung (etwa „faschistische Wehrmacht“ an Stelle von „deutsche Wehrmacht“) diene und dient derselben Absicht. Als verantwortlich gilt immer nur die „faschistische Clique“ mitsamt der „Reaktion“. In der DDR hat sich deshalb nie das Gefühl einer Verantwortung aller für das zwischen 1933 und 1945 Geschehene bilden können, schuldig war nur eine sozial genau abgrenzbare Minderheit.

Diese Exkulpation des Volkes hätte den Begriff der „Befreiung“ in Westdeutschland eigentlich verdächtig machen müssen. Wenn er in den beiden letzten Jahrzehnten trotzdem durchgesetzt wurde, so deshalb, weil man die Klarheit der DDR-Terminologie mied und vor allem der Alternative auszuweichen suchte: den 8. Mai 1945 als „Niederlage“ zu bestimmen. Heinrich Böll stellte einmal fest, man erkenne „... die Deutschen immer wieder daran ..., ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder Befreiung bezeichnen“. Er meinte damit selbstverständlich, daß der, der von „Niederlage“ sprach, auf die Seite Hitlers trat, während der, der von „Befreiung“ redete, sich auf die Seite des Guten, Moralisch-Unbedenklichen und Demokratischen geschlagen hatte. So einfach liegen die Dinge aber nicht.

Das ist schon daran zu erkennen, daß der, der von „Befreiung“ spricht, tunlichst das Objekt der „Befreiung“ verschweigt. Die Kollektivschuld angenommen, kann das deutsche Volk jedenfalls nicht das Ziel des Befreiungsakts gewesen sein. In einem Text, der für die gängige Deutung symptomatisch ist, äußerte Gerhard Hirschfeld: „Die Mehrzahl der Deutschen hatte den Krieg ihres ‚Führers‘ bereits seit langem zu ihrem eigenen Krieg gemacht.“ Deshalb sei auch zuzugeben, daß die „... von außen erzwungene Beseitigung des NS-Regimes ... für die Mehrheit der Deutschen gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch von Staat und Gesellschaft und dem Verlust ihrer bisher gültigen Wertvorstellungen und Ideale“ war; nach der Besetzung des Reiches durch die Alliierten hätten sich nur die

Opfer und Gegner des Nationalsozialismus befreit gefühlt. Stelle man aber die „Dialektik von Niederlage und Zerstörung einerseits und Befreiung und Neuanfang andererseits“ in Rechnung, müsse das Jahr 1945 als „wirkliche Befreiung“ betrachtet werden.

Von „wirklicher Befreiung“ wird hier in einem geschichtsphilosophischen Sinn gesprochen: da die Befreier ausdrücklich nicht als Befreier kamen, die Befreiung nirgends die Kennzeichen einer Befreiung aufwies und die Befreiten sich nicht als Befreite fühlten, muß es hinter dem Schleier der Tatsachen eine andere Realität geben. Die Folge der Ereignisse wird als historisch notwendig gedeutet, damit aber von allen

Andreas Hillgruber: *Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums*, Berlin 1986.



Nicht „Befreiung“ – „Zusammenbruch“; Umschlag einer Broschüre mit Reden Kurt Schumachers, 1948

konkreten Umständen abgesehen. Der Historiker Andreas Hillgruber hat auf die Konsequenzen, die diese Entfernung von der geschichtlichen Situation zur Folge haben muß, sehr früh hingewiesen. 1986 erschien sein Essay *Zweierlei Untergang*, in dem er die Frage stellte, mit wem sich die Deutschen in Erinnerung an die Kriegslage 1944/45 eher identifizieren wollten: mit der vorrückenden sowjetischen Armee, die das Ende des NS-Regimes bringen würde – und also die „Befreiung“ – oder mit den Wehrmachtssoldaten, die in aussichtsloser Lage die Front hielten, um ihren Landsleuten die Flucht vor einem unbarmherzigen Feind zu ermöglichen. Hillgrubers Feststellung – „das deutsche Ostheer schützte in einem ganz elementaren Sinne die Menschen“ – trug ihm prompt den Vorwurf ein, er sei ein „konstitutioneller Nazi“.



„Führerbefehl“,
Holzschnitt von Werner
Eggert, 1945

Zum damaligen Zeitpunkt hatte sich schon etwas im kollektiven Bewußtsein der Deutschen verschoben. Nicht nur die Nachgeborenen, sondern auch die Erlebnisgeneration sah die Vorgänge von 1945 in einem anderen Licht. Bei einer Umfrage des Instituts für Demoskopie äußerten 58 Prozent der vor 1933 geborenen, daß sie den 8. Mai als „Befreiung“ erlebt hätten, 31 Prozent sprachen von einer „Niederlage“. Allerdings sagte mehr als die Hälfte, daß im Mai 1945 eine Welt zerbrochen sei, bei den Vertriebenen waren es sogar 60 Prozent. Unter ihnen dürfte die Erinnerung an das Elend des Zusammenbruchs noch am lebendigsten gewesen sein, aber auch sie lernten, daß Gefangenschaft, Internierung, Verschleppung und Verlust der Heimat an Bedeutung verloren, und daß Tod, Folter, Vergewaltigung und Beraubung von Deutschen bestenfalls als bedauerliche Begleitumstände, schlimmstenfalls als gerechte Strafe zu gelten hatten.

Gesetzt, daß die Auffassung der breiten Masse den Reflex von Anschauungen bildet, die die politische und intellektuelle Führung entwickelt hat, stellt sich die Frage, was die Eliten der Bundesrepublik dazu bewog, mit Nachdruck auf die Identifizierung von „1945“ und „Befreiung“ hinzuwirken. Das wichtigste Motiv dürfte darin liegen, an die Position der Sieger anzuschließen. Das heißt, es geht nicht um Fragen der Performance, sondern darum, die politische „Grund-Lage“ zu ändern: man tritt von der Seite der Verlierer auf die der Gewinner. Die Teilnahme Bundeskanzler Schröders an den Feiern in der Normandie im vergangenen Jahr und seine Ankündigung, im kommenden Mai nach Moskau zu reisen, sind signifikanter Ausdruck dafür.

Der Begriff der „Grund-Lage“ stammt von dem Politikwissenschaftler Hans-Joachim Arndt. Nach seiner Meinung war die Grund-Lage der Deutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die von Besiegten: „Die Besiegten von 1945 mögen viele gute Gründe dafür anführen, dieses Datum als durch spätere Ereignisse und Entwicklungen überholt anzusehen, als durch folgende Entscheidungen und Gesinnungen und Handlungen überdeckt, zugeschüttet, gar getilgt – oder durch vorausliegende Ursach-Daten bedingt und damit relativiert. Das historische und politische *Factum Brutum* für die Deutschen bleibt dieser 8. Mai 1945 ...“. Als Arndt das formulierte, konnte man längst deutlich erkennen, wie schwer es den Deutschen – vor allem den Westdeutschen – fiel, das „Factum Brutum“ anzuerkennen, wie groß ihre Neigung war, der unangenehmen Tatsache auf die eine oder andere Art auszuweichen, auf Wohlstand oder wiedergewonnene Reputation eine alternative Existenz zu gründen. Das sei aber, so Arndt, nur um den Preis der politischen Identität der deutschen Nation möglich.

Seit Gründung der Bundesrepublik hatte jeder Schritt zu größerer Eigenständigkeit damit erkaufte werden müssen, den Westmächten Loyalität zuzusichern. Loyalität äußerte sich nicht nur in der Art der Reorganisation oder der Übernahme von Bündnispflichten, sondern auch in einer

Elisabeth Noelle-Neumann
und Renate Köcher: *Die
verletzte Nation. Über den
Versuch der Deutschen, ihren
Charakter zu ändern*, Stutt-
gart 1987.

Hans-Joachim Arndt: *Die
Besiegten von 1945. Ver-
such einer Politologie für
Deutsche samt Würdigung
der Politikwissenschaft
in der Bundesrepublik
Deutschland*, Berlin 1978.

bestimmten Art von Geschichtspolitik. Schon zu Beginn der fünfziger Jahre war die Überzeugung verbreitet, daß der Neuanfang nur möglich sein würde, wenn man sich entschloß, über gewisse, noch sehr lebendige Erinnerungen an die Nachkriegszeit hinwegzugehen. Damals veröffentlichte die Bundesregierung eine Broschüre unter dem Titel *Vom Chaos zum Neubeginn*, die die Entwicklung seit der Kapitulation darstellen sollte. Der Text ist weniger aufschlußreich im Hinblick auf die Information, die er bietet, als im Hinblick auf das, was er verschweigt, und die Art und Weise, wie die Darstellung verkürzt wurde: „Ohne Hinweise auf die Politik der Siegermächte in den Jahren 1945 und 1946 wäre unsere Schilderung unvollständig geblieben. Diese Zeit ist bereits so geschichtlich, daß wir sie ohne Ressentiments betrachten können. Echter Historismus weiß nichts vom Recht des Siegers und der Rechtlosigkeit des Besiegten. Er weiß nur um die Verantwortung, die der Besitz der Macht auferlegt. Wir sind glücklich, daß unsere Beziehungen zu den Alliierten schon seit geraumer Zeit nur vom Geist dieser hohen Verpflichtung, die jeder Führende vor seinem Volk und vor der Geschichte trägt, bestimmt wird.“

Die Verklausulierung hatte den Zweck, ein ganz bestimmtes Bild von Krieg und Nachkrieg zu zeichnen: Erwähnt wurden ausdrücklich die Opfer an Menschen und Material, aber der Verursacher trat nur auf, wenn es sich um die Sowjetunion handelte, von den Bombenschäden etwa, die Briten und Amerikaner zu verantworten hatten, sprach man wie von Naturkatastrophen, im übrigen galt der Blick den Aufbauleistungen, jeder Bezug auf die Schrecken von 1945 stand im Ruch des „Ressentiments“. Der Gerechtigkeit halber sei hinzugefügt, daß keineswegs der Versuch gemacht wurde, unter Bezugnahme auf Hitler als Verursacher des Weltkriegs alle Opfer der Deutschen zu rechtfertigen, auch die Zusammenarbeit des Westens mit Stalin und das Nichteinhalten von Zusagen der Alliierten erschien in einem problematischen Licht. Solche Konzessionen waren unumgänglich, wegen der zeitlichen Nähe der Ereignisse einerseits, wegen der Sorge vor einem neuen deutschen Nationalismus andererseits, der aus Niederlage und kollektiver Demütigung erwachsen konnte.

Bis zum Ende der fünfziger Jahre zeigten sich viele Beobachter, nicht zuletzt auf Seiten der Siegermächte, irritiert, daß weder der Zusammenbruch noch der Verlust der Ostgebiete oder die Teilung zur Entstehung einer radikalen Bewegung führten. Man rechnete im Grunde mit der Wiederkehr Weimarer Verhältnisse und gewöhnte sich nur ganz allmählich daran, daß es keine „deutsche Gefahr“ mehr gab. Abgesehen von dem anderen Ausmaß der Niederlage 1945 im Vergleich zu der von 1918 spielte für die Aussichtslosigkeit eines neuen Nationalismus auch die kluge Haltung Adenauers eine Rolle, der dem nationalen Selbstgefühl Spielraum gab. Außerdem traten alle Parteien für die Wiedervereinigung ein und die wichtigsten lehnten die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ab, die Vertriebenenorganisationen hielten die Erinnerung an das Verlorene wach und der Staat selbst zeigte sich demonstrativ als *deutscher* Staat. Ein weiterer Faktor, der stabilisierend wirkte, war die ungestörte Überlieferung der Ereignisse an der Basis. In der Bevölkerung blieb die Erinnerung an Realitäten von Krieg und Nachkrieg erhalten, die die Politik aus Gründen der Opportunität verschwie. Daß diese Erinnerung nicht stärker an die Oberfläche trat, hatte damit zu tun, daß der Wiederaufbau alle Energien band und mit dem wachsenden Wohlstand zu einer Entpolitisierung führte, die erst in den unruhigen sechziger Jahren in Frage gestellt wurde.

Der „Antifaschismus“ von Studentenbewegung und „Außerparlamentarischer Opposition“ zielte nicht nur auf eine Verschiebung im Bild der NS-Zeit, sondern auch auf eine Umwertung des Jahres 1945. Die Neue Linke vertrat dabei Interpretationen, die weniger orthodoxen marxistischen Vorgaben als vielmehr den Mustern der alliierten Umerziehung folgte. Erst jetzt konnte die Behauptung kollektiver Schuld auf breitere Zustimmung rechnen. Denn zu den wichtigsten Waffen im Kampf gegen das „Establishment“ gehörte die Behauptung, daß die Vätergeneration aus Verbrechern bestehe, und schlimmer noch: aus unbußfertigen Verbrechern. Das machte es möglich, die Verhältnisse insgesamt als „faschistisch“ zu bezeichnen, die ganze Nachkriegsentwicklung in Frage zu stellen und die neue Feindseligkeit gegenüber den Siegern, vor allem den USA, zu rechtfertigen. Aber das alles blieb affektiv und ohne schlüssiges Konzept, auch wenn ein konservativer Beobachter das Entstehen einer „natio-

Caspar von Schrenck-Notzing: *Zukunftsmacher. Die neue Linke in Deutschland und ihre Herkunft*, Stuttgart 1968.

nalbolschewistischen“ (Caspar von Schrenck-Notzing) Strömung in der APO für möglich halten konnte.

Die Neigung zum Theaterhaften und Nur-Moralisierenden hat den Erfolg der Achtundsechziger nicht nur nicht verhindert, sondern erst ermöglicht. Jede ernsthafte Verknüpfung von „antiimperialistischer“ Agitation und Deutscher Frage hätte die Ordnung der Nachkriegszeit tatsächlich zur Disposition gestellt. Davor scheute die Studentenbewegung zurück, und das gleiche gilt für ihre Erben in der organisierten Linken, der grünen und der Friedensbewegung. Als 1985 des vierzigsten Jahrestags des Kriegsendes gedacht wurde, war ein Mann wie Ekkehart



„Befreiung“ als universaler Akt, Plakat der USA, 1945

Krippendorff, der zu den Veteranen der APO gehörte, schon sehr allein mit seiner „Klassenanalyse“ des Geschehens von 1945: „Das Deutsche Reich sollte als Wirtschafts- und Militärmacht ... auf Dauer zerschlagen werden. Befreiung von der NS-Herrschaft war das Mittel dazu, nicht aber Ziel und Zweck. Natürlich wurden Hunderttausende aus den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen sehr real befreit im Zuge der siegreichen Kampfhandlungen, und insofern war und ist für sie der 8. Mai 1945 subjektiv Tag der Befreiung. Er ist es auch für diejenigen, die auf die Niederlage im Stillen seit langem gehofft hatten und nicht zuletzt auch für diejenigen, denen der Zusammenbruch von Reich und Regierung die Augen geöffnet hatte, die einzusehen begannen und aus den eigenen Fehlern zu lernen bereit waren: Neubeginn, Stunde Null. Aber objektiv, das heißt nach Maßgabe derer, die über Große Politik befanden und entschieden, war Befreiung und gar Volksherrschaft („Demokratie“) für die Deutschen nicht das Kriegsziel gewesen, sondern bestenfalls Mittel zur dauerhaften Sicherung des längerfristigen, des eigentlichen Projektes: der Ausschaltung des Deutschen Reiches als konkurrenzfähiger Großmacht“.

Diese Art „realpolitischer Beurteilung“ war in den achtziger Jahren noch nicht vollständig marginalisiert. Der Herausgeber des *Spiegels*, Rudolf Augstein, urteilte ähnlich wie Krippendorff über die Bedeutung des 8. Mai, und im bürgerlichen Lager gab es wenigstens Widerwillen dagegen, das Kriegsende zu „feiern“. Alfred Dreggers Einspruch gegen die Teilnahme Kanzler Kohls am alliierten Gedenken zum Jahrestag der Invasion hatte Erfolg und fand in der Union noch breite Unterstützung. Aber man sah sich doch einem neuen, mächtigen Zeitgeist gegenüber und dessen Inkarnation in Person des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Die von ihm in seiner Rede zum 8. Mai 1985 angebotene Deutung des Kriegsendes enthielt zum ersten Mal das, was bis heute als konsensfähig gilt. Dabei spielte der Bezug auf traditionelle Positionen – der Zusammenhang zwischen 1919 und 1939, der „Europäische Bürgerkrieg“, die Hoffnung, daß das Kriegsende nicht das Ende der deutschen Geschichte sei – kaum eine Rolle, entscheidend waren Uminterpretationen, wie die der Vertreibung als einer „erzwungenen Wanderschaft von Millionen Deutschen“, überhaupt die Neigung, das deutsche Leid einzuebnen im Verhältnis zum Leid aller anderen und die zentrale Formulierung: „der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“.

Weizäckers Rede dürfte eine der wirkungsvollsten offiziellen Ansprachen der deutschen Nachkriegszeit gewesen sein. Das hing auch damit zusammen, daß er nicht nur auf die Deutung des Jahres 1945 zielte, sondern auf eine Korrektur des Bildes der Nachkriegsgeschichte insgesamt. Damit räumte er viele bis dahin zäh verteidigte Positionen der Bürgerlichen, gab den „Modernisierern“ nach und integrierte den Teil der Linken, der sich in der Partei der Grünen politisch etabliert hatte und über

Ulrich Albrecht, Elmar Altvater und Ekkehart Krippendorff (Hrsg.): *Zusammenbruch oder Befreiung? Zur Aktualität des 8. Mai 1945*, Berlin 1986.

außerordentlichen Einfluß in den Medien verfügte. Hier zeichneten sich die ersten Umriss der „Neuen Mitte“ ab, und Weizsäckers Rede war ihre Magna Charta.

Die Neue Mitte wurde seit den achtziger Jahren zum bestimmenden Faktor des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Das gilt für die Bonner wie für die Berliner Republik. Denn die Erwartung, daß die Ereignisse von 1989 die von 1945 in ihrer Bedeutung reduzieren würden, hat sich als falsch erwiesen. Im Vorfeld des fünfzigsten Jahrestags des Kriegsendes mutmaßte der Leiter des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, daß der durch den Kollaps der Sowjetunion eingeleitete „rasante historische Wandel“ ein Mehr an historischer Erfahrung mit sich bringe, das „die Wirkungsgeschichte des 8. Mai 1945 sehr viel komplexer erscheinen läßt als bis zum Jahr 1989“. Die Auseinandersetzung des Jahres 1995 um ein angemessenes Gedenken zeigte allerdings, daß die tonangebenden Kreise mit Zähigkeit an der einmal etablierten Auffassung festhalten wollten und gerade jeden Versuch zurückweisen würden, den Aspekt des Zusammenbruchs oder den der Gründung einer zweiten deutschen Diktatur im Kontext des Jahres 1945 zur Geltung zu bringen.

Helmut Dubiel: *Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages*, München 1999.

Die Zahl der Opponenten war klein und beschränkte sich im wesentlichen auf einen Kreis jüngerer konservativer Intellektueller. Diese „Neue Rechte“ versuchte durch den in vielen Zeitungen publizierten Aufruf „Gegen das Vergessen“ und eine zentrale Gedenkveranstaltung einen anderen Akzent zu setzen als in den offiziellen Feierlichkeiten. Aber man hatte die Entschlossenheit unterschätzt, mit der diese Absicht von einer großen Koalition bekämpft wurde, die von der radikalen Linken bis zum Bundeskanzleramt reichte. Das eigenartige Bündnis kam zustande, weil mit dem Appell „Gegen das Vergessen“ eine zentrale geschichtspolitische Formel aus ihrem Kontext – der NS-Vergangenheitsbewältigung – genommen und auf die Situation der Deutschen im Jahr 1945 bezogen worden war. Das berührte einen empfindlichen Punkt. Denn diese Formel besaß rituellen Charakter und gehörte zu den wichtigsten Elementen jener „Zivilreligion“, die in den achtziger Jahren eingesetzt wurde, um die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus wachzuhalten.

Für die Linke bedeutete es eine massive Irritation, daß ausgerechnet die von Union und FDP gestellte Regierung das Bekenntnis deutscher Schuld zum Mittelpunkt eines Bürgerkultes machte, sogar auf dem „singulären“ und „unvergleichbaren“ Charakter dieser Schuld beharrte. Allerdings ging und geht es nicht nur um Schuld. Denn der Erinnerung wird ein praktischer und ein metaphysischer Nutzen zugeschrieben: sie verhindert die Wiederholung des Übels und verhilft zur Absolution: „Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“. Insofern muß jedes konkurrierende Gedenken als problematisch betrachtet werden.

Zugespielt könnte man sagen, daß für die Ereignisse von 1945 und das, was Deutschen widerfahren ist, die Umkehrung dessen gelten soll, was im Hinblick auf die Untaten der NS-Zeit gilt: „Das Geheimnis der Erlösung heißt Vergessen“. Für ein solches Vergessen lassen sich gute Gründe anführen. Es gibt unter Psychologen seit langem Zweifel daran, daß die permanente Konfrontation mit dem Schrecken der Vergangenheit zur Gesundung der menschlichen Seele führe. Und was auf den einzelnen zutrifft, könnte auch auf das Kollektiv zutreffen. Wenn man die Entschlossenheit, mit der die Deutschen die Vorgänge des Jahres 1945 verdrängen, wohlwollend deutete, müßte man den Schluß ziehen, daß es sich um eine lebensrettende Maßnahme handelt. Eine Art Amnesie, um nicht immer wieder auf etwas gestoßen zu werden, was unerträglich ist.

Arnold Gehlen: *Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik*, Wiesbaden 1969.

Allerdings vergessen die Nationen normalerweise ihre Schandtaten – die Franzosen die Bartholomäusnacht und die Massaker der Revolution, die Amerikaner die Ausrottung der Indianer, die Russen die Unterstützung des bolschewistischen Terrors –, nicht das Leid, das ihnen zugefügt wurde. In der Geschichte dürften sich kaum Parallelen zum Verhalten der Deutschen finden lassen, weshalb der Verdacht nahe liegt, daß es sich nicht um Therapie, sondern um Pathologie handelt. Und wenn man nach der eigentlichen Ursache dieser Pathologie forscht, dann findet man sie in der Niederlage selbst. Die Niederlage hat die Deutschen davon überzeugt, daß sie zu den „widerlegten Völkern“ (Arnold Gehlen) gehören.

Vergangenheitspolitik

Karlheinz Weißmann (Hrsg.)



Die Besiegten

Die Deutschen in der Stunde
des Zusammenbruchs 1945

 EDITION ANTAIOS

Wolfgang Paul



Der Endkampf

Deutschlands
Untergang 1945

 EDITION ANTAIOS

Karlheinz Weißmann (Hrsg.)

Die Besiegten

Die Deutschen in der Stunde
des Zusammenbruchs 1945

Etwa 300 Seiten, 10 Abb., 22 €
ISBN 3-935063-35-0

Wolfgang Paul

Der Endkampf

Deutschlands Untergang 1945

Etwa 500 Seiten, 30 Karten, 26 €
ISBN 3-935063-36-9



EDITION ANTAIOS

Rittergut Schnellroda
06268 Albersroda
Tel./Fax 034632-90941

www.edition-antaios.de

Kampf gegen den Terror

von Martin van Creveld

Am 18. Dezember 2004 hielt der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld den im folgenden abgedruckten Vortrag im Rahmen des 8. Berliner Kollegs des Instituts für Staatspolitik.

Wenn wir die letzten fast sechzig Jahre betrachten, dann sehen wir, daß diese Zeit voll ist von terroristischen Bewegungen und ihrer Bekämpfung. Wir sehen dies und müssen feststellen, daß beinahe jeder Antiterrorkampf gescheitert ist. Fast alle, die dem Terrorismus entgegentraten, haben versagt; wir sehen ein Versagen nach dem andern in unaufhörlicher Reihenfolge. Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Briten es gegen die Juden in Palästina versucht. Es ist nicht gelungen. Dann haben die Franzosen es in Indochina und in Algerien versucht, es ist nicht gelungen. Dann haben die Niederländer es in Ostindien versucht, es ist nicht gelungen. Dann haben die Amerikaner es in Vietnam versucht, und die haben auch versagt. Dann kamen die Sowjets in Afghanistan, die Inder in Ceylon, die Südafrikaner in Namibia, die Israelis in den besetzten Gebieten: Alle haben versagt, und versagen noch weiter. Wir müssen nur auf die täglich scheiternden amerikanischen Anstrengungen im Irak schauen.

Kurz: Die ganze Geschichte des Antiterrorkampfes seit 1945 ist eine Geschichte des Versagens, und dies, obwohl jeder Versuch unternommen wurde, um zum Erfolg zu gelangen. Der Blick in die Geschichte zeigt, daß die Verantwortlichen wirklich alles versucht haben. Die meisten waren dabei gar nicht weichherzig (obwohl es auch dafür Beispiele gibt) und setzten alle verfügbaren Mittel ein. Die Franzosen beispielsweise hatten auf dem Höhepunkt des Indochinakriegs vierhunderttausend Mann vor Ort, darunter Fremdenlegionäre, die nicht viel Federlesen machten.

Und die Amerikaner haben auf Vietnam sechs Millionen Tonnen TNT abgeworfen, also fast dreimal so viel wie auf Deutschland und Japan zusammen im Zweiten Weltkrieg. Und die Sowjets? Sie haben in Afghanistan angeblich eine Million Menschen umgebracht und fünf Millionen andere zum Fliehen bewogen. Und doch haben weder die Franzosen, noch die Amerikaner oder die Russen den Terrorismus besiegen können. Gemessen an ihrem hochgesteckten Ziel haben sie alle versagt. Und wir müssen feststellen: Im Antiterrorkampf ist irgend etwas ganz und gar schiefgegangen.

Es gibt über dieses Thema eine gewaltige Literatur. Das Problem ist nur, daß die meisten der Bücher von den Verlierern geschrieben worden sind. Manchmal handelt es sich einfach um einen Rechtfertigungsbericht. Wenn dann also einer, der versagt hat im Antiterrorkampf, über seine Niederlage schreibt, wird meist nicht deutlich, woran es letztendlich lag. Deutlich wird nur, daß der Verfasser selbst nicht schuld war. Er hat für seinen Teil seine Arbeit gut gemacht; aber gegen die Umstände kam er nicht an, oder die historische Gesamtsituation ließ ihn nicht zum Zuge kommen. Und deshalb ging der Kampf verloren.

Ein Musterbeispiel dafür ist ein englischer Offizier namens Frank Kitson. Kitson war im letzten Jahre des Zweiten Weltkrieges schon englischer Offizier und blieb nach dem Krieg in der Armee. Dort hat er eine steile Karriere gemacht. Zuerst ging er nach Palästina, um ein erstes Mal im Antiterrorkampf zu versagen, natürlich nicht persönlich, sondern als Teil der hunderttausend Mann starken Kriegsmaschinerie. Kitson wurde nach Malaysia versetzt, dort versagte er ein zweites Mal, dann in Kenia, danach in Zypern. Zuletzt stand er in Aden: Auch dort versagte er im Antiterrorkampf. Aber mittlerweile war er General, und die Belohnung für seine Leistung war die Ernennung zum Befehlshaber des Stabskollegs in Camberley: Kitson sollte zukünftig anderen beibringen können, wie man versagt.

Ohne Polemik: Kitson war wohl ein sehr fähiger Offizier, aber er und die Armee, der er angehörte, haben keinen einzigen ihrer Aufträge im Antiterrorkampf erfüllt, sie haben keinen dieser Kämpfe gewonnen. Aber ein Buch hat er geschrieben, seine Rechtfertigung: Es heißt *Low Intensity War*.

Ich möchte an dieser Stelle sehr deutlich werden: So geht es nicht. Es ist höchste Zeit, alle stümperhaften Versuche aufzugeben, keine Ausflüchte mehr zu suchen und die Frage zu stellen, warum seit Jahrzehnten im Antiterrorkampf versagt wird, quer durch alle Regionen, Nationen, Bündnisse. Es ist höchste Zeit für diese Frage, weil wir alle wissen, daß die Tore nach Europa gerade für Terroristen sperrangelweit offenstanden und –stehen. Der Anschlag in Madrid am 11. März 2004 hat gezeigt, was dieser Krieg für Europa bedeuten kann. Und dieser Krieg ist schon längst der wichtigste Krieg weltweit, und für Europa steht er bevor. Die Zeit drängt und die Frage lautet: Wie siegt man in solch einem Krieg?

Zu einer Antwort gelangt man, wenn man die lange Reihe der Verlierer und Versager einfach links liegen läßt und sich dagegen fragt, was die wenigen Sieger richtig gemacht haben. Es mag überraschend klingen, aber es gibt tatsächlich einige Sieger im Antiterrorkampf, eine Handvoll vielleicht. Ich greife zwei Beispiele heraus, sie sind exemplarisch und sehr lehrreich.

Das erste Beispiel ist der britische Antiterrorkrieg in Nordirland. Eigentlich waren es dreißig Feldzüge in den dreißig Jahren des britischen Engagements. Wer denkt, daß dies ein kleiner, ungefährlicher Konflikt gewesen sei, liegt falsch. Der Ursprung des Konflikts reicht nicht weniger als 800 Jahre zurück, bis in die Zeit des englischen Königs Heinrich II., und von da an bis heute dauert seine blutige Geschichte. Hier ist kein Raum, um diese Geschichte zu erzählen, aber eines kann man sagen: Dieser Kampf ist hart und erbittert geführt worden, so grausam und kompromißlos wie terroristische und bürgerkriegsähnliche Konflikte nun einmal sind.

Nach einer relativ ruhigen Zeit brach im Sommer 1969 der Terror in Nordirland wieder offen aus. Das waren keine kleinen Bosheiten mehr, es handelte sich um eine großangelegte Offensive, die nicht abebbte. Im Jahr 1972 detonierten eintausend Bomben, also drei am Tag, und die Situation eskalierte im Juli, als es zum „Blutigen Sonntag“ kam. Katholiken, Protestanten, die Polizei, die Armee, einfach alle durcheinander, lieferten sich eine Straßenschlacht, an deren Ende fünfzehn Tote und Hunderte Ver-

wundete zu Buche schlugen. Häuser wurden niedergebrannt, Barrikaden errichtet, Jagd auf einzelne Angehörige der anderen Seite gemacht, kurz: Aus den Unruhen und den einzelnen terroristischen Akten wurde ein richtiger Krieg, der sich immer mehr ausweitete.

Bis zu diesem Zeitpunkt haben die Briten in Nordirland alles falsch gemacht, die Ergebnisse lassen keinen anderen Schluß zu. Aber unter dem Eindruck der Eskalation änderten sie ihre Strategie, und im Nachhinein kann man sagen: Seitdem haben sie alles richtig gemacht. Worin bestand diese neue Strategie?

Die Briten entschlossen sich, von nun an selbst im Antiterrorkampf die Gesetze zu achten, äußerste Zurückhaltung zu üben, die Bevölkerung zu schützen, sich nie provozieren zu lassen, nie die Fassung zu verlieren, die Disziplin aufzugeben und Repressalien anzudrohen oder anzuwenden. All dies gelang den britischen Soldaten, und es setzt ein Maß an Professionalität voraus, das mich stets wieder verblüfft, wenn ich darüber nachdenke: Was für ein Übermaß an Disziplin!

Ich kann zu dieser Haltung eine schöne Anekdote beitragen: Ende 1988 war ich am Staatskolleg in Camberley zu Gast und kehrte eines Abends aus London zurück. Der Nebel war so dicht, daß ich wirklich nichts mehr sah, und ich wanderte durch das Gelände des Kollegs, das sehr weitläufig angelegt ist. Nach kurzer Zeit hatte ich die Orientierung vollständig verloren und kam mir vor wie in einem Märchen der Gebrüder Grimm. Ich war mir sicher, daß ich mein Bett nicht mehr finden würde. Plötzlich sah ich ein Licht, ich ging darauf zu und klingelte an der Tür. Die Tür öffnete sich, und heraus schaute der kommandierende General des Kollegs, General Paddy Waters. Er stand vor mir in weißen Socken, lud mich ein und baute etwas zu trinken und zu essen auf.

Dann zeigte mir General Waters alle acht Bücher, in denen er gleichzeitig las, und er erzählte, daß er der nächste Befehlshaber der britischen Streitkräfte in Nordirland sein werde. Die Leute dort, sagte er, schlagen einander seit achthundert Jahren tot, und er habe keine Chance, das in seiner Amtszeit zu verhindern. Was er tun könne und auch tun werde, sei, dafür zu sorgen, daß unter seinem Kommando so wenig Menschen wie möglich umkämen, ganz gleich ob Katholiken, Protestanten, Soldaten oder Terroristen.

Ich traute meinen Ohren kaum, denn damals war bei uns in Israel die erste Intifada ausgebrochen, und Verteidigungsminister Yitzhak hatte befohlen, den Palästinensern Arme und Beine zu brechen. Das Leben von Terroristen hochzuschätzen und zu schonen, war für mich ein völlig neuer Gedanke. Aber so verfuhrten die Briten in Nordirland. Natürlich gab es Ausnahmen, natürlich waren einzelne Soldaten oder Führer überfordert und verstießen gegen die Regeln, mehr noch: lebten ihren Haß aus, folterten, der Film „Im Namen des Vaters“ ist ein schreckliches Zeugnis dieser Exzesse; aber schon die Tatsache, daß also Beweise erdacht und erlogen werden mußten, spricht bereits für die Briten und ihre Strategie, die eben im großen und ganzen aufging. Die meisten anderen Armeen haben im Antiterrorkampf die Gegner einfach niedergeknüppelt oder erschossen, und was heißt „haben“: Sie tun es ja immer noch.

Die Briten aber haben kein einziges Mal in dreißig Jahren schwere Waffen – Panzer, Hubschrauber oder Kampfflugzeuge – eingesetzt. Das schwerste Fahrzeug, das sie benutzten, war ein mehr oder weniger gepanzerter Landrover. Kein einziges Mal haben die Briten eine Kollektivstrafe verhängt, nie haben sie Elektrizität und Wasser für ganze Bezirke gesperrt, eine Methode, die wir in Israel täglich in den besetzten Gebieten anwenden, um irgend jemanden gefügig zu machen. Die Briten haben nie auf Demonstranten geschossen, nie deren Häuser zerstört, auch nicht angesichts der denkbar größten Provokation.

Sie wahrten selbst dann die Disziplin, als der Onkel der Königin, Lord Louis Mountbatten, mit seiner Yacht in die Luft gesprengt wurde, oder als in dem Hotel in Brighton, in dem Margaret Thatcher sprechen sollte, einige Stunden vor der Rede ein Sprengsatz detonierte. Das Hotel war völlig zerstört, ich habe Fotos davon gesehen. Auch als eine Kabinettsitzung unter John Major mit Granaten aus einem Mörser angegriffen wurde, widerstand das britische Militär der Versuchung, endlich einmal voll zurückzuschlagen. Dieser Strategie liegt eigentlich ein Plan zugrunde, den ich damals noch gar nicht verstand.

Ich begriff dies erst vor etwa neun Jahren, als ich in Genf mit einem britischen Oberst zu Abend aß. Wir sprachen wie immer über Nordirland, ich habe mit vielen britischen Offizieren darüber geredet, und er sagte ungefähr folgendes: Alle diese Aufstände, weltweit, oder fast alle jedenfalls, hätten gemeinsam, daß stets von den sogenannten Terroristen mehr umgekommen seien als von den Soldaten, die gegen sie antraten. In Vietnam war das Verhältnis letztendlich



Keine Wiedergeburt des Terroristen – Sgraffito der IRA, Freischärler vor Phönix, siebziger Jahre

fünfzig zu eins, auf einen toten Amerikaner kamen fünfzig Einheimische. Im Irak – also während des ersten Angriffs der USA – ergab die Bilanz sogar ein Verhältnis von hundert zu eins: Einhundert sogenannte irakische „Aufständische“ oder „Terroristen“ kommen auf jeden toten amerikanischen Soldaten.

Beim britischen Einsatz in Nordirland, so der Oberst weiter, liege der Fall anders: Bisher seien dort dreitausend Menschen gestorben, von diesen waren eintausendsiebenhundert Zivilisten, die als Unbeteiligte bei Attentaten oder unter anderen Umständen umgekommen seien. Wenn man nun die Zivilisten beiseite lasse, blieben eintausenddreihundert Tote übrig. Hiervon seien eintausend britische Soldaten und nur dreihundert Terroristen, und dies sei der Grund für die erfolgreiche Arbeit in Nordirland.

Ich verstand diese Strategie: Mit aller Macht sollte verhindert werden, daß den britischen Soldaten kriminelles Verhalten zu Recht vorgeworfen werden könnte. Kriminelle Methoden, der Tod unbeteiligter Zivilisten, Hinterhältigkeit und Brutalität sollten nur den Terroristen, nie den Soldaten zugerechnet werden können. Letztlich ging es darum, der Propaganda der Terroristen keine Bilder, keine Geschichten zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig aber war die Botschaft des britischen Militärs eindeutig: Wir sind nicht demoralisiert, wir sind so kampfbereit wie vor dreißig Jahren, und die Terroristen wissen dies.

Und diese Strategie ist der Grund dafür, daß der Aufstand in Nordirland langsam, aber sicher ausstirbt. Es kommen keine neuen Leute dazu, die jungen Männer bleiben aus, weil sie sehr gut verstehen, daß gegen eine solche Armee der Terrorkampf nicht gewonnen werden kann. Das Durchhaltevermögen der Briten scheint unbegrenzt zu sein. Das ist alles, das ist die simple Botschaft, ein für die Ordnungsmacht harter und gefährlicher Weg. Denn dafür braucht man vorzügliche Truppen, ausgestattet mit einer vorzüglichen Disziplin, vorzüglicher Zurückhaltung, einer geradezu eisernen Haltung, und das können nicht viele, wir Israelis sicherlich nicht, und ob die Deutschen dazu in der Lage wären, bleibt abzuwarten.

Wie handelt man aber, wenn man solch ein vorzügliches Instrument, solche Soldaten nicht hat, oder wenn der Aufstand selbst so mächtig ist, daß die eigenen Opfer zu groß wären? Die Antwort auf diese Frage gibt Beispiel zwei, das Beispiel Assads, des Präsidenten von Syrien. 1982 brach in Syrien beinahe ein Bürgerkrieg aus, denn Assad war ein arabischer Sozialist, und die Ulama, die islamistischen Prediger, waren ganz und gar gegen ihn eingestellt. Und wie gefährlich diese Prediger durch ihre Predigten wirken können, das wird mittlerweile sogar in Deutschland diskutiert. Damals in Syrien waren das für Assad wirklich gefährliche Leute, zumal er in den Augen dieser Priester nur ein Alevite war. Die Aleviten aber sind nur eine kleine Gemeinde, und manche sagen, sie seien gar keine Moslems. Der Aufstand, der tatsächlich losbrach, war also für Assad persönlich und für sein Regime sowie für sein Land lebensgefährlich und schon so weit gediehen, daß die syrischen Beamten und ihre Familien sich verstecken mußten, um nicht das Ziel terroristischer Akte zu werden.

Es sah so aus, als kämen die Aufständischen tatsächlich zum Zuge. Assad selbst und seine Verbündeten wären in diesem Fall der Rache ihrer Feinde ausgesetzt gewesen, sie hätten dies mit Sicherheit nicht überlebt. Also handelte Assad, kalt, schnell und rücksichtslos. Denn ein so vor-

Urbild des Terrors – Bethlehemischer Kindermord, Fries an der Kirche von Lye, Gotland, 12. Jahrhundert



zügliches Instrument wie die britische Armee besaß er nicht. Außerdem war die Zeit knapp, und Informationen über die Bewegung der Aufständischen flossen nur spärlich. So befahl Assad, insgeheim, zwölftausend Soldaten um die Hauptstadt der Aufstands, Hama, zu konzentrieren; das bedeutete eine ganze Division mit schwerer

Artillerie. Als alles bereit war, schickte er kleine Einheiten auf Patrouille durch die Stadt, um die Aufständischen zu reizen und sie aus ihren Löchern zu locken.

Und dann tat Assad, was man tun sollte, wenn man sich einmal für diesen Weg entschieden hat: Er ließ in drei Tagen schätzungsweise dreißigtausend Menschen niedermetzeln, Männer, Frauen und Kinder. Die große Moschee von Hama, ein berühmtes Kulturdenkmal, ließ er dem Erdboden gleichmachen. Ich sprach vor einigen Jahren mit einem amerikanischen Journalisten, der Hama besucht hatte. Er erzählte mir, daß die Bewohner von Hama bis heute ein Grauen packen, wenn sie dort vorbeigehen, wo einmal ihre Moschee stand.

Wie tut man so etwas? Wie geht man vor, wenn man sich zu so einer schrecklichen Tat entschlossen hat? Es gibt dafür eine kurze Liste, die Grundsätze, die sie enthält, stammen nicht von mir, schon Machiavelli hat sie formuliert. In der Politik, vor allem dann, wenn es um den Staat geht, ist es wohl manchmal notwendig, sehr grausam zu sein. Wer den Mut dazu nicht aufbringt, kann Disneyland regieren, mehr nicht. Nach welchen Prinzipien also hat Assad operiert?

- (1) Treffe alle Vorbereitungen insgeheim, der Schlag muß aus heiterem Himmel kommen und den Gegner plötzlich treffen. Verrate den Plan nicht, vertusche ihn, wenn nötig, lüge, um zu täuschen und um alles geheimzuhalten.
- (2) Schlage hart zu, so hart, daß kein zweiter Schlag nötig wird. Wenn du zweimal zuschlagen mußt, hast du schon verloren. Einmal muß reichen, bring lieber ein paar Gegner zuviel als zuwenig um.
- (3) Die Schlacht darf sich nicht über Tage und Wochen hinziehen. Schlage also so schnell wie möglich, es kann nicht schnell genug gehen.
- (4) Mach es öffentlich, versuche nicht, es zu vertuschen und zu verbergen und zu entschuldigen. Das ist der Stolperstein: Wer so getötet hat wie Assad, der kann im Nachhinein nicht sagen, ihn dauerten die armen Kinder, die armen Frauen, das ganze vergossene Blut und die zerstörten Moscheen und Heiligtümer obendrein. So eine nachgeschobene Weichherzigkeit ist das dümmste und gefährlichste, was man tun kann. Die Botschaft muß anders lauten: Ich habe dies angeordnet und ausgerichtet, weil es notwendig war, und wenn es noch einmal notwendig wird, dann werde ich es nochmals tun.
- (5) Zuletzt: Laß diese Greuel einen anderen erledigen. Wenn er scheitert, verstoße ihn und versuche etwas anderes.

Welches sind nun die Kriterien, nach denen Assads Tat beurteilt wird? Assad ist an der Macht geblieben und nach achtzehn Regierungsjahren in seinem Bett gestorben. Dies kann man anführen, wenn man fragt, ob sein Tun erfolgreich war. Und noch 1998 besuchte US-Präsident Bill Clinton Damaskus, um mit Assad zusammenzutreffen und politische Fragen zu erörtern. Dies nun kann man anführen, um über das moralische Gedächtnis der Welt zu rasonieren. Wohl war in den Wochen nach dem Massaker der Unmensch Assad in aller Munde; auf lange Sicht aber scheint ihm seine Tat nicht geschadet zu haben, und seinem Land, Syrien, anscheinend auch nicht. Ihm ist ja auch ein Bürgerkrieg, dieser Schrecken ohne Ende, erspart geblieben, weil seine politische Führung ein Ende mit Schrecken wählte.

Wie es ausgehen kann, wenn man nicht den Mut hat, entweder dem britischen oder dem syrischen Kurs konsequent zu folgen, kann man dieser Tage an den Amerikanern im Irak studieren, vor allem dann, wenn man die Stadt Falludscha betrachtet. Ursprünglich dachten die Amerikaner wohl, Falludscha sei eine über ihre „Befreier“ glückliche Stadt: Wer so lange und so grausam von Saddam Hussein unterdrückt worden sei, der würde wohl gerne den amerikanischen Freunden zu Hilfe eilen.

Dazu ist es nicht gekommen. Der Terrorismus von Falludscha aus setzte gleich nach dem großen amerikanischen Sieg ein. Monatelang haben die Amerikaner mit den örtlichen Führern verhandelt. Und natürlich haben sie den endlosen Versprechungen geglaubt, obwohl eine nach der anderen gebrochen wurde. Im April 2004 war es dann soweit: Die Amerikaner entschieden sich, Falludscha anzugreifen. Sie haben das erst einmal wochenlang erzählt und dabei lamentiert, wie schwer ihnen dieser Entschluß gefallen sei. Dann traten sie an, mit einer Brigade, die zwar etwas ausgerüstete, aber längst keinen durchschlagenden Erfolg verbuchen konnte.

Nach ihrem kleinen Angriff haben die Amerikaner geklagt, verhandelt, ein zermürbtes Gesicht gezeigt und wieder geklagt. Und dann haben sie laut nachgedacht und wieder überall herumerzählt, daß sie die Stadt Falludscha nun ein zweites Mal angreifen würden. Nach diesem ganzen Palaver war eines klar: In Falludscha würden sich nur noch die Terroristen aufhalten, die nicht entkommen wollten. Und unter denjenigen, die lieber entkommen wollten, würde sich natürlich auch der gesuchte und berüchtigte Abu Massab al Sarkawi befinden. So ging der Schlag ins Leere, und dies konnte sich jeder ausrechnen, noch bevor die Amerikaner ihn führten.

Im November war es dann soweit, die Amerikaner griffen an und zerstörten Falludscha, obwohl es kaum Widerstand gab: Die wenigen Verteidiger hatten keine schweren Waffen, nur Maschinengewehre. Aber die Amerikaner setzten alles ein, was ihnen zur Verfügung stand, und so ist Falludscha heute für nichts und wieder nichts eine Ruine. Kaum war diese Tat getan, kaum war die Stadt zerstört, traten die Amerikaner vor die Presse und klopfen sich an die Brust. Es täte ihnen leid, schrecklich leid, man würde die Stadt so schnell wie möglich wieder aufbauen und jedwede humanitäre Hilfe leisten. Aber selbst dieses jämmerliche Versprechen wurde sofort gebrochen, denn am 6. Dezember fielen wieder Bomben auf Falludscha.

Was sollen die Iraker denken von solchen „Befreiern“, was sollen die eigenen Soldaten denken von einer solchen Führung? Bereits jetzt kann man Auflösungserscheinungen im amerikanischen Heer beobachten, Zeichen, die aus der Endphase des Vietnamkriegs bekannt sind. Weil jede Begebenheit, die über die Medien bekannt wird, für fünfzig oder hundert ähnlich gelagerte Fälle steht, kann man das Ausmaß der Zersetzung nur schätzen. Zu retten ist hier jedenfalls nicht mehr viel.

Man kann mit einigem Recht sagen, daß auch der amerikanische Versuch der Terrorismusbekämpfung im Irak an mangelndem Mut scheitert. Ich habe zwei Wege der Terrorismusbekämpfung skizziert. Die meisten Regierungen oder Besatzungsmächte haben den Kampf gegen den Terror verloren, weil sie nicht den Mut aufbrachten, sich für die eine oder andere Möglichkeit zu entscheiden und diese Entscheidung auch in die Tat umzusetzen.

Beide Wege erfordern enormen Mut, enorme Seelenkraft, jeder auf seine Art und der britische vielleicht noch mehr als der syrische. Denn die Burg der Terroristen zu stürmen, ist ein Vabanque-Spiel; wie die britischen Soldaten jedoch diszipliniert, gesetzestreu, friedliebend zu sein, bedeutet, alle möglichen Provokationen Jahr um Jahr hinzunehmen und seine eiserne Selbstbeherrschung nicht zu verlieren. Die überwältigende Mehrheit derer, die einen Antiterrorkampf zu führen hat, bringt den Mut weder für die brutale noch für die langwierige Methode auf. Diese Mut- und Ratlosigkeit ist der Grund dafür, daß sie hin- und herschwanken zwischen beiden Wegen und alles unglücklich vermischen. Falludscha war unser Beispiel für diesen Schlingerkurs.

Ich weiß nun nicht, was hier in Europa und in Deutschland passieren wird. Aber wenn es hier in fünf oder zehn oder zwanzig Jahren einen Bürgerkrieg geben sollte, entlang der ethnischen Bruchlinien beispielsweise: dann liegt es daran, daß man sich auch hier nicht rechtzeitig für den einen oder den anderen Weg der erfolgreichen Terrorismusbekämpfung entschieden hat.

Carl Schmitt und Alexandre Kojève an der Schwelle zur Globalisierung

von Galin Tihanov

Alexandre Kojève (1902–1968) und Carl Schmitt (1888–1985) stammten aus recht unterschiedlichen Milieus, schlugen unterschiedliche Laufbahnen ein und positionierten sich an den beiden entgegengesetzten Polen zeitgenössischen politischen Denkens. Kojève inspirierte eine ganze Generation französischer Intellektueller, deren Sympathien und politische Aktivität zumeist der Linken galten. Schmitt hingegen wurde zu einer angesehenen, ja kanonisierten Figur in der konservativen Tradition sozialer und politischer Theorie in Deutschland, ein so einflußreicher wie bis heute umstrittener Denker. Beide aber werden neuerdings als bedeutende Vorgänger der europäischen Debatte um die Moderne gehandelt, die im letzten Drittel des 20. Jahrhundert mit großer Heftigkeit ausgebrochen ist. Schmidt wie Kojève stellten zunächst die Frage nach dem Selbst und dem Anderen in den Mittelpunkt ihres Nachdenkens über die Moderne, stießen aber bald auf die Notwendigkeit, in diesem Kontext auch die in den zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg anbrechende Globalisierung zu berücksichtigen. Aus diesem Grund ist die Beschäftigung mit Schmitts und Kojèves Schriften zu Moderne und Globalisierung zwingend geboten, um ein tieferes Verständnis sowohl ihrer intellektuellen Entwicklung und ihrer Rolle für diese wichtigen frühen Debatten als auch der politischen und philosophischen Widersprüche zu erlangen, die die heraufziehende Globalisierung prägten.

Kojève und Schmitt begegneten sich wahrscheinlich nur einmal persönlich. Von 1955 bis zu ihrem Treffen 1957 in Deutschland führten sie einen lebhaften Briefwechsel. Danach nahm die Intensität ihres Gedankenaustausches ab, und der letzte erhalten gebliebene Brief ist – nach einer Lücke von zwei Jahren – auf den 4. April 1960 datiert. Die einundzwanzig Briefe umfassende Korrespondenz wurde erst 1998 von Piet Tommissen

Piet Tommissen: *Zweimal Kojève*, in Schmittiana, Bd VI, Berlin 1998.

im Rahmen einer Monographie zu Kojève veröffentlicht, nachdem sich akademische Aufsätze bereits auf einzelne Briefe berufen hatten

In dieser Studie werde ich zunächst die genauen Details ihrer Bekanntschaft rekonstruieren, um dann die Hintergründe zu erläutern, vor denen dieser Dialog nicht nur möglich, sondern für Schmitt wie für Kojève wünschenswert wurde. Abschließend versuche ich eine prägnante vergleichende Analyse ihrer Strategien, die Moderne an der Schwelle zur Globalisierung zu theoretisieren.

Wie Schmitt selber zugibt, war ihm Kojève bis 1948 kein Begriff. Erst nach der Veröffentlichung seines 1947 erschienenen Hauptwerkes *Introduction à la lecture de Hegel* sei er auf ihn gestoßen. In Wirklichkeit muß ihm Kojèves Name schon vorher begegnet sein. Leo Strauss, der 1932 wichtige Anmerkungen zu Schmitts *Der Begriff des Politischen* geschrieben hatte, veröffentlichte 1938 sein Buch *The Political Philosophy of Hobbes* und kündigte darin an, gemeinsam mit Kojève „eine detaillierte Untersuchung der Verbindungen zwischen Hegel und Hobbes“ in Angriff nehmen zu wollen. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete Schmitt seinerseits an einem Buch über Hegel, und man kann davon ausgehen, daß er von Strauss' und Kojèves Plänen wußte. Jedoch hatte Kojève sich damals als Philosoph noch keinen Namen gemacht, und so sollte es nicht verwundern, daß Schmitt ihn erst in den späten 1940er Jahren, nach der Veröffentlichung von Kojèves Vorlesungen zur „Phänomenologie des Geistes“, bewußt wahrnahm. Am 17. Oktober 1951 schrieb Schmitt einem seiner Schüler: „Die Entdeckung von Hegels *Phänomenologie des Geistes* war ein ebenso ungeheures Erwachen wie jenes, das um 1905 mit der Entdeckung Hölderlins begann. Es ist schade, daß Ihnen die Zeit fehlt, Alexandre Kojève, *Introduction à la lecture de Hegel*, Paris (Gallimard) 1950 zu lesen“. Armin Mohler, an den sich dieser höflich drängende Ratschlag richtete, war damals Ernst Jüngers Privatsekretär und Schmitts enger Vertrauter, und offenkundig hatte Schmitt das Bedürfnis, ihm Kojèves bedeutendes Werk ans Herz zu legen.

Die Korrespondenz mit Kojève selbst scheint im April 1953 von Iring Fetscher in die Wege geleitet worden zu sein, der auf Schmitts Wunsch mit dieser Bitte auf ihn zuing. Noch im selben Monat gab Kojève sein Einverständnis und gestattete Fetscher, seine Adresse an Schmitt weiterzugeben. Wie einem Brief vom 27. Mai 1953 zu entnehmen ist, betraute Fetscher mit diesem Auftrag Roman Schnur, der aktiv an der Herausgabe des *Archivs für Rechts- und Sozialphilosophie* beteiligt war. Allerdings dauerte es eine Weile, bis der Briefwechsel initiiert wurde. 1955 hielt sich Schnur von Anfang März bis Ende August in Paris auf, wo er ein Habilitationsstipendium innehatte; er behauptet, den Kontakt zwischen den beiden Männern nach seiner Rückkehr nach Deutschland vermittelt zu haben. Schnurs Erinnerung an diese Ereignisse scheint jedoch ungenau zu sein, denn der erste erhaltene gebliebene Brief datiert vom 2. Mai 1955 und ist die Antwort auf einen verschollenen Brief Schmitts.

Am 16. Januar 1957 sprach Kojève durch Vermittlung Schmitts vor dem Rhein-Ruhr-Club in Düsseldorf zum Thema „Kolonialismus in europäischer Sicht“. Seine Ausführungen waren von großem Interesse für Schmitt, dessen Denken und Schreiben ebenfalls um die Frage der Geopolitik im heraufziehenden Zeitalter des Postkolonialismus und der Globalisierung kreiste. Fest steht außerdem, daß Kojève sein Thema nicht nur in Absprache mit dem Vereinsvorstand wählte, sondern auch im Zuge seines Gedankenaustausches mit Schmitt über die gerade entstehende neue Weltordnung und die unmittelbar ersichtlichen räumlichen Aspekte der Politik, wie sie Schmitt in seinem Begriff vom *Nomos der Erde* konzipiert.

Bei aller gemeinsamen Begeisterung für Hobbes und der Bedeutung ihrer Diskussionen über Geschichte und Geopolitik Mitte der fünfziger Jahre – daß Kojève und Schmitt für eine kritische Analyse der Moderne so relevant sind, hat noch einen anderen wesentlichen Grund: ihr Interesse an der Dialektik zwischen dem Selbst und dem Anderen und Hegels Rolle in dieser Debatte. Erst auf der Basis ihres Verständnisses einer von dieser Dialektik in ihren verschiedenen Facetten geprägten Moderne können wir beider Auseinandersetzung mit der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzenden Globalisierung würdigen.

Kojèves Hauptwerk ist Zeugnis einer idiosynkratisch marxistischen, mit existentialistischem Gedankengut angereicherten Interpretation He-

Dirk van Laak: *Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik*, Berlin 1993.

Carl Schmitt: *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum*, zuletzt Berlin 1997.

gels. Schon die Entstehung des Gegensatzes zwischen Herren und Sklaven wird als Ergebnis einer freien Entscheidung und in diesem Sinne als existentialistischer Akt dargestellt. Kojève postuliert zwar, daß der zukünftige Herr und der zukünftige Sklave die gleiche Freiheit haben, sich jeweils als solcher zu erschaffen, scheint diese Freiheit dann aber nur dem zukünftigen Sklaven zuzugestehen, der die Unterwerfung dem Tod vorzieht. Der künftige Herr muß eine völlig anders geartete Entscheidung treffen, nämlich ob er seinen Rivalen tötet oder verschont. Da beide um die Anerkennung des jeweils anderen kämpfen, muß der stärkere Gegner den schwächeren am Leben lassen, um als Sieger anerkannt zu werden. Statt dessen gilt es Kojève zufolge, den Gegner „dialektisch“ zu überwinden, indem er ihm „Leben und Bewußtsein läßt und lediglich seine Autonomie zerstört“. Man könnte Kojèves These poststrukturalistisch lesen und sagen, er stelle sich eine Urszene der menschlichen Geschichte vor, in der bis auf den Tod gekämpft wird, ohne daß am Ende Tote zurückbleiben. Damit die Geschichte weitergehen kann, muß dieselbe Urszene immer wieder von neuem durchgespielt werden, jedesmal mit demselben Ergebnis. An ihrem Ursprung, so insistiert Kojève, sei der Mensch immer entweder Herr oder Sklave. Die Geschichte ist zu Ende, „wenn der Unterschied, der Gegensatz zwischen Herren und Sklaven verschwindet“. Solange die Geschichte andauert, muß dieser Gegensatz stets unter Kontrolle gehalten werden, denn sollte einer der beiden sterben, wäre ihr Verhältnis zueinander aufgelöst.

Alexandre Kojève: *Hegel. Eine Vergegenwärtigung seines Denkens. Kommentar zur „Phänomenologie des Geistes“*, Neuausgabe in Vorbereitung.

Da Hegels Geschichtsbild jedoch einen Punkt vorsieht, an dem der sich selbst genügende Geist die Geschichte ablöst, sagt Kojève mit einiger Berechtigung voraus, das Verhältnis zwischen Herren und Sklaven müsse „letztlich in der ‚dialektischen Überwindung‘ beider enden“. Allerdings tut er Hegels Projekt wiederum unrecht, indem er behauptet, dieses Stadium könne nur durch das Handeln des Sklaven erreicht werden. Doch selbst wenn er die Geschichte als Ganzes als „Geschichte des arbeitenden Sklaven“ bezeichnet, läßt sich Kojèves Analyse nicht auf eine rein marxistische Sichtweise beschränken. Seine These ist weiter gefaßt und zeugt von größerer denkerischer Freiheit: Er geht nicht davon aus, daß Arbeit als solche den Menschen in seiner Entwicklung voranbringe, sondern sieht Herrschaft als „existentialistische Sackgasse“. Hat der Herr seinen Gegner einmal versklavt, wird ihm schnell klar, daß „er gekämpft und sein Leben riskiert hat für eine Anerkennung, die für ihn wertlos ist“. Der einzige, der ihn als Herr anerkennen kann, ist der Sklave, der ihm nicht mehr ist als ein Tier oder ein Ding. Aus diesem Grund wird der Herr nie zufrieden sein. Dennoch bleibt Herrschaft für ihn der höchste Wert, und er kann sich von dem Verlangen nach ihr nicht lösen. So ist er am Ende seiner Entwicklung angekommen: „er kann nicht über sich selbst hinaus, sich wandeln, sich weiterentwickeln ... Er kann getötet werden; verändern oder erziehen läßt er sich nicht“. Das Verlangen des Sklaven, Herr zu sein, ist dagegen weniger stark (sonst hätte er dafür auf Leben und Tod gekämpft); Sklave möchte er aber auch nicht bleiben: Er hatte sich nur in dieses Schicksal gefügt, um sein Leben zu retten. Also ist er an keine der beiden Daseinsformen gebunden. „Er ist zur Veränderung bereit; von seinem Wesen her ist er Veränderung, Wandel, ‚Erziehung‘“. Die Zukunft und die Geschichte gehören also nicht dem kriegerischen Herren, der entweder stirbt oder für immer mit sich selbst identisch bleibt, sondern dem arbeitenden Sklaven.

Günter Rohrmoser: *Zäsur. Wandel des Bewußtseins*, Stuttgart: Seewald, 1980.

Zum Verständnis dieser Epistemologie der Umkehrung und Theatralik ist es unerläßlich zu wissen, daß in Kojèves Geschichtsbild die bürgerliche Gesellschaft geprägt ist von den Beziehungen zwischen herrenlosen Sklaven und Herren, denen die Sklaven abhanden gekommen sind. In der bürgerlichen Gesellschaft, die bei Hegel wie bei Kojève auf das frühe Christentum zurückgeht, „ist der Gegensatz zwischen Herrschaft und Sklaverei ‚überwunden‘. Und zwar nicht etwa, weil die Sklaven die wahren Herren wären. Tatsächlich werden sie eins in einer Pseudo-Herrschaft, die tatsächlich eine Pseudo-Sklaverei ist, eine Sklaverei ohne Herren“. Die bürgerliche Welt baut demnach auf dem Grundsatz der Pseudo-Veränderung auf, der gerade soviel Raum läßt, daß der Status quo gedeihen kann. Die bürgerliche Gesellschaft ist die endgültige Bestätigung einer Umkehrung ohne Umsturz; in ihr setzt sich der „Kampf auf Leben und Tod“, bei dem keine Toten zurückbleiben, unendlich fort; Identitäten werden



Architektur des Post-histoire – Entwurf für den Film „Metropolis“, 1925/26

theatralisch gewechselt, indem der Herr zum Sklaven seines eigenen Besitztums wird und der Sklave zwar aus der Sklaverei befreit, ohne jedoch zum Herren aufzusteigen.

Bei Schmitt findet Kojèves Gegensatz zwischen Herren und Sklaven seine Entsprechung in der Freund-Feind-Dialektik. Beide Paare sind Variationen eines zentralen Themas der Moderne, nämlich des Problems der Grenzen zwischen Selbst und Anderem. Die philosophischen Grundlagen der Moderne ausführlich darzulegen, würde an dieser Stelle zu weit führen. Nur soviel soll vorausgesetzt werden: Die Logik der Moderne beruht auf der Akzeptanz eines unveränderlichen stabilen Kern-Selbst, das sich allerdings gegenüber anderen, ja gegenüber der Andersheit als solcher bewähren und mit ihr zu koexistieren lernen muß. Die essentialistischen Vorannahmen des modernen Projektes der Kultivierung und Erziehung des Selbst sind in den letzten vierzig Jahren von vielen Seiten der Kritik unterzogen worden. Die Schlüsselfrage lautet: Wie verhält sich das Projekt der Moderne mit seinem unerschütterlichen Glauben an eine zeitlose menschliche Essenz und deren Fähigkeit, sich mit (der eigenen) Andersheit zu arrangieren, zu der Dynamik geschichtlichen Wandels? Ebendieses Rätsel bestimmt die theoretische Auseinandersetzung mit dem Projekt der Moderne.

Auch Schmitts Deutung des Gegensatzes zwischen Freund und Feind setzt voraus, daß der Feind kein persönlicher ist, sondern ein Staatsfeind, dessen Feindschaft sich aus einer bestimmten Konstellation der Machtbeziehungen in der Welt oder in einer Gesellschaft ergibt.

Wie inzwischen weidlich bekannt ist, rückte Schmitt in den 1930er Jahren von diesem statischen Begriff des Politischen ab, so daß auch die Identifikation des Feindes nicht mehr unbedingt Aufgabe des Staates war. Freund und Feind befreiten sich Schritt für Schritt aus der öffentlichen Sphäre, mit der Folge, daß die Unterscheidung an Stabilität verlor und dabei an Bedeutung gewann.

Bei der Erstveröffentlichung seiner Hauptschrift *Der Begriff des Politischen* 1927 behandelte Schmitts Erörterung das Politische als einen eigenen „Bereich“ des Gesellschaftslebens, später kam er zu der Ansicht, das Politische sei eine so diffuse wie allgegenwärtige Präsenz, die von äußerstem Konflikt gekennzeichnet sei. Mit anderen Worten, alles ließ sich mit Hilfe des Gegensatzes zwischen Freund und Feind definieren, denn alles – Wirtschaft, Kultur, Ideologie, Recht – konnte Schauplatz des Politischen werden, sobald der Konflikt in dem jeweiligen Bereich höchste Intensität erreichte. Das Politische ist somit kein gesonderter Bereich des Gesellschaftslebens mehr, sondern eine universelle Daseinsform, für die die radikale Intensität des Konfliktes kennzeichnend ist. Der politische Gegensatz, so Schmitt, „ist der intensivste und äußerste Gegensatz und jede Gegensätzlichkeit ist um so politischer, je mehr sie sich dem äußersten Punkte, der Freund-Feindgruppierung, nähert“.

Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, zuletzt Berlin 2002.



Atombombenexplosion

Carl Schmitt: *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*, zuletzt Berlin 2004.

den Menschen nicht nur als gefährlich bezeichnet – eine Feststellung, die ihm Hobbes in die Feder diktieren dürfte –, sondern auch als dynamisch. Statt dieses letztere Merkmal aber einer genaueren Prüfung zu unterziehen, zähmt Schmitt die dynamische Natur des Menschen lieber, indem er ihn in die stabileren, wenngleich genauso beweglichen und kontingenten Kollektive gesellschaftlicher Gruppen oder Nationen einschreibt. Beiden spricht er das einzig dem Staat zustehende Recht ab, Krieg zu führen. Keine andere Einheit innerhalb der Gesellschaft könne den Feind bestimmen, und keine andere Einheit dürfe die Mittel haben, einen bewaffneten Kampf gegen diesen Feind zu führen. Konkurrierende gesellschaftliche Gruppen, politische Verbindungen und Parteien könnten innerhalb des Staates existieren, solange sie die bestehende politische und rechtliche Ordnung nicht ernsthaft gefährden. Täten sie dies, müsse der Staat sich entscheiden, sie als *Staatsfeind* zu betrachten, insbesondere wenn sie ihren Ungehorsam auf die Spitze treiben. Schmitt geht es hierbei um Gruppen, die das bestehende System zu zerstören suchen oder in ihren Konflikten mit anderen Gruppen die ganze Nation in inneren Aufruhr versetzen. Werden innere Freund-Feind-Gegensätze jedoch so intensiv, daß sie zu bewaffnetem Konflikt führen, wäre der Staat nicht länger die entscheidende politische Einheit. Ergebnis wäre ein Bürgerkrieg, in dem jede Gruppe ihrerseits Freund-Feind-Unterscheidungen trafe und das Überleben des Staates auf der Kippe stünde. So kann die Freund-Feind-Unterscheidung entweder in Kriegen zwischen Nationalstaaten oder in Bürgerkriegen innerhalb eines Nationalstaates zutage treten. Sollte diese Unterscheidung verschwinden, würde das politische Leben insgesamt verschwinden.

Je mehr sich Schmitt zurückzog, weil er im Zuge der nationalsozialistischen Kampagne gegen ihn (1936) und erst recht der Entnazifizierung nach dem Krieg erkennen mußte, daß er es nie zu einer Stellung mit echter politischer Macht bringen würde, desto stärker veränderte sich seine Deutung der Freund-Feind-Beziehung. Seinem Glauben an die unbedingte Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen beiden blieb Schmitt treu, aber er wurde sich zunehmend der Schwierigkeit bewußt, den Feind in

Der Feind muß nicht moralisch böse oder ästhetisch häßlich sein, doch er ist „der andere, der Fremde, und es genügt zu seinem Wesen als Feind, daß er in einem besonders intensiven Sinne *existentiell* etwas anderes und Fremdes ist, so daß im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind ...“. Genauso wie Kojèves Herr und Sklave setzt also auch Schmitts Gegensatzpaar eine gewisse existentialistische Vorstellung von der menschlichen Natur voraus. Schmitts Freund-Feind-Dialektik entspringt einer bestimmten philosophischen Anthropologie. Etwas brüsk, aber ohne ihm Zwang anzutun, könnte man sagen, Schmitts Unterscheidung geht von einer bösen Ur-Natur des Menschen aus. Alle echten politischen Theorien, schreibt er, setzen voraus, daß der Mensch böse ist, „das heißt als keineswegs unproblematisches, sondern ‚gefährliches‘ und dynamisches Wesen“ zu betrachten ist. Dementsprechend ist Feindschaft die Grundlage politischen Lebens.

Man beachte, daß Schmitt

einer Welt ausfindig zu machen, die von Bündnissen und „Großräumen“ – mehr zu diesem Begriff später – anstatt von übersichtlicheren Nationalstaaten beherrscht wird. In einer 1969 geführten und 1970 als *Gespräch über den Partisanen* veröffentlichten Konversation mit Joachim Schickel analysiert Schmitt den Partisanenkrieg hauptsächlich in Kolonialgebieten und folgert, anders als die Armee des Nationalstaates sei der Partisanenkrieger irregulär, hypermobil, lokal und eben deshalb überall. Der Partisan sei schwieriger zu erkennen und daher schwieriger zu bekämpfen. Als Feind in neuer Gestalt künde er von einem Zeitalter der anbrechenden Globalisierung, in dem der traditionelle Freund-Feind-Gegensatz spektraler werde, ohne deshalb weniger antagonistisch zu sein.

Joachim Schickel: *Gespräche mit Carl Schmitt*, zuletzt Berlin 1993.

Anders als Kojève sah Schmitt kein Ende der Geschichte voraus, ja die bloße Vorstellung erschien ihm schrecklich und quälend. Daher rührt Schmitts Furcht vor der Dialektik und sein zwiespältiges Verhältnis zu Hegel, dem er einerseits als Staatstheoretiker tiefen Respekt entgegenbrachte; andererseits empfand Schmitt Hegels starken Drang nach einem Ende des politischen Konfliktes regelrecht als deprimierend. Das Ende der Geschichte in der absoluten Vervollkommnung des Geistes – diese Vorstellung war Schmitt fremd, und er lehnte sie bis zuletzt ab.

Carl Schmitt: *Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924–1954. Materialien zu einer Verfassungslehre*, zuletzt Berlin 1997.

Daß Hegels Bedeutung für eine politische Philosophie, die von der Freund-Feind-Unterscheidung ausgeht, zu den wichtigsten Streitfragen in Schmitts Briefwechsel mit Kojève zählt, sollte also nicht überraschen. Am 14. Dezember 1955 fragte Schmitt Kojève nach der wahren Bedeutung des Feindbegriffs in Hegels *Phänomenologie*: „Kann es bei Hegel überhaupt einen Feind geben, wenn er, der Feind, doch entweder ein notwendiges Übergangsstadium der Verneinung oder aber nichtig und ohne Substanz ist?“. Auf diese dramatisch formulierte, fast schon rhetorische Frage antwortet Kojève am 4. Januar 1956 mit dem zu erwartenden Gleichmut: „Kann es bei Hegel überhaupt einen Feind geben?“ fragen Sie. Wie immer: ja und nein. *Ja* – insofern und *solange* als es einen Kampf um Anerkennung, das heißt *Geschichte* gibt. Die Weltgeschichte ist die Geschichte der *Feindschaft* zwischen Menschen ... *Nein* – insofern als und sobald Geschichte (= Kampf um Anerkennung) in absolutes Wissen ‚sublatiert‘ wird“.

So schält sich heraus, daß für Kojève wie für Schmitt eine Theorie der Moderne vor allem die Frage nach dem ontologischen Status des Selbst gegenüber dem Anderen wenn nicht klären, so doch stellen mußte. Herr und Sklave, Freund und Feind stellen zwei unterschiedliche Entwürfe dar, diese grundlegende Beziehung zum Ausdruck zu bringen. Beide sind als binäre Oppositionen konstruiert, so modifiziert, bedingt und elastisch sie auch formuliert wurden. Darin dem philosophischen Diskurs der klassischen Moderne verhaftet, scheinen sie doch die für die Spätmoderne so typische Unmöglichkeit der späten Moderne zu reflektieren, ein absolutes und autonomes Selbst zu behaupten. Statt dessen wird das Selbst entweder im Akt des Verlangens nach den Verlangen des Anderen gebildet, oder es entsteht durch den selbst-entfremdenden Akt des Denkens, in dem das Denken selbst Andersheit als Teil des Selbst implantiert. Aus ebendiesem Grund kann keines der Elemente des Herr-Sklave- oder Freund-Feind-Gegensatzes wiederum als *das* Selbst identifiziert oder behauptet werden. In gegenseitiger Abhängigkeit werden sie voneinander angezogen.

Der wichtigste Unterschied zwischen den beiden Entwürfen jedoch scheint mir der folgende zu sein. In Kojèves Gegensatz kann die Spannung zwischen den beiden Elementen in der Geschichte gelöst werden, indem der Herr und der Sklave letztendlich als Verlierer und Gewinner identifiziert werden, denen ein unterschiedliches moralisches Potential anhaftet. Für Schmitts Entwurf gilt dies nicht. Anders als der Konflikt zwischen Herren und Sklaven beruht die Spannung zwischen Freund und Feind nicht auf der Annahme ihrer dialektischen Verkehrung und Aufhebung im Fluß der Geschichte, noch sind die Begriffe in irgendeiner Weise moralisch aufgeladen. Die Konfiguration politischer Freund- und Feindschaft erweist sich als weitaus flexibler, der Gegensatz zwischen beiden weitaus weniger geschichtsphilosophisch oder moralisch entscheidbar.

Ebendieser Unentscheidbarkeit des Freund-Feind-Gegensatzes verdankt sich Schmitts radikal anderer Umgang mit der anbrechenden Globalisierung in der Folge des Zweiten Weltkriegs. Für Kojève scheint die Globalisierung die natürliche Folge der Konvergenz der beiden Blöcke

im Kalten Krieg zu sein; mit seinem unerschütterlichen Sinn für Ironie schrieb er Schmitt am 11. Juli 1955: „Molotows Cowboyhut ist für mich ein Symbol der Zukunft“.

Unter diesen neuen Umständen läßt sich die Welt nicht länger in koloniale Scheiben zerteilen; der zivilisierte Westen hat den Kampf um Gebietserwerb angeblich hinter sich gelassen und den Prozeß der politischen Entkolonialisierung als unvermeidliche Folge der zunehmenden Homogenisierung einer am Ende der Geschichte angekommenen Welt hingenommen.

Kojèves Glaube, daß dieses Ende unvermeidlich sei, beruht auf der Erkenntnis, daß das wichtigste politische Instrument, der Staat, tot ist. Über den Untergang des Staates waren sich Schmitt und Kojève völlig einig: „Es ist vorbei mit dem ‚Staat‘, das ist wahr; dieser sterbliche Gott ist tot, und daran kann man nichts ändern“, schrieb ein resignierter Schmitt 1955 an Kojève. Schmitt aber schloß daraus nicht, daß das Ende der Geschichte bevorstand – ganz im Gegenteil. In Rückbesinnung auf den Begriff des Großraums, den er bereits 1938 auszuarbeiten begann, behauptete er, die bipolare Struktur der Welt werde am Ende durch eine Rückkehr zu echtem politischem Pluralismus überwunden, der auf der Existenz einer Vielzahl lebensfähiger Großräume beruhte. Diese These, die Schmitt nach dem Zweiten Weltkrieg in einer Reihe von Aufsätzen entwickelte, findet ihre ausgereifteste Formulierung 1955 in seinem Beitrag zur Festschrift für Ernst Jünger. Dort führt er den Dualismus zwischen Westen und Osten, Kapitalismus und Kommunismus auf die ursprüngliche Trennung zwischen Land und Meer zurück. In diesem Text, Schmitts wahrscheinlich bestem geosophischem Aufsatz der Nachkriegszeit, bemühte er sich nach Kräften, die Konturen einer Welt zu skizzieren, die nicht länger zwischen den beiden Supermächten aufgerieben wird, sondern sich polyzentrisch entwickelt. Träger des Politischen ist nicht mehr der Nationalstaat, nicht einmal mehr der Staat als Supermacht, sondern die wiedererstandenen Großräume, die frühzeitig unter dem Schutt des Krieges begraben worden waren. In dem oben zitierten Brief an Kojève erläuterte Schmitt, die Konkurrenz zwischen diesen Großräumen werde für eine „sinnvolle Feindschaft“ sorgen, die eine dauerhafte „Geschichtsfähigkeit“ gewährleiste. Nicht einmal die globale Reichweite des technologischen Fortschritts, so fügte Schmitt später hinzu, könne völlig mit der Feindschaft aufräumen. Technologie, behauptete er im selben Tonfall, wie er die damaligen deutschen Debatten zu diesem Thema kennzeichnete, verschiebe den Ursprung der Feindschaft von Krieg und politischer Konkurrenz auf das Verhältnis des Menschen zur Umwelt: Wenn die Menschen die außerordentlichen Kräfte der Technologie gegenüber der Erde anwenden, werden sie sich schließlich selbst zum Feind.

Als Kojève also im Januar 1957 in Düsseldorf eintraf, um seinen Vortrag zu halten, war er sich dieser grundsätzlichen Diskrepanz in der Frage, ob die Geschichte zu Ende sei, nur allzusehr bewußt. In seinem Düsseldorfer Vortrag formulierte Kojève den Gedanken eines „gebenden Kapitalismus“, der heute investiert, um die gefährlichen Exzesse des wirtschaftlichen Kolonialismus in der Gegenwart zu vermeiden und für morgen einen Absatzmarkt zu schaffen. Arme Kunden, so warnte er, seien „schlechte Kunden und sogar gefährliche Kunden“. Kojèves eigentliches Interesse galt dem Problem, wie die Praktiken des wirtschaftlichen Kolonialismus, die den Untergang des politischen Kolonialismus unübersehbar überlebten, zu „zivilisieren“ und akzeptabler zu gestalten seien. Eine Lösung suchte er im fordistischen Kapitalismus-Modell, dem es gelungen war, so meinte Kojève, das Proletariat mittels eines höheren Lebensstandards zu befrieden. Auf ähnliche Weise müsse der Kapitalismus nun in der Dritten Welt einen wirtschaftlichen Kolonialismus mit menschlichem Antlitz errichten. Den Mehrwert, den die rechte Hand nimmt, sollte die linke Hand zurückgeben oder besser gesagt, investieren. Das Zeitalter des „Nehmens“ sei vorüber, an seine Stelle trete eine Politik der wirtschaftlichen Linderung, die der Westen als einziges Zentrum der Weltmacht ausführen müsse. Es ist interessant zu beobachten, wie Kojève nach dem richtigen Wort für die neue „gebende“ Form des Kapitalismus sucht. Postkolonialismus wäre ein hoher Favorit gewesen. Doch auch ohne einen geeigneten Begriff erklärt er den „gebenden“ Kapitalismus feierlich zum „Gesetz der Erde von heute ... Nomos der westlichen Erde“. *Nomos der Erde* war natürlich eine

Carl Schmitt: *Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte*, zuletzt Berlin 1991.

unmißverständliche Anspielung auf Schmitts bekanntes Buch von 1950 und insofern ein weiteres Indiz für die andauernde Auseinandersetzung zwischen den beiden Männern. Schmitts Erwiderung erfolgte im Herbst desselben Jahres (1957), als er seine *Verfassungsrechtlichen Aufsätze* zur Veröffentlichung vorbereitete. In diese Sammlung nahm Schmitt auch den Aufsatz *Nehmen/Teilen/Weiden* (1953) auf, den Kojève seinem Brief vom 2. Mai 1955 zufolge im Jahr seines Erscheinens gelesen hatte. Diesem Text fügte Schmitt nun eine Entgegnung auf Kojèves Theorie des „gebenden Kapitalismus“ an. Nur Gott, schloß er, könne geben, ohne vorher zu nehmen.

Daß Gott als schlußendliche Widerlegung einer Doktrin beschworen wird, die Schmitt für falsch und gefährlich hielt, zeigt, wie wichtig ihm diese Debatte war. Auf der Basis eines tiefen gegenseitigen Respekts, einer Begeisterung für Hegel und der Einigkeit über den unaufhaltsamen Untergang des Staates in der Nachkriegspolitik entwarfen Kojève und Schmitt eigene Vorstellungen der Moderne und nicht miteinander zu versöhnende Vorhersagen für die Welt, die entstünde, sobald der Eiserne Vorhang aufgezogen würde. Beide verorteten sich als Denker der Moderne, doch nur Kojève begrüßte die Globalisierung als eine unvermeidliche Entwicklung, die Anlaß zur Freude statt zur Trauer gibt. Schmitt blieb zumeist mißtrauisch gegenüber der Vorstellung einer homogenisierten Welt. Für ihn war sie die beunruhigende Konsequenz der schwindenden Macht der Menschheit, gegen die Neutralisierungsprozesse anzukämpfen, die das Politische genauso unweigerlich zurückdrängen wie die existentiellen Risiken gesellschaftlichen Handelns.

ISBN 3-902475-01-3
Caspar von
Schrenck-Notzing
**CHARAKTER-
WÄSCHE**
Die Re-education
der Deutschen und
ihre bleibenden
Auswirkungen
Erweiterte Neuaus-
gabe, 328 Seiten,
Hardcover
€ 19,90 / sfr 33,50



Der Autor hat das Standardwerk zur Geschichte der Amerikanischen Umerziehung geschrieben. Seit mehr als 30 Jahren hat es zahlreiche Auflagen erfahren. Jetzt liegt eine aktualisierte und stark erweiterte Neuausgabe vor, die die Auswirkungen der Re-education bis in die Gegenwart beschreibt: Wer etwas über die Entstehung und die Entwicklung der bundesdeutschen Mentalität wissen will, kommt an diesem Buch nicht vorbei.

ISBN 3-902475-00-5
Paul Edward Gottfried
**MULTIKULTURALIS-
MUS UND DIE POLI-
TIK DER SCHULD**
Unterwegs zum
manipulativen Staat?
218 Seiten, Hardcover
€ 19,90 / sfr 33,50



In seinem neuen, hier in deutscher Übersetzung vorgelegten Werk richtet sich die Aufmerksamkeit des US-Politikwissenschaftlers Paul Gottfried auf die Transformation des Charakters heutiger Verwaltungsstaaten. Nicht mehr der Ausbau von Sozialleistungen stünde heute auf der politischen Agenda, sondern der Versuch, Einfluß auf das Bewußtsein der Bürger zu nehmen. Hiermit in Verbindung steht eine Schuld-Rhetorik, die unter anderem dazu führt, daß sich weiße Europäer und US-Amerikaner von ihren kulturellen und ethnischen Wurzeln zu entfremden beginnen. Diese Entwicklung bereitet der staatlich propagierten „multikulturellen Gesellschaft“ den Weg, die alle Traditionen zu kapfen droht, auf denen westliche Nationalstaaten einmal Fußten.



ARES VERLAG

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand über:
„Bücherquelle“, Hofgasse 5, A-8011 Graz, Tel. +43/316/82 16 36, Fax +43/316/83 56 12
E-Mail: stocker-verlag@stocker-verlag.com

Und dann und wann Konfliktverhütung

von Klaus Hammel

Die Entscheidungen des Verteidigungsministeriums zur Reduzierung der Anzahl der militärischen Standorte vom 2. November 2004 sind wieder aus den Schlagzeilen verschwunden. Außer in den betroffenen Kommunen haben sie in der Öffentlichkeit nicht zu nachhaltigen Diskussionen geführt. Standortschließungen oder -verlegungen sind ein Resultat der erneuten Umfangsreduzierung und Umstrukturierung der Bundeswehr, wobei der Friedensumfang der Streitkräfte von rund 285.000 Mann auf 255.000 Mann sinken soll. Die Reduzierung des Umfangs der Streitkräfte und die erneute Umstrukturierung wiederum beruhen auf den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* (VPR), die im Mai 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt worden waren, ein Planungsdokument, mit dem die Überlegungen zu einer grundlegenden Änderung des Aufgabenspektrums der Bundeswehr zu einem (vorläufigen) Abschluß gebracht wurden. General Schneiderhan, der Generalinspekteur, spricht mittlerweile nicht mehr von einer weiteren Reform, sondern von einer „Transformation“ der Bundeswehr, um das Ausmaß des bevorstehenden Neuansatzes deutlich zu machen. Die Veröffentlichung der Planungsabsichten, nach denen die politische Führung Abstand von der Landesverteidigung im herkömmlichen Sinne nimmt und die Streitkräfte zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee umgewandelt werden sollen, hat seinerzeit weder in der Bevölkerung noch bei den „politisch relevanten Gruppen“ besondere Auseinandersetzungen hervorgerufen.

Mit der seit 1990 vierten größeren Umstrukturierung sollen die Konsequenzen aus der geänderten politischen Weltlage seit 1990 und dem Aufkommen neuer Bedrohungsformen sowie aus der gewachsenen Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft für die deutschen Streitkräfte gezogen werden. Mit der bevorstehenden „Transformation“, die bis 2010 abgeschlossen sein soll, wird die Truppe – so die Aussagen der

politischen und militärischen Führung – nach jahrzehntelangen permanenten Umgliederungen zur Ruhe kommen. Hinsichtlich dieser Absicht ist Skepsis angebracht. Der für den Umstrukturierungsprozeß erforderliche Finanzrahmen ist keinesfalls gesichert, darüber hinaus beruht die neue Struktur auf der Beibehaltung des Grundwehrdienstes (Wehrpflicht), wobei es nicht nur in beiden Regierungsparteien starke Strömungen gibt, diesen abzuschaffen.

Der Zusammenbruch des Warschauer Paktes ab 1990 hat nicht nur die militärische Konfrontation in Mitteleuropa beseitigt, er hat zu einer territorialen Neugestaltung in Osteuropa und Asien geführt. Bedrohungspotentiale, die durch den Ost-West-Konflikt überdeckt worden waren, treten wieder transparenter hervor. Dazu gehören auch historisch bedingte Spannungen zwischen Staaten, die nach dem Zusammenbruch des Bündnissystems ihre nationale Souveränität gewonnen haben sowie die Freiheit, eine nationale Interessenpolitik zu verfolgen, die bisher durch die Einbindung in das Bündnissystem und durch die Dominanz der Sowjetunion unterdrückt worden war.

Die Erweiterung der Europäischen Union und der NATO führte zur Ausdehnung des NATO-Vertragsgebiets und zur Erweiterung des Interessensbereiches in den baltischen Raum, nach Osteuropa bis zur Landbrücke des Kaukasus, auf den Balkan und in den Nahen Osten. Die Globalisierung wirtschaftlicher Prozesse, die Vernetzung vor allem auf den Gebieten der Informationsübertragung und des Verkehrs haben zur Folge, daß krisenhafte Entwicklungen nur schwer eingedämmt werden können und sehr schnell auf zunächst nicht betroffene Gebiete der Welt übergreifen können. Die unbegrenzte und sehr schnelle Übertragung von Informationen hat im Vergleich zu vergangenen Zeiten zu einer deutlicheren Wahrnehmung von humanitären Katastrophen geführt, die auf Grund des Drucks, der durch die Berichterstattung der Medien erzeugt wird, gerade die hochentwickelten Staaten des Westens zu Interventionen zwingt, um solche humanitären Notlagen zu beseitigen.

Terroristische Bewegungen und „asymmetrische Bedrohungen“ (bei ihnen stehen im Allgemeinen regulären Streitkräften irreguläre oder verdeckt operierende Kräfte gegenüber) zeigen die Anfälligkeit hochentwickelter, industrialisierter Staaten und die „Überproportionalität“ ihrer Streitkräfte auf. Eine Trennung zwischen den Gefährdungen der äußeren und inneren Sicherheit ist dabei oft nicht möglich.

Die Bekämpfung neuartiger Gefahren ist auf nationaler Ebene kaum sicherzustellen. Übernationale Engagements erfordern Aktionen der internationalen Gemeinschaft. Als Folge wird mehr und mehr die Souveränität der einzelnen Staaten eingeschränkt beziehungsweise in die inneren Angelegenheiten von Staaten eingegriffen.

Im Vergleich zu den Zeiten des Kalten Krieges ist Deutschland kein Frontstaat mehr. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien wird richtigerweise bemerkt, daß Europa und das Bündnis sich Bedrohungen gegenübersehen, die vor allem an der südlichen und südöstlichen Peripherie entstehen können. Hier muß ergänzt werden, daß die Entstehung krisenhafter Entwicklungen im baltischen Raum und in Osteuropa, wie die Wahlen in der Ukraine gezeigt haben, keinesfalls ausgeschlossen ist.

Käme es zu Krisen oder kriegerischen Entwicklungen, dann läge Deutschland nach bisheriger Terminologie in der „Verbindungszone“, wie früher beispielsweise Frankreich, es wäre nicht mehr Kampfgebiet. Die Landesverteidigung würde auf dem Territorium von Bündnispartnern beginnen. Nachdem Deutschland jahrzehntelang „Empfänger“ von Bündnissolidarität war, ist es nun zum „Spender“ von Bündnissolidarität geworden. Mittelbare Gefährdungen des deutschen Territoriums und der Bevölkerung können dabei immer auftreten, beispielsweise durch Angriffe mit weitreichenden Waffensystemen (Flugzeuge, Raketen), Spezialtruppen, terroristische Anschläge, Aktionen oder Aufstandsbewegungen ethnischer oder religiöser Minderheiten, die vom Konfliktgegner für seine Zwecke initiiert werden.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion nimmt Deutschland seine geographisch bedingte Brückenlage in Europa wieder ein. Es ist infolgedessen in seinen politischen Bindungen nicht mit westeuropäischen Randstaaten, beispielsweise Großbritannien, zu vergleichen. Deutschlands politisches Gewicht nach der Wiedervereinigung ist gestiegen.



Es gehört zu den führenden Wirtschafts- und Industrienationen der Erde. Dies macht unser Land einerseits abhängig von den Rohstoffquellen der Welt und gesicherten Verbindungen zu ihnen, auf der anderen Seite führt das politische Gewicht zu Verpflichtungen, eigene Ressourcen zur Unterstützung bedürftiger anderer Regionen der Welt einzusetzen.

Es dürfte einsichtig sein, daß ein erweitertes Aufgabefeld, welches vor allem zu Einsätzen außerhalb des Landes führt, nicht mehr durch Streitkräfte erfüllt werden kann, die auf den „Kampf im eigenen Land“ hin optimiert waren. Grundlegende Änderungen

in der Struktur, in der Ausrüstung und Bewaffnung, in der Ausbildung und – dies wird häufig vernachlässigt – im inneren Selbstverständnis sind zwangsläufig. Die Beschränktheit eigener Ressourcen sowie die Tatsache, daß bestimmte Aufgaben nur im Zusammenwirken mit anderen erfüllt werden können, werden zu einer stärkeren internationalen Verflechtung führen.

Entsprechend den Planungsvorstellungen des (Bundesministerium der Verteidigung) BMVg „wird der Definition von Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr ein bestimmtes, weites Verständnis von Verteidigung zugrunde gelegt“. Die Argumentationskette in den VPR ist dabei insgesamt widersprüchlich. Während einerseits herausgestellt wird, daß die Verteidigung Deutschlands gegen eine äußere Bedrohung nach Art. 87a GG die politische und verfassungsrechtliche Grundlage der Bundeswehr bleibe, soll der Begriff der „herkömmlichen Landesverteidigung“ durch den umfassenderen Begriff „Schutz Deutschlands und seiner Bürger“ ersetzt werden, was immer man darunter verstehen mag. Verteidigung schließe, so die Verfasser der VPR „die Verhütung von Konflikten und Krisen, die gemeinsame Bewältigung von Krisen und die Krisennachsorge ein“. Dementsprechend lasse sich die Vorstellung von Verteidigung geographisch nicht mehr eingrenzen. Eine Neufassung des Art. 87a, die an und für sich konsequent wäre, wird jedoch nicht für nötig erachtet.

Vom Begriffsgefüge her ist die Aufgabe „Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ eine Teilaufgabe des „Schutzes Deutschlands und seiner Bürger“. Sie wird an die erste Stelle des Aufgabenspektrums gesetzt: „Diese Aufgabe prägt maßgeblich die Fähigkeiten, das Führungssystem, die Verfügbarkeit und die Ausrüstung der Bundeswehr. Mit anderen Worten: Es ist die strukturbestimmende Aufgabe der Bundeswehr.“ Aus Gründen, die später noch behandelt werden, werden die Streitkräfte auf Aufgaben hin optimiert, die mittelbar zur Sicherheit Deutschlands beitragen können, sehr häufig aber Zwecken der internationalen Staatengemeinschaft oder humanitären Anliegen dienen und so keinen Bezug zum Art. 87a GG mehr haben.

Die Planer im BMVg gehen davon aus, daß eine Gefährdung deutschen Territoriums durch konventionelle Streitkräfte „derzeit und auf absehbare Zeit“ nicht gegeben ist. Alle Kapazitäten, die nur dem Zweck der bisherigen Landesverteidigung dienen, sollen daher abgebaut werden. Dennoch soll der Wiederaufbau der Befähigung zur Landesverteidigung – die Rekonstitution – gewährleistet sein. Durch welche Maßnahmen, Kräfte und Mittel dies sichergestellt werden soll, bleibt offen. Mit der Absicht der Rekonstitution wird unter anderem die Beibehaltung der Wehrpflicht begründet. In Bezug darauf heißt es in den VPR: „Der Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger einschließlich der Fähigkeit zur Rekonstitution sowie die eventuelle Unterstützung bei Naturkatastrophen und Unglücksfällen begründen auch künftig ... die allgemeine

Wehrpflicht“. Im Vorgriff auf die nachfolgende Bewertung sei angemerkt, daß eine subsidiär im Rahmen der Amtshilfe zu erfüllende Aufgabe unter anderem als Begründung für den Erhalt der Wehrpflicht herangezogen wird!

Im Friedensumfang wird die Bundeswehr künftig in drei Streitkräftekategorien eingeteilt.

- (1) Eingreifkräfte (Umfang: 35.000 Mann) haben die Aufgabe, im multi-nationalen Rahmen streitkräftegemeinsame Operationen mit hoher Intensität (also gegen etwa qualitativ gleiche feindliche Streitkräfte) zu führen sowie Rettungs- oder Evakuierungseinsätze durchzuführen. Im deutschen Heer werden dafür eine (möglicherweise verstärkte) Panzergrenadierdivision mit mehreren Brigaden, eine Luftlandebrigade und Spezialkräfte (KSK) vorgesehen.
- (2) Stabilisierungskräfte (Umfang: 70.000 Mann) führen streitkräftegemeinsame Operationen mit niedriger und mittlerer Intensität (teilweise militärisch organisierter Gegner, asymmetrische Kräfte) in einem breiten Einsatzspektrum bis hin zu friedensstabilisierenden Maßnahmen durch. Hierfür stehen unter der Führung eines Divisionskommandos drei Brigaden, je eine Luftlande- und Gebirgsjägerbrigade, Heeresflieger und Verstärkungskräfte zur Verfügung.
- (3) Unterstützungskräfte (Umfang: etwa 147.000 Mann) haben den Auftrag, die streitkräftegemeinsame Unterstützung der Einsätze sowie den Grundbetrieb der Streitkräfte sicherzustellen.

Zur besseren Einordnung der nachfolgenden Kritik sollen schlaglichtartig einige Umfangszahlen oder Vergleiche, vor allem aus dem Bereich des Heeres, aufgezeigt werden. Das Heer verfügt künftig noch über fünf Divisionsstäbe, wobei maximal drei Stäbe für die Führung im Einsatz ausgelegt sind. Nur der Stab der 1. Panzerdivision mit anteiligen Divisionsstruppen entspricht bisherigen Vorstellungen von einem zur Führung des Gefechts der verbundenen Waffen befähigten Divisionsstab. Das deutsche Heer wird künftig acht Brigaden (darunter nur eine Panzerbrigade!) umfassen. Hinzu kommen die halbe Deutsch-Französische Brigade und eine Luftbewegliche Brigade, die aber die bisherigen Panzerabwehrhubschrauber-Regimenter der Korps einschließt. Zum Höhepunkt des Kalten Krieges hatte das Heer über 42 Brigaden verfügt. Das Einsatzspektrum, dem sich die Bundeswehr stellen will, führt zu einer vollkommen neuen Gewichtung zwischen Kampf, Kampfunterstützung (Artillerie/Pioniere), Führung (unter anderem Fernmeldekräfte) und der Logistik sowie dem Sanitätsdienst. Der Organisationsbereich des Zentralen Sanitätsdienstes beispielsweise ist vom personellen Umfang her künftig wesentlich stärker als die gesamte Teilstreitkraft Marine.

Das Heer wird für Kampfeinsätze nur noch über etwas mehr als 20 Bataillone verfügen, darunter bloß noch sechs Panzerbataillone. Die polnische Armee wird künftig über mehr Kampfpanzer verfügen als die Bundeswehr. Einsatz- und Stabilisierungskräfte des Heeres setzen sich aus jeweils mehr Fernmelde- und Pionierbataillonen als Panzerbataillonen zusammen.

Ohne Zweifel sind Einsätze der Bundeswehr im Rahmen der Bündnisverteidigung auf dem Territorium von Bündnispartnern konform mit dem Art. 87a des Grundgesetzes („Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“) Ebenfalls nicht zu bezweifeln ist, daß Einsätze außerhalb Deutschlands zur Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen oder zur Bekämpfung humanitärer Notlagen aus deutschem Interesse notwendig sein können oder durch die Art und den Umfang der Notlagen einfach erzwungen werden. Ob hierzu allerdings im Rahmen des Streitkräftenumfangs spezielle Kräfte aufgestellt und bereitgehalten werden sollen, ist schon eine andere Frage.

Bereits nach der heutigen innerstaatlichen Rechtslage ist es möglich, Kräfte der Bundeswehr im Innern einzusetzen. Auf der Grundlage des Art. 35 GG (Amtshilfe), des Art. 87a Abs. 3 u. 4 GG (Schutz ziviler Objekte bei Vorliegen gewisser Voraussetzungen, beispielsweise der Erklärung des Spannungs- oder Verteidigungsfalles) oder des Art. 91 GG (Bekämpfung

von Aufstandsbewegungen). Diese Einsätze erfolgen, wie erwähnt, subsidiär, also wenn die hierfür vorgesehenen Kräfte für die innere Sicherheit nicht ausreichend dazu in der Lage sind. Solche Einsätze werden in der Regel nicht durch den Verteidigungsauftrag abgedeckt. Ob im Rahmen des erweiterten Verteidigungsbegriffs „Schutz Deutschlands und seiner Bürger“ dies zu einer originären Aufgabe der Bundeswehr erklärt werden kann, mit der Bereithaltung hierfür ausgelegter Kräfte, ist in einem größeren Zusammenhang zu prüfen.

Hiermit kommen wir zum Kernpunkt der Kritik an den politischen Vorgaben für den künftigen Einsatz der Bundeswehr. Mit der Entscheidung von 1994 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, daß – als Konsequenz des Beitritts der Bundesrepublik zu internationalen Sicherheitssystemen – deutsche Streitkräfte außerhalb des Landes eingesetzt werden können. Da solche Einsätze nicht durch den Art. 87a abgedeckt werden, ist hierfür jeweils die Zustimmung des Parlaments erforderlich.

Aus dem Ausnahmefall wird nun der Regelfall. Verhütung von Konflikten und Krisen, Bewältigung von Krisen und die Krisennachsorge wird zur Hauptaufgabe der Streitkräfte und mittlerweile zur ausschlaggebenden Bestimmungsgröße für die Strukturen. Nehmen wir die bisher durchgeführten Einsätze der Bundeswehr zur Konflikteindämmung und Krisenbewältigung als Meßlatte, unter anderem Somalia, Afghanistan, Osttimor, so können allenfalls die Einsätze auf dem Balkan in irgendeiner Weise zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland in einen Bezug gesetzt werden. Wenn diese Einsätze nun zum Hauptgrund für die Existenz deutscher Streitkräfte werden und auch geographisch nicht mehr eingrenzbar sind, kann das in der UN-Charta niedergelegte Recht auf Selbstverteidigung nicht mehr als Begründung dienen. Wenn Deutschland auch „am Hindukusch verteidigt wird“, warum halten politische Führung und öffentliche Meinung es dann für unzumutbar, hierfür Wehrpflichtige einzusetzen? Dem Problem, daß Soldaten mit einer Dauer von sechs oder neun Monaten Grundwehrdienst wegen ihres Ausbildungsstandes gar nicht für solche Einsätze verwendet werden können, wäre durch eine Verlängerung des Grundwehrdienstes abzuhelpfen.

Nun werden solche Einsätze durch den Zweck der „Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit“ mit der Zustimmung der Organe der Vereinten Nationen legitimiert. Tritt man internationalen Gemeinschaften bei, dann ist man auch zu Solidarität verpflichtet. Die bisherigen Einsätze zur Krisenbewältigung zeigen aber eine äußerst selektive Vorgehensweise der internationalen Gemeinschaft, die nur dann zum Handeln bereit ist, wenn die Interessen der Supermächte im Sicherheitsrat dem nicht entgegenstehen. Infolge des „selektiven Altruismus“ – so ein Kommentar während des Kosovo-Krieges 1999 – sind die Einsätze der internationalen Staatengemeinschaft zur Eindämmung von Krisen stets von Fragen nach der moralischen Glaubwürdigkeit begleitet gewesen. Oft sind sie nichts weiter als politische Gesten, gekennzeichnet durch das Bestreben nach Vermeidung von Verlusten, offensichtlich deswegen, weil die eigenen Bevölkerungen nicht bereit sind, für diese Form der „Landesverteidigung“ Opfer hinzunehmen. Wie dem auch sei: Angesichts der Ausweitung militärischer Einsätze hat die Deutsche Bischofskonferenz 2004 eine gesellschaftliche Debatte „zu Gründen und Zwecken militärischer Einsätze“ angemahnt. Dabei wäre es für die Politik angemessen, auch eine verfassungsrechtliche Debatte darüber einzuleiten, ob die heutigen Vorstellungen von Verteidigung noch den Inhalten des Art. 87a entsprechen, oder ob dieser geändert werden muß. Dann hätte man wenigstens eindeutige Verhältnisse.

Losgelöst von dieser übergeordneten Problematik sind Vorbehalte angebracht, ob aus der Annahme, Deutschland sei in absehbarer Zeit durch konventionelle Streitkräfte nicht bedroht, in den VPR die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Wie schnell sich die politische und militärische Lage ändern kann, haben wir 1990 erlebt. Streitkräfte sind ein Machtmittel des Staates, um Politik zu betreiben, sie sollen auf eine Optionsvielfalt ausgerichtet sein, sie dienen zur *power projection*, zur Verdeutlichung von Machtpotentialen nach außen. Deutschland liegt, wie ausgeführt, in der Mitte Europas. Nehmen wir an, Präsident Putin oder ein anderer russischer Nationalist würde beabsichtigen, den „Abfall“ der baltischen Staaten oder der Ukraine rückgängig zu machen, dann würde er bei einer Abschätzung des Risikos bewerten, mit wel-

chem militärischen Kräftepotential das Bündnis gegen die Verletzung seiner Interessen agieren könnte. Welche *power projection* geht von einer Armee aus, die überwiegend dafür konzipiert ist, Stabilisierungs- oder Unterstützungsaufgaben in der dargestellten Weise zu erfüllen? Natürlich sind sich die Planer im BMVg über solche Abhängigkeiten und Wirkungen auch im klaren gewesen. Die Ausrichtung des Dispositivs der Streitkräfte auf eine Hauptaufgabe, der Abbau der konventionellen Verteidigungsfähigkeit, der Verzicht auf Kräfte und Mittel zur herkömmlichen Landesverteidigung ist nicht durch ein ganzheitliches Konzept zur Sicherheitsvorsorge auf der Grundlage deutscher Interessen bedingt, sondern durch eine unzureichende Bereitstellung finanzieller Mittel, ein Faktor, der sich auch bei einem Regierungswechsel nicht ändern würde.

General Schneiderhan ist sich selbstverständlich der Angriffsflächen, welche die einzunehmende Struktur bietet, bewußt – würde nur die Öffentlichkeit mehr Interesse an der nationalen Sicherheit aufbringen. So führte er vor kurzem aus, daß die in der neuen Bundeswehrplanung vorgesehenen Kräfte „selbstverständlich auch das Territorium Deutschlands schützen können (müssen)“. Nicht ohne Absicht haben wir zuvor Zahlen genannt: Kaum mehr als zwei bis drei Divisionen dürfte die Bundeswehr aus dem Umfang der Eingreif- und Stabilisierungskräfte im äußersten Falle für eine konventionelle Verteidigung auf die Beine bringen. Aber hat man nicht noch das Mittel der Rekonstitution? „Überflüssige“ Materiallager (Depots) werden abgebaut, auf Mobilmachungsvorbereitungen wird verzichtet. Zwar will man die Wehrpflicht beibehalten, da es aber keine Geräteausstattung gibt, die vorgehalten wird, womit sollen Truppenteile zur Ergänzung der Eingreif- und Stabilisierungskräfte im Falle der erforderlichen Rekonstitution aufgebaut werden? Noch schwerer wiegt folgendes: Eine Streitkräfteverstärkung wirkt in einer Spannungszeit immer eskalierend. Zudem muß sie eingeleitet werden zu einem Zeitpunkt, an dem die politischen Signale für einen Lageumschwung noch sehr schwach sind. So wird der Entschluß zur Rekonstitution so lange wie möglich hinausgeschoben werden. Der Kriegseintritt der USA war ab dem Sommer 1941 absehbar, die US-Streitkräfte haben mit dem Aufbau ihrer Kräfte weit vor dem Angriff auf Pearl Harbour begonnen, trotzdem dauerte es vom Dezember 1941 bis in das Jahr 1943, bevor die USA mit nennenswerten Kräften auf dem europäischen Kriegsschauplatz eingreifen konnten.

Seit Jahren ist die Wehrpflicht durch ihre inhaltliche Ausgestaltung und die zeitliche Begrenzung in ihrer Legitimierung und Sinnhaftigkeit beeinträchtigt worden. Unter der Hand geben führende Militärs zu, daß ihr Daseinszweck vornehmlich darin besteht, aus dem Reservoir der Wehrpflichtigen freiwillige Längerdienste und Wehrpflichtige mit einer längeren Verpflichtungsdauer für Auslandseinsätze zu gewinnen. Daneben dienen sie dazu, den Grundbetrieb in den Streitkräften als Stabsdienstsoldaten, Fahrer, Spezialisten aufrechtzuerhalten. In der neuen Struktur wird sich daran nichts ändern. Wehrpflichtige werden vor allem in den Unterstützungskräften eingeplant, dazu sollen sie in Einheiten zusammengefaßt werden, die den erwähnten, subsidiär zu erfüllenden Aufgaben zum „Schutz Deutschlands und seiner Bürger“ dienen. Schließlich ist die Erhaltung der Wehrpflicht eine Voraussetzung für die Rekonstitution, die aber gleichzeitig zu einer wenig wahrscheinlichen Option erklärt wird. Glaubt man damit überzeugende Gegenpositionen gefunden zu haben zu den politischen Gruppierungen, denen es um die Abschaffung der Wehrpflicht aus ideologischen Gründen um jeden Preis geht?

Man kann zusammenfassen: Die Bundeswehr steht vor einer Transformation ihrer Aufgaben, die als Folge nur noch bedingt mit den durch unsere Verfassung vorgegebenen Zwecken übereinstimmen werden. Die „Internationalisierung“ der Aufgaben wird – in Verbindung mit der Abschaffung der Wehrpflicht – zu einer geringeren Identifikation der Bevölkerung mit der Armee führen. Die Bereitschaft der Truppe zur Teilnahme an internationalen Einsätzen hat nachgelassen, das Freiwilligenaufkommen ist gesunken, die Bevölkerung wird immer weniger bereit sein, für wenig transparente Zwecke Opfer zu bringen. Die Internationalisierung der Aufgaben („Alles – Immer – Überall“) wird tiefgreifende Veränderungen im Hinblick auf die Mentalität des Personals und das innere Selbstverständnis der Armee hervorrufen.

Die Lage ist noch zu unübersichtlich, um diese Prognose durch das Beispiel anderer Armeen zu belegen. Die britische Berufarmee war über Jahrhunderte von ihrer Bevölkerung separiert. Diese Trennung wurde allerdings durch das Regimentssystem (britische Regimenter rekrutieren sich vorwiegend aus einer Landschaft), noch mehr aber durch das starke Engagement in den Führungseliten und im Volk für die Wahrnehmung der Interessen der Nation gemildert. Suchen wir nach historischen Beispielen, so stoßen wir auf die Prätorianer Roms, denen die Interessen des Staates gleichgültig und die Armee zum Selbstzweck geworden war.

Um die beschriebenen Auswirkungen zu vermeiden, müßte eine auf einem breiten Konsens im Volk beruhende Neudefinition der Verfassungszwecke der Streitkräfte herbeigeführt werden. Die Erweiterung des Art. 87a gibt jedoch nur den verfassungsrechtlichen Rahmen ab, der durch eine entsprechende Konzeption, durch adäquate finanzielle Mittel und durch eine Streitkräftestruktur ausgefüllt wird, welche der Wahrnehmung deutscher Interessen dient und die Abwehr von Gefährdungen der äußeren und inneren Sicherheit gewährleistet. Hinsichtlich der Bereithaltung von Kräften muß es sicherlich Priorisierungen entsprechend der Handlungswahrscheinlichkeiten geben. Gefährdungen der äußeren und inneren Sicherheit gehen ineinander über. Eine verfassungsrechtliche Trennung in der Aufgabenerfüllung ist nicht länger hinnehmbar. Deutschland kann sich sicherlich Verpflichtungen zur Wahrung der internationalen Sicherheit nicht entziehen. Die Kräfte, welche die Streitkräfte – gegebenenfalls auch erst nach einer Mobilmachung – für die Abwehr unmittelbarer Gefahren von außen oder innen bereithalten, dürfen aber nicht das Abfallprodukt einer Strukturplanung sein.



12 WOCHEN PROBE-ABO

12 x Preussische Allgemeine Zeitung für nur €22,65

Preussische Allgemeine Zeitung: Jede Woche ungeschminkte Berichte und Kommentare über das, was wirklich zählt. Ohne Blatt vor dem Mund. Ohne Rücksicht auf das, was andere für politisch korrekt halten. Preussische Allgemeine Zeitung. Deutschlands beste Seiten.

und GRATIS für Sie: unser Geschenk.

Wir schenken Ihnen in Verbindung mit dem Probe-Abo, diese wertvolle, mit dem Preußenadler ziselierte Taschenuhr.



Einfach absenden an:

Preussische Allgemeine Zeitung

Parkallee 84 / 86 · 20144 Hamburg
oder am schnellsten per SERVICE-TELEFON bestellen
Telefon: 040 / 41 40 08 42 · Fax: 040 / 41 40 08 51
www.preussische-allgemeine.de

ANTWORT COUPON

Schicken Sie mir bitte die Preussische Allgemeine Zeitung von der nächsten erreichbaren Ausgabe an für 12 Wochen zur Probe zum Preis von EUR 22,65 und zusätzlich die Preußen-Taschenuhr. Der Versand des Geschenks erfolgt nach Zahlungseingang. Ansonsten kündige ich spätestens nach Erhalt der 10. Ausgabe. Wenn mir die Preussische Allgemeine Zeitung gefällt, brauche ich nichts weiter zu tun. Ich erhalte anschließend die Preussische Allgemeine Zeitung im Jahresabo für zzt. nur EUR 90,60 im Jahr (inkl. Versandkosten). Preis nur im Inland gültig.

Ja, ich teste für 12 Wochen die Preussische Allgemeine Zeitung

Name / Vorname: _____

Straße / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Telefon: _____

bequem + bargeldlos durch Bankabbuchung

gegen Rechnung

Kontonummer: _____

Bankleitzahl: _____

Geldinstitut: _____

Datum, Unterschrift _____

Autoren dieses Heftes

Peter Boßdorf, 1962, Studium der Volkswirtschaftslehre und Soziologie.

Martin van Creveld, Professor an der Hebrew University, Jerusalem, Experte für Militärgeschichte und Strategie. Die wichtigsten seiner ins Deutsche übersetzten Bücher sind:

Die Zukunft des Krieges, zuletzt Hamburg 2004

Aufstieg und Untergang des Staates, München 1999

Alexander Griesbach, 1968, Studium der Geschichte, Philosophie und Amerikanistik. Selbständiger Publizist und Lektor

Klaus Hammel, 1939, Oberst a.D., seit 1997 freier Publizist mit Schwerpunkt Geschichte und Militärgeschichte. unter anderem Mitautor in *Die Soldaten der Wehrmacht*, München 1998

Martin Hoschützky, 1962, Studium der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, der Politikwissenschaft und des öffentlichen Rechts. Freiberuflicher Dozent für politische Bildung. Bis 2001 Mitarbeiter der Zeitschrift *Gegengift*

Ellen Kositzka, 1973, Mutter von fünf Kindern, Studium der Germanistik und Geschichte.

Galin Tihanov, 1964, Professor für Vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Lancaster. Buchveröffentlichungen der letzten Jahre: *The Master and the Slave: Lukacs, Bakhtin, and the Ideas of Their Time*, Oxford 2000

Christian Vollradt, 1973, Student der Geschichte und Evangelischen Theologie.

Karlheinz Weißmann, 1959, Studium der Geschichte und Evangelischen Theologie, promoviert als Historiker.

Buchveröffentlichungen der letzten Jahre:

Männerbund, Schnellroda 2004

Mythen und Symbole, Dresden 2002

Die preußische Dimension. Ein Essay, München 2001

Arnold Gehlen. Vordenker eines neuen Realismus, Dresden 2000

Fünfzig Jahre Kindergeld

von Ellen Kositzka

Es ist Elternabend. Die Autorin hat Fahrdienst und außer drei Müttern den Säugling dabei. „Ach, wie süß“, meint die eine Mitfahrerin zur anderen, „da könnte man doch glatt ...– naja, vorbei ist vorbei. Aber – nein, wie süß! Elke, wär das nicht was für dich, noch so’n Kleines?“ Die Angesprochene winkt ab. „Ach, hör mir bloß auf! Wollen ja, wenn’s bloß ums Wollen ginge! Das ist bei uns ja seit Monaten das große Thema, deshalb: sei bloß ruhig! Stefan löchert mich bald jeden Abend damit: ‚noch ein Baby, ach bitte, und wieso nicht ...‘“ Stefan ist der achtjährige Sohn von Elke, die außerdem noch eine zwei Jahre jüngere Tochter, Marie, hat. „Die Hortnerin sagt, immer wenn er seine Hausaufgaben gemacht hat, will er zu den Krippenkindern abdampfen, und dann kümmert er sich ganz rührend um die Kleinen. Und die Marie, die spielt ja schon immer das alles mit ihren Puppen: Wickeln, füttern, ausfahren ... Was haben wir denen schon erklärt! Stefan, sag ich immer, das geht nicht. Das können wir uns nicht leisten. Aber der gibt ja nicht auf! ‚Dann teil ich halt mein Zimmer‘, sagt der doch glatt. Ich dann: Aber Urlaub, Auto, Fernseher – Stefan, das wär’ dann alles nicht mehr! Oder möchtest du auf das alles verzichten: Ausflüge, Geschenke? Da wird er dann doch nachdenklich. Aber da muß man sich halt entscheiden!“ Elke und ihr Mann sind beide voll berufstätig, fahren zwei große Autos und leben im abbezahlten Eigenheim. Die andere Mutter pflichtet ihr bei: „Ja, ja. Heute hat man’s schon schwer. Da muß man sich das gut überlegen. Wer hat heute schon das Geld?“ Die dritte nickt zustimmend. Sie hat selbst fünf Kinder, 25 die Älteste, vier der Jüngste. „Heute würde ich das auch nicht mehr riskieren.“

Am 1. Januar 2005 feiert das Kindergeld seinen fünfzigsten Geburtstag. Es war Franz-Josef Wuermeling (1900–1986), der es dereinst aus der Taufe hob. Das familienpolitische Modell des CDU-Politikers hat eine Würdigung verdient – es war erfolgreich wie keines danach.

Das Kindergeld-Gesetz wurde zuvor am 14. Oktober 1954 nach einer Kampfabstimmung gegen den Willen von SPD, FDP und Deutscher Partei verabschiedet. Die CDU/CSU-Fraktion hatte damals zum ersten Mal in ihrer zweiten Legislaturperiode die absolute Mehrheit angewendet.

Das erste Kabinett unter Adenauer hatte noch kein Familienministerium geführt, wohl aber eine „Kampfgruppe für die Familie“ mit dem fünffachen Familienvater Dr. Franz-Josef Wuermeling an der wortführenden Spitze. Der Katholik Wuermeling hatte bereits im preußischen Parlament politische Erfahrung gesammelt. Als Landesrat und Finanzdezernent der Provinzialverwaltung Kassel wurde er 1938 aus politischen Gründen zwangspensioniert.

Der Familienlastenausgleich von 1949 sah nur durch steuerliche Freibeträge eine Entlastung von Familien vor. Beziehher geringer Einkommen konnten schwer von diesen steuerlichen Kinderfreibeträgen profitieren. 1953 wurde dann der Familienpolitik der Rang eines Ministeriums zuteil, und Wuermeling, studierter Rechtswissenschaftler und Volkswirtschaftler, wurde als erster Bundesminister für Familienfragen berufen.

Vehement lehnte Wuermeling es ab, Familienpolitik unter den Bereich sozialer Fürsorge zu subsumieren. Familienpolitik sei Staatspolitik, betonte er wiederholt, sie sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, ein „Anliegen des ganzen Volkes und damit für jeden Verantwortlichen und über jeden Interessenstreit einzelner Gruppen erhaben.“ Wuermeling sah sich als Sprachrohr des gesellschaftlichen Mittelstandes, weswegen dem Kindergeldgesetz von seinen Gegnern auch ein „klassenerhaltender Charakter“ angekreidet wurde. Daß seine Politik einen „Klassencharakter“ trug, ist nicht ganz falsch. „Kinder sind für Staat und Gesellschaft nicht nur dann von Interesse, wenn sie nicht satt zu essen haben. Sie sind in jeder sozialen Schicht gleich wichtig. Deshalb muß auch im Mittelstand und in anderen sozial bessergestellten Schichten verhindert werden, daß der Besitz von mehreren Kindern praktisch zur Ausstoßung dieser Familie aus ihrer sozialen Schicht führt“. In der vorindustriellen, durch Handwerk und Bauerntum geprägten Wirtschaft, so führte Wuermeling aus, war die Familie selbst der wesentliche Träger der Produktion: „Kinder waren damals, auch wirtschaftlich gesehen, Nutzen, nicht Belastung. In der Industriegesellschaft trat an die Stelle der kollektiv-familiär erarbeiteten Existenzgrundlage die Trennung von Haushalt und Arbeitsplatz. Der nun angestellte Werktätige erhielt einen Leistungslohn, dessen Höhe nicht von der Anzahl der zu versorgenden Familienmitglieder abhängt, sondern von seiner Leistung“. Der ökonomische Druck, dem somit die kinderreiche Familie im Verhältnis zur kinderarmen ausgesetzt wurde, bewirkte einen radikalen Rückgang der Geburtenziffern: „Der Leistungslohn, volkswirtschaftlich eine Notwendigkeit, steht dem Ledigen in gleicher Höhe zu wie dem Familienvater. Letzterer ist daher mit seiner Familie der Entbehrung preisgegeben. ... In höheren Einkommensschichten wird die Familie mit mehreren Kindern in der Regel vom Lebensstandard ihrer sozialen Schicht ausgeschlossen“.

Kinderreiche Familien sollten sich „auch wirtschaftlich wieder einigermaßen gleichberechtigt innerhalb der sozialen Schichten bewegen können, in die sich der Familienvater durch Fleiß und Leistung heraufgearbeitet“ habe. Die soziale Gerechtigkeit werde nicht schon dadurch verletzt, daß die Ausgleichsleistungen bei einem Einkommen von 2000 DM höher sind als bei einem Einkommen von 400 DM, meinte Wuermeling. Es käme „darauf an, daß gerade unseren weithin kulturtragenden Mittelschichten nicht ausgerechnet dann die Erfüllung ihrer wichtigen kulturellen Aufgaben unmöglich gemacht wird, wenn sie diese an ihren Kindern und damit für unsere Zukunft wirksam werden lassen wollen“. Die höchste steuerliche Förderung wurde Beziehern von monatlichen Einkünften zwischen 500 und etwa 2200 DM bei mindestens drei Kindern zuteil. 1961 war das steuerliche Einkommen von Familien mit Kindern 100 Prozent höher als 1953. Durch Wuermelings Maßnahmen wurden 80 Prozent der Familien mit drei Kindern, 90 Prozent solcher mit vier Kindern steuerfrei. Für Beziehher niedrigster Einkommen, die von Steuerfreibeträgen nicht profitierten, forderte Wuermeling ein Kindergeld bereits ab dem zweiten Kind.

Hellsichtig beschrieb Wuermeling, wie eine Singlegesellschaft (von der damals freilich noch nicht die Rede war) den Markt beherrschen und damit eine neue „gefühlte Bedürfnislage“ entstehen würde. „Heute steht das ‚Goldene Kalb‘ in Gestalt des riesigen Warenhauses der Augenblicksgüter in unserer Mitte und lockt uns, nur noch im Heute zu leben, nur noch den Griff zu tun nach Konsum und Genuß. ... So verführt schrankenloser Konsum den Menschen dazu, Geschichtlichkeit und eigene Be-

deutung seines Daseins zu vergessen. Es versklavt ihn an das Heute und reduziert sein Lebensziel auf die Sorge um den Lebensstandard“.

Kinderlose und Kinderarme würden durch ihre wirtschaftlich starke Kaufkraft die Produktion eines Übermaßes luxuriöser Konsumgüter provozieren und seien damit in der Lage, einen „maßgeblichen Einfluß auf die Entwicklungstendenzen der ganzen Produktion auszuüben. Diese wird dadurch mehr und mehr der Deckung des eigentlichen Lebensbedarfs entfremdet.“ Das Angebot des Marktes zwingt zur Einbeziehung der Kaufkraft einer ebenfalls erwerbstätigen Frau in die familiäre Gesamtkaufkraft. Die „Hausfrauenehe“ stellte – und stellt heute mehr denn je – somit einen Gegensatz zu den ökonomischen Interessen der Industrie dar. Damit schließt sich gleichsam unter der Hand der Kreis zu den von Engels, Bebel und Horkheimer aufgestellten Forderungen, die Frau in den Produktionsprozeß miteinzubeziehen. Dies wiederum ist ein tragendes Element des sozialistischen Staates: Nur durch Kappen des engen Bandes zwischen Mutter und Kind, durch Kinderbetreuung und –erziehung in staatlichen Einrichtungen können familiäre Strukturen zuverlässig abgebaut und langfristig der freie, sozialistische Mensch geschaffen werden. Im übrigen ist dieser heute längst konsensfähige Ruf nach – möglichst ganztägiger – außerhäuslicher Kinderbetreuung nur eines von zahlreichen familienpolitischen Konzepten (Abtreibungsrecht, flächendeckende Versorgung mit Kontrazeptiva, Gleichstellung jeglicher „Familien“-formen mit der Ehe, Scheidungsrecht), welche die heutige Politik samt gesellschaftlich relevanter Kräfte nahtlos von den marxistischen 68er-Vorvätern Reich, Horkheimer und Marcuse übernommen haben.

Wuermeling demgegenüber betonte den Vorrang der Förderung „innerlich gesunder Familien“ und daß „unsere Kinder nicht Kinder des Staates, sondern Kinder der Familie“ seien. Eine eigentlich banale Aussage, deren Selbstverständlichkeit in heutigen Diskussionen an den Rand gedrängt wird. Zeitgenössischer Familienpolitik gilt das Kind parteiübergreifend und unverbrämt als ökonomischer Faktor.

Einen vollen finanziellen Ausgleich zur Deckung der Kinderkosten strebte Wuermeling indes nicht an. Kindergeld sollte allenfalls ein Drittel der tatsächlichen Kosten decken. Gegen einen hundertprozentigen Ausgleich sprächen neben wirtschaftlichen Gründen vor allem ethische Erwägungen: „Der Zwang zum Verzicht auf materielle Güter bedeutet auch sittliche Stärke. ... Die Opferbereitschaft, zu der die Mehrkindfamilie gezwungen ist, ist auch ihre sittliche Stärke und hat den günstigsten Einfluß auf ihre Charakterbildung.“ Wohlstand sollte nicht als Möglichkeit erweiterten Konsums verstanden werden: „Wohlstand für alle heißt: Freiheit und Selbstverantwortung eines jeden. Wohlstand hat einen inneren Sinn, der ... sich nicht darin erschöpft, den Menschen von der Sorge um seine materielle Existenz zu befreien. Wohlstand will Freiheit des Verdens und Unabhängigkeit der personenhaften Entscheidung ermöglichen. Wohlstand zielt darauf, daß die Existenz des Bürgers nicht zuerst auf den Staat, auf das Kollektiv, sondern auf ihn selbst gegründet ist.“

Während noch der Familienbericht von 1968 von durchschnittlichen Aufwendungen in Höhe von 135 Mark pro Kind und Monat ausging, wird das Existenzminimum (das ja nicht den Durchschnitt, sondern die unterste Grenze bezeichnet) eines Kindes heute mit 288 Euro monatlich beziffert, die durchschnittlichen Aufwendungen – wobei unklar bleibt, was darin eingerechnet ist – betragen laut Renate Schmidt gar 1188 Euro.

Es mag an dem unseligen Erbe der erst ein Jahrzehnt überwundenen NS-Politik gelegen haben, daß Wuermeling von dem Begriff der Bevölkerungspolitik betont Abstand hielt. Dazu kam ein christlicher und lebensgesetzlicher Anspruch: Bevölkerungspolitik erniedrige „den Menschen und die Familie zu Funktionären des Kollektivs und entweiht den heiligen Bereich der Ehe und Familie zu menschenunwürdigem Funktionärstum“, befand der Politiker. Nicht Quantität, sondern Qualität möge zählen. Demnach sollte Familienpolitik so gestaltet und strukturiert werden, daß sie in optimaler Weise zur Staatserhaltung und –stabilisierung beitrage.

Obgleich also derartige Sekundärwirkungen nach Wuermelings Dafürhalten als eher irrelevant erachtet wurden, zeitigten seine Maßnahmen überdeutliche Wirkung in den Geburtenraten. Der Zahl von rund 780.000 Geburten bei seinem Amtsantritt 1953 standen sieben Jahre später etwa 950.000 Neugeborene gegenüber – mit Todesfällen abgeglichen be-



„Die Frau als Sexualwesen, dazu noch bejaht und anerkannt, würde den Zusammenbruch der gesamten familiären Ideologie bedeuten“. (Wilhelm Reich) – Steinplastik von Gustav Vigeland

deutete dies einen Geburtenüberschuß von 6,4 Prozent. Während unter den Ehejahrgängen 1947–1950 45 Prozent der Paare mehr als ein Kind hatten, waren es bei den Ehejahrgängen 1961–1963 67 Prozent.

Vor Wuermelings Amtsantritt propagierten 8 Prozent das Ideal der Kinderlosigkeit, weitere 19 Prozent hielten die Ein-Kind-Ehe für wünschenswert, 50 Prozent die Zwei-Kind-Familie. Bereits 1958 hatte sich das Bild deutlich zugunsten der kinderreichen Familie verschoben. Nurmehr 1 Prozent der Befragten strebten die Kinderlosigkeit an, 4 Prozent wünschten ein, 46 Prozent zwei, 38 Prozent drei Kinder.

Welche Bedeutung die Vorstellung einer „idealen Kinderzahl“ hat, kann man anhand der jüngst veröffentlichten Zahlen ermessen: Kinderwunsch und tatsächliche Kinderzahl haben sich binnen der letzten Jahre beinahe angeglichen, während zuvor dem eigentlich favorisierten Zwei-bis-drei-Kinder-Modell nur die gesellschaftlichen Umstände entgegenzustehen schienen. 16 Prozent der 18–34-jährigen Deutschen wollen heute kinderlos bleiben – europaweit sind es wenig mehr als fünf von Hundert.

Zu den Maßnahmen des Wuermelingschen Ministeriums zählten neben Kindergeld und steuerlichem Familienlastenausgleich die Förderung familiären Wohneigentums, ein strenges Scheidungsrecht, das die Scheidung gegen den Willen des schuldlos gebliebenen Gatten verbot (und damit NS-Recht verschärfte), verstärkter Schutz schuldlos verlassener Mütter und Kinder sowie eine Fahrpreisermäßigung bei der Bundesbahn. In der Durchsetzung jenes sogenannten „Wuermeling-Passes“, der eine Halbierung des Streckentarifs für Kinder aus kinderreichen Familien bis zum Alter von 25 Jahren bedeutete, hat der Name dieses profilierten Politikers übrigens bis in die Neunziger Jahre überlebt. Erst unter der Ägide Claudia Noltes wurde diese Fahrpreisermäßigung abgeschafft.

Überhaupt ging es nach Wuermelings Ära im wesentlichen abwärts. Der Minister, der sich zeit seines Wirkens heftigster Kritik der anderen Parteien ausgesetzt sah und am Ende starke Differenzen mit Kohl austrug, schied 1962 aus der Regierung. Noch unter seinem Nachfolger Bruno Heck (1963–1968), der das Kindergeld auf 50 DM für das dritte, 60 für das vierte und 70 für das fünfte Kind an hob, wurde weitgehend (minus Konsumkritik, dafür deutlich atlantisch geprägt) eine Familienpolitik betrieben, die diesen Namen wohl verdiente. Wie sein Vorgänger wandte er – übrigens selbst Vater von sechs Kindern – sich gegen versorgungsstaatliches Denken und wollte die familiäre Erziehung in den Mittelpunkt der menschlichen Sozialisation gestellt sehen: „Die Familie kann ihre ureigenste Aufgabe nur dann erfüllen, wenn Staat und Gesellschaft ihr Schutz und Hilfe gewähren, sie kann nicht einfach darauf verwiesen werden, sich an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen, die sich dauernd verändern.“

An den folgenden Familienministern wird deutlich, daß es mitnichten die politische Linke war, die die Auflösung der alten Familienstrukturen und ethischer Vorstellungen vorantrieb. Bereits Aenne Brauksiepe engagierte sich vehement für Ganztagschulen, unter Heiner Geißlers Ägide – in der immerhin Erziehungsgeld und -„urlaub“ etabliert wurden – ersetzte

man den längst altbacken anmutende Begriff der Gattenliebe durch den aus der Wirtschaft entlehnten Terminus der „Partnerschaft“, die Hobby-Katholikin Rita Süßmuth (1985–1988) säkularisierte die Ehe vollends und bahnte die Gleichstellung von Verheirateten mit Lebenspartnerschaften an – auch wenn die Definition „Familie ist, wo man gemeinsam aus einem Kühlschrank ißt“ nicht von Frau Professor stammt. Ursula Lehr (1988–1991) brachte die Forderung nach einem Ausbau von Krippen und Krabbelstuben („Selbstverwirklichung“ der Mutter!) auf die bis heute aktuelle politische Tagesordnung, und unter Hannelore Rönsch wurde der Schwangerschaftsabbruch per „sozialer Indikation“ (jedwede drohende „Überforderung“ der werdenden Mutter) Gesetz.

Angesichts dieser Attacken gegen das Kind blieben familienpolitische Maßnahmen Augenwischerei. Erst 1975 wurde durch Katharina Focke (SPD) ein Kindergeld auch für das erste Kind in Höhe von 50 DM eingeführt. Unter Christine Bergmann schließlich, der Familienministerin im ersten Schröderschen Kabinett, wurde das Kindergeld auf die heute gültige Höhe von 154 Euro für jeweils die ersten drei Kinder und 179 Euro für jedes weitere Kind angehoben.

Eine Familie mit drei Kindern erhält somit in unserem Land 462 Euro Kindergeld, bis zum zweiten Lebensjahr innerhalb gewisser Einkommensgrenzen zusätzlich 300 Euro Erziehungsgeld pro Monat. Steuerliche Kinderfreibeträge und beachtliche weitere Leistungen wie Baukindergeld, Mietzuschüsse (wozu man nicht Bezieher von Sozialhilfe zu sein braucht!) und die kostenfreie Mitversicherung in den gesetzlichen Krankenkassen kommen hinzu. Das sind weder Almosen, noch kennzeichnet dies, wie oft blindlings behauptet, im europaweiten Vergleich eine stiefmütterliche Familienpolitik. Dennoch wurden zu keiner Zeit weniger Kinder geboren als heute und hier, im satten Hartz IV-Land der Zweitwagen, Drittfernseher und des Tourismusbooms. Daß unser Land mehr Kinder braucht, ist ein Konsensthema wie kaum ein anderes, Familienpolitik als „Gedöns“ (Gerhard Schröder) zu bezeichnen, wagt heute niemand mehr.

Die Fronten der vorgeschlagenen Rezepte wider den Gebärstreik sind durchlässig, verlaufen aber ungefähr wie folgt: Während Konservative heute eher dazu tendieren, dem „Beruf Mutter“ durch Erhöhung geldwerter Anreize zu verstärkter Anerkennung zu verhelfen, geht die progressive Rede vermehrt von der zu verbessernden Vereinbarkeit von Familie und Beruf – als wäre die vielfach heraufbeschworene „Zwickmühle Kind oder Karriere“ tatsächlich das Zünglein an der Waage, wo es um eine wahrhaft existentielle, vitale Entscheidung gehen sollte. Karriere, dieses tausendfach nachgeplapperte Echowort, bedeutet doch den gesellschaftlichen, sich pekuniär niederschlagenden beruflichen Aufstieg durch volles Engagement, meint geistige Herausforderung und seelische Erfüllung – das Gros der Supermarktkassiererinnen, Bankkauffrauen und Telefonistinnen dürfte dabei nicht gemeint sein. Den Willen zum Kind, zu Kindern wird – welche Regierung auch immer – weder durch Krippe und Hort oder die derzeit propagierten „Lokalen Familienbündnisse“ noch durch weiter verstärkte Finanzleistungen in Köpfe und Herzen implementieren.

Edmund Stoiber hatte im Wahlkampfjahr 2002 die Einführung eines Familiengeldes von bis zu 600 Euro pro Kind in Aussicht gestellt. Schröders Versprechen, in dieser Legislaturperiode das Kindergeld von 154 auf 200 Euro aufzustocken, ist bisher nicht eingelöst worden. In ihrem programmatischen Buch *S.O.S. Familie* nennt Ministerin Renate Schmidt, die darin so sympathisch-handfest wie andererseits auch ideologisch verirrt argumentiert, Bedenken gegen eine grenzenlose Anhebung finanzieller Anreize: allzu „großzügig bemessene Alimente“ könnten „dazu führen, zusätzliche Kinder in die Welt zu setzen, um den Branntweinkonsum des Erzeugers zu maximieren“. Solcher Aussage dürfte Wuermeling wohl zugestimmt haben. Die staatsbürgerliche Substanz, die der Familienpolitiker dereinst vorgefunden hatte, war eine andere als die heutige. Er tat sein mögliches, sie zu erhalten und zu bessern. Noch einmal Wuermeling: „Es darf nicht übersehen werden, daß alle staatliche Familienpolitik auf die Dauer erfolglos bleiben muß, wenn die innere ethische Kraftquelle in der Familie verlorenght. Über allen wirtschaftlichen Erwägungen und Maßnahmen steht das Sittengesetz als wichtigste Grundlage von Familie, Volk und Staat.“ Solche Rede freilich ist gänzlich inopportun im Zeitalter der Massen und der „Bevölkerungen“.



Dieter Stein (Hrsg.)
Die Tragödie des Westens
 128 S., Pb., EUR 9,90
 ISBN 3-929886-10-3



Alain de Benoist
Die Wurzeln des Hasses
 64 Seiten, Pb., EUR 6,90
 ISBN 3-929886-11-1



Der Streit um Martin Walser
 120 Seiten, Pb., EUR 8,90
 ISBN 3-929886-13-8



Alexander von Stahl
Kampf um die Pressefreiheit
 224 Seiten, Pb., EUR 12,00
 ISBN 3-929886-15-4



Alexander von Stahl
Pressefreiheit II
 130 S., Pb., EUR 8,90
 ISBN 3-929886-17-0



Alexander von Stahl
Pressefreiheit III
 64 S., Pb. EUR 6,90
 ISBN 3-929886-18-9



Alain de Benoist
Kritik der Menschenrechte
 168 S., Pb., EUR 10,90
 ISBN 3-929886-19-7



Alain de Benoist
Die Schlacht um den Irak
 82 Seiten, Pb., EUR 7,90
 ISBN 3-929886-14-6



Rettet die deutsche Sprache
 192 Seiten, Pb., EUR 10,90
 ISBN 3-929886-21-9



Phantom „Neue Rechte“
 ca. 130 Seiten, Pb., EUR 8,90
 ISBN 3-929886-22-7

NEUERSCHEINUNG FEBRUAR 2005



Vertrieb:

Junge Freiheit Verlag GmbH & Co.
 Hohenzollerndamm 27a
 10713 Berlin
 E-Post:
 buchdienst@jungefreiheit.de
 Tel. 030/86 49 53-0
 Fax 030/86 49 53-50

EDITION JF

www.JF-Buchdienst.de

Versandkostenfreie Lieferung ab 20,- Euro!

Multikultur nach dem Mord

von Christian Vollradt

Der brutale Mord an dem niederländischen Regisseur Theo van Gogh, der am 2. November 2004 in Amsterdam auf offener Straße von einem fundamentalistischen Moslem gleich einer rituellen Hinrichtung begangen worden war, hat – so scheint es – die bisher fast ausschließlich positiv konnotierte Rede von der multikulturellen Gesellschaft über die Grenzen der politischen Lager hinaus diskreditiert. Ausgerechnet in den Niederlanden, unserem als gesellschaftlich besonders modern, liberal und tolerant geltenden Nachbarstaat, ereignete sich diese schreckliche Bluttat, folgten ihr im Verlauf einer wechselseitigen Eskalation weitere religiös-politisch motivierte Anschläge auf moslemische und christliche Einrichtungen. Erschwerend kommt hinzu, daß es sich bei dem Opfer um einen linksliberalen Kulturschaffenden handelte, der sich in aufklärerischem Sinne betätigt hatte, während der Täter, obwohl in den Niederlanden geboren und nur dort aufgewachsen, in einer vollkommen anderen Gesellschaft sozialisiert und vor allem radikalisiert zu sein schien.

Weil niemand mehr ähnliche Konflikte hierzulande ausschließen mochte, erhielten die optimistischen Zukunftsvisionen, die anlässlich des erst vor fünf Jahren reformierten Staatsangehörigkeitsrechtes noch vorherrschten, einen empfindlichen Dämpfer.

Führende sozialdemokratische Innenpolitiker wie Otto Schily oder Dieter Wiefelspütz fühlen sich nun berufen, vor „Multikulti-Seligkeit“, vor „oberflächlicher Menschenfreundlichkeit“ und „Kuscheldiskussionen“ warnen zu müssen. Und die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hält sogar die gesamte „Idee der multikulturellen Gesellschaft für dramatisch gescheitert“ und macht die rot-grüne Regierung für die Versäumnisse in puncto Integration verantwortlich. Dabei unterschlägt sie nicht nur die Fehler der Ausländerpolitik aus den Zeiten der christlich-liberalen Bun-

desregierungen, sondern auch die Einflußnahme prominenter Parteifreunde auf einen programmatischen Wandel der Union in Richtung Multikultur: Geißler, Süßmuth und andere.

Unter dem Eindruck einer freimütiger gewordenen Debatte um Parallelgesellschaften und desintegrative Tendenzen unter hier lebenden Einwanderern erschien am 5. Dezember 2004 in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* ein Gastbeitrag des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedbert Pflüger, der sich beklagte, die „68er“ stellten das von den Menschen empfundene „Bedürfnis nach Liebe zur Heimat“ unter den generellen Verdacht, rechtsradikal zu sein; dem entgegnete er: „Vaterlandsliebe muß mehr sein als Verfassungspatriotismus.“ Das wäre nicht weiter aufsehenerregend, wenn nicht gut zehn Jahre früher derselbe CDU-Abgeordnete noch zu einer ganz anderen Ansicht gelangt wäre; im Frühjahr 1994 meinte Pflüger mit seinem Buch „Deutschland driftet“ vor einer Renaissance des „Völkischen“ warnen und voll Bedauern feststellen zu müssen: „Vorbei die Zeiten, in denen ein weitgehender Konsens bestand, daß wir unser deutsches Selbstverständnis in erster Linie europäisch und verfassungspatriotisch definieren“. Denn, so schlußfolgerte er, das ethnisch bestimmte Volk habe im „republikanischen Verfassungsstaat nichts zu suchen“, die Nation sei „keine Abstammungsgemeinschaft“, ja noch mehr: „Die Nation ist kein Ziel, bestimmt kein Grundwert“.

Noch einmal der Pflüger des Jahres 2004: „Die 68er haben einen multikulturellen Traum geträumt. Die Tore unseres Landes wurden für die Notleidenden und Verfolgten dieser Erde allzuweit geöffnet. Unter dem Siegel der Humanität wurde großzügiger Familiennachzug für Gastarbeiter geschaffen, langjährige Asylverfahren ermöglicht und mit großzügiger Visumpoli-

tik (Volmer-Erlaß) neben Wissenschaftlern auch Drogen- und Menschenhändlern, Extremisten und Terroristen leichtfertig die Einreise ermöglicht. Wer die deutsche Sprache als Integrationsvoraussetzung empfahl oder vor Parallelgesellschaften warnte, wurde vor kurzem noch mit Rechtsradikalismus-Verdacht belegt.“

Zum Vergleich ein Satz aus dem Jahr 1994: „Wo Zuwendung zu Verfolgten und Armen als ‚falsche Humanität‘ und Schwäche diffamiert wird, winkt die nationalsozialistische Ideologie vom Herrenmenschen“. In *Deutschland driftet* operierte er also mit genau dieser Unterstellung, über die er sich jetzt so echauffieren kann. „Es gilt den Anfängen zu wehren“, wurde damals der Warnung vor den Auswüchsen eines unbegrenzten Ausländerzuzugs entgegengehalten. Beklagte der ehemalige Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) die Gefährdung des inneren Friedens durch türkische Gruppen, befürchtete Peter Gauweiler (CSU) einen Verlust an Heimat, sah der Parteifreund Pflüger darin die Gefahr einer Bestätigung für rechtsradikale Gewalttäter. Probleme wie Asylmißbrauch oder Ausländerkriminalität wurden seiner damals aktuellen Gesinnung gemäß nur durch „reißerische Kampagnen“ der Presse aufgebläht.

Pflügers argumentative Wandlungsfähigkeit wäre nicht weiter zu beanstanden, ginge ihr das von Reue oder Zerknirschung begleitete Bekenntnis eines Irrtums voraus. Sein Ausbleiben nährt den Verdacht, hier schreibe kein Überzeugungstäter, sondern ein politischer Konjunkturritter. Sein damaliger Feldzug, der sich nicht zuletzt gegen den konservativen CDU-Präsidentensteffenscheidtskandidaten Steffen Heitmann richtete, galt eher dem Ziel, die „Salonfähigkeit einer demokratischen Rechten zu verhindern. Denn diese beanspruche sonst ihren Platz im Verfassungsspektrum, und „dann verschiebt sich die Mitte nach rechts“. Da diese „Gefahr“ erfolgreich abgewendet werden konnte, ist auch eine solch fulminante Wendung in Pflügers Rhetorik nachvollziehbar.

Daß gerade das Engagement der politischen Linken für eine Gleichberechtigung der Kultur türkischer oder islamischer Zuwanderer in Deutschland eigentlich paradox ist, fiel einem aufmerksamen Kritiker wie Josef Schüßlburner schon frühzeitig auf: Schließlich sei „die Bevölkerung, die die Multikulturalisten im Auge haben, in einem derartigen Ausmaß im nichteuropäischen Sinne konservativ, traditionalistisch, religiös/nationalistisch, kurzum reaktionär“. Schüßlburner zählt dazu die patriarchalischen Familienstrukturen ebenso wie die Tatsache, daß bei diesen Zuwanderern „die persönliche Ehre und der Respekt vor der Religion höher eingestuft wird als das Recht auf Meinungsfreiheit“.

Die von Schüßlburner bereits 1992 festgestellte Paradoxie bestätigt der *Spiegel* in einem nach dem van-Gogh-Mord erschienenen Artikel, in dem mit der „kulturrelativistischen Position“ zahlreicher Linker abgerechnet wird. Jedes Anprangern von Mißständen sei sofort als Ras-



simus gebrandmarkt worden, es herrsche eine „Unkultur des Wegschauens“, selbst dort, wo andere emanzipatorische Errungenschaften bedroht sind: „Für viele deutsche Frauen sind türkische Viertel längst eine *No-go-Area* ... Nahezu kampfflos werden im Namen der Toleranz ganze Stadtteile den Machos überlassen“.

Wie drückte es doch Heiner Geißler 1991 in seinem „Plädoyer für eine multikulturelle Gesellschaft“ aus: Nicht der Zuzug von Ausländern, sondern „mangelnde Anpassungsfähigkeit und Anti-Immigrationsdenken“ der Deutschen seien „die eigentliche Gefahr für unsere Zukunft“. Seine andernorts vorgetragene Vision, bald werde nicht die nationale Identität unser Gemeinwesen bestimmen, sondern die Identifikation mit „demokratischen Grundwerten und Überzeugungen“, erfährt durch die aktuellen Ereignisse offensichtlich keine Bestätigung.

Ein Grund für die momentan um sich greifende Ernüchterung mag darin liegen, daß es den Apologeten der multikulturellen Gesellschaft nie um eine wirkliche Auseinandersetzung mit fremden Kulturen ging, sondern eher um die Abwicklung einer Politik in nationalstaatlichen Kategorien.

Es wäre allerdings naiv zu glauben, mit den neuen Einsichten in das Scheitern der Integration werde nun auch das Projekt Multikultur *ad acta* gelegt. Viel eher wird eintreten, was Friedrich Merz befürchtete, der es selbst nicht vermochte, seine Wortschöpfung „Leitkultur“ inhaltlich auszufüllen und innerparteilich durchzusetzen: Die Deutschen werden weiter vor sich ‚hinschlafen‘, ist der Schock aus den Niederlanden erst einmal abgeflaut. Schon früher hatte der Soziologe Robert Hepp festgestellt, es sei „ein Intellektuellenvorurteil zu glauben, daß sich unklare Ideen ... früher oder später in der Wirklichkeit blamieren“.

Soziale Gerechtigkeit

von Martin Hoschützky

Im Schatten von Hartz IV hat die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit wieder Hochkonjunktur, handelt es sich doch bei der sozialen Gerechtigkeit um einen Begriff, der ohne Abstriche als identitätsstiftend für die Bundesrepublik bezeichnet werden kann. Und dieser taugte um so mehr zum großen bundesrepublikanischen Leitstern, je lauter die Wirtschaftswissenschaft ihre Kritik an der Idee des Staatsinterventionismus zu äußern begann und je deutlicher wirtschaftsliberale Vorstellungen in Form der *Reaganomics* und des *Thatcherism* Konturen annahmen. Sich von derlei Denken im Namen der sozialen Gerechtigkeit zu distanzieren, fiel der deutschen Politik leicht, denn die Neoliberalen berufen sich bei ihren Modellen häufig auf Friedrich von Hayek.

Nach der Lehre des Erneuerers der klassischen liberalen Tradition kann eine auf Angebot und Nachfrage reagierende Wirtschaftsordnung besser als andere Systeme die Bedürfnisse der Menschen befriedigen und einen allgemeinen Wohlstand schaffen, weil sie die Fähigkeiten der Einzelnen aktiviert. Hayek schloß eine Unterstützung der Menschen, die am Markt aus eigener Kraft kein zum Leben ausreichendes Einkommen erzielen können, nicht generell aus, aber im Grundsatz sah er die Gerechtigkeit allein im Bereich der persönlichen Tugenden angesiedelt. Deshalb könne die Kategorie der Gerechtigkeit nur auf menschliche Handlungen

angewandt werden, nicht aber auf einen unpersönlichen Evolutionsprozeß, auf eine selbstgenerierende Ordnung, wie sie der dezentralisierte Markt darstelle. Da das Marktmodell nicht bewußt gesteuert werde, fehle letztlich eine Instanz, die für ein gerechtes oder ungerechtes Verteilungsergebnis verantwortlich zu machen sei. Hinter der Weigerung, die Unanwendbarkeit des Begriffs der sozialen Gerechtigkeit auf die Marktordnung einsehen zu wollen, vermutete Hayek die Absicht von Interessengruppen, in eigener Sache mit Hilfe dieses „nichtssagenden Begriffs“ Sonderansprüche und Privilegien zu rechtfertigen und Widersacher ins moralische Abseits zu stellen.

Die derzeit geführte Gerechtigkeitsdebatte bestätigt diese Vermutung, erkennbar an den Fragestellungen, die die Diskussion um Hartz IV bestimmen. Die Betroffenen geben sich als Verteidiger der sozialen Gerechtigkeit aus und monieren beispielsweise den Übergang von der am früheren Nettolohn orientierten Arbeitslosenhilfe zum neuen, die Grundsicherung gewährenden Arbeitslosengeld II (ALG II). Doch sie stellen nicht die Frage, ob die bisherige Regelung, also der Anspruch auf eine steuerfinanzierte, zeitlich unbefristete Arbeitslosenhilfe, die über dem Existenzminimum liegen konnte, sozial gerechter war oder nur großzügiger Steuergelder verteilte. Es wird die „Ungerechtigkeit“ beklagt, daß auf vorhandene Vermögen zurückgegriffen

werden muß, bevor ALG II gezahlt wird, und daß der Alimentierte seine Arbeitskraft dem Staat oder einer gemeinnützigen Einrichtung für einen Euro Aufwandsentschädigung pro Stunde plus ALG II zur Verfügung zu stellen hat; es wird nicht thematisiert, ob es des einen Euros bedarf, um dem Unterstützungsempfänger eine Gegenleistung abverlangen zu können.

Derlei gestellte und ausgeblendete Fragen zeigen an, welchen Weg der Begriff der sozialen Gerechtigkeit von seiner Entstehung bis in den bundesrepublikanischen Alltag der Gegenwart genommen hat. Anknüpfend an Gerechtigkeitsüberlegungen bei Aristoteles und Thomas von Aquin entwickelte die Katholische Soziallehre unter dem Eindruck des tiefgreifenden ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels Mitte des 19. Jahrhunderts Grundsätze für eine gerechte Sozialordnung. Dazu wurde die in der Sphäre der Ethik verankerte Tugend der Gerechtigkeit zum Ordnungsprinzip erhoben. Soziale Gerechtigkeit wurde als kontributive Gerechtigkeit verstanden und im Rahmen und unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips zur Aufgabe des Staates; dieser übt soziale Gerechtigkeit, wenn er jedem das Seine – *suum cuique* – zukommen läßt. Er gibt dem einzelnen die Chance der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben; im Gegenzug hat der Mensch „die Pflicht zu aktiver und produktiver Teilnahme am Gesellschaftsleben“, wie es der Wirtschaftshirtenbrief der nordamerikanischen Bischöfe von 1986 formuliert.

Dieses Denkgebäude setzt einen spezifischen Kanon von Tugenden und Werten voraus, der sich unter dem Eindruck des stetig wachsenden Sozialprodukts zu verflüchtigen begann – durchaus mit Einverständnis aller Betroffenen. Der Staat maßte sich an, die soziale Gerechtigkeit definieren und verwirklichen zu können, indem er die Zuteilung von immer mehr materiellen Gütern zum Inbegriff einer immer größeren sozialen Gerechtigkeit erhob. Er entwickelte sich zum riesigen weltlichen Umverteilungsmoloch, zog daraus seine Legitimation und schuf sich gleichzeitig eine von ihm abhängiges Klientel der Betreuten und Alimentierten. Diese erfreuten sich an Leistungen ohne Gegenleistungen, intellektuell unterstützt von Theoretikern der Bürgergesellschaft, die wie Ralf Dahrendorf für benachteiligte Gruppen soziale und ökonomische Angebote und Rechtsansprüche aufhäufte, um allen Bürgern die umfassende Partizipation an der Gesellschaft zu garantieren. Die „Normalbürger“ hatten zwar immer höhere Abgaben und Steuern zu entrichten, aber im Gegenzug konnten sie beim eigenen Handeln unbesorgt die Tugend der Gerechtigkeit außer acht lassen, schließlich sorgte ja der Staat für den Ausgleich bei den Opfern des untugendhaften Verhaltens.

Die zwangsläufige Konsequenz dieser Entwicklung ist eine von Ethos und Ethik losgelöste soziale Gerechtigkeit, die als Ordnungsprinzip von der kontributiven zur ökonomischen Verteilungsgerechtigkeit mutiert und sich am Ende selbst überfordert. Die

Leistungsbereitschaft der Nettozahler wird überbeansprucht, die Leistungsempfänger verlieren den Antrieb zur Selbsthilfe; und dem Staat fehlen, nachdem er einige Zeit den Weg der Verschuldungspolitik gehen konnte, bei stagnierender Wirtschaftsentwicklung die finanziellen Mittel zum Erhalt des Sozialleistungsniveaus.

Wie in dieser Situation reagieren? Ein Ausweg wäre der Abschied von der sozialen Gerechtigkeit. Ohnehin bei den Bürgern als Tugend nicht mehr sonderlich geschätzt, wenn sie dem Erreichen des eigenen Vorteils im Wege steht, könnte sie durch eine neorealistic Sichtweise ersetzt werden, bei der allein Kosten-Nutzen-Erwägungen den Ausschlag für die Gewährung oder Verweigerung sozialer Leistungen geben. Dann streicht der Staat dort Anrechte zusammen, wo die Betroffenen schlecht organisiert sind und keine sozialen Folgekosten produzieren können, während soziale Gruppen, ausgestattet mit exklusivem Zugang zu den politischen Entscheidern oder mit der Fähigkeit zur Bedrohung des sozialen Friedens, staatliche Zuwendungen erhalten.

Als Alternative zu dieser, die Gesellschaft der egoistischen Gruppen widerspiegelnden und das Destabilisierungspotential prämierenden Sozialordnung bietet sich die Reaktivierung der kontributiven Gerechtigkeit an. In diesem Sinne wird Bundeskanzler Schröder in letzter Zeit nicht müde, für eine „neue Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortlichkeit“ zu werben. Er prangert die allgemeine Mitnahmementalität und das Anspruchsdenken an. In einem Beitrag zur Aufsatzsammlung *Ende der Solidarität?* (hrsg. von Konrad Deufel, Freiburg 2003) warnt er vor dem „Irrtum, daß ‚mehr Staat‘ automatisch mehr Gerechtigkeit organisieren könne,“ und sieht die soziale Gerechtigkeit im Prinzip des „Förderns und Forderns“ realisiert, „das im Kern besagt: Jeder hat das Recht auf Verwirklichung seiner Lebenschancen. Aber diesem Recht entspricht auch die Pflicht, diese Chancen wahrzunehmen und das Gemeinwohl zu stärken.“

Dem Kanzler scheint bewußt zu werden, daß derlei Mahnungen und Appelle nur dann nicht wirkungslos verhallen, wenn ihnen adäquate Werte und Tugenden zur Seite stehen, daß ein Zusammenhang zwischen der sozialen Gerechtigkeit als Ordnungsprinzip und den gelebten Tugenden besteht. Zur Rekonstruktion des Gleichgewichts zwischen Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl bedarf es der Redlichkeit, der Leistungsbereitschaft und des Pflichtbewußtseins der Bürger. Entsprechend findet der Bundeskanzler lobende Worte über „deutsche Tugenden“. Er sucht nach einer ethischen Fundierung des Sozialstaats und stößt auf Tugenden, die man als christlich oder preußisch bezeichnen kann und verschüttet wurden. Werden sie nach dem „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ (Ralf Dahrendorf) wieder zur Geltung kommen? Wer wäre geeigneter als ein sozialdemokratischer Bundeskanzler, diese Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu stellen?

Vom Anspruch, auserwählt zu sein

von Alexander Griesbach

Mehr denn je inszenierte sich der alte und neue Präsident der Vereinigten Staaten, George W. Bush, bei den Inaugurationsfeiern für seine zweite Amtsperiode im Januar dieses Jahres als politischer Missionar. Seine Antrittsrede kulminierte in den Sätzen, daß es das große Ziel sei, die „Tyrannei zu beenden“ und daß Amerika „in diesem noch jungen Jahrhundert Freiheit auf der ganzen Welt“ verkünde – „für alle Bewohner dieser Welt“. Bei einem „Freiheitskonzert“ am 19. Januar ließ sich Bush zu den Worten hinreißen: „Von jenseits der Sterne sind wir berufen, für Freiheit einzustehen.“ In dieser Aussage scheint schlagartig ein Phänomen auf, das Bush in seiner Antrittsrede wohl nicht allzu eindeutig in den Vordergrund rücken wollte: nämlich der Auserwähltheitsanspruch der Vereinigten Staaten. Dieser Anspruch ist von Bush keineswegs zurückgewiesen worden, wie es Matthias Rüb in einem Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (22. Januar 2005) glaubend machen wollte, sondern vielmehr eindeutig erneuert worden. Bush kann schon deshalb nicht auf diesen Anspruch verzichten, weil die letzte Konsequenz dieses Sendungsbewußtseins darauf hinausläuft, Richter über andere zu sein. Das ist denn auch der Kern der Bushschen Ankündigungen: Die Vereinigten Staaten werden unter seiner Führung in Zukunft darüber richten, wo ihrer Ansicht nach „Freiheit“ auf der Erde herrscht und wo nicht.

Bushs Rede hebt sich in keiner Weise von denen seiner Vorgänger ab, worauf Rüb zu Recht hinwies. So erklärte etwa Franklin D. Roosevelt am 6. Januar 1942 gegenüber dem Kongreß: „Wir kämpfen heute für Sicherheit, Fortschritt und Frieden, nicht nur um unserer selbst, sondern um aller Menschen willen, nicht nur für eine Generation, sondern für alle Generationen. Wir kämpfen, gleich unseren Vätern, um die Lehre aufrechtzuerhalten, daß vor Gott alle Menschen gleich sind.“

Die Vereinigten Staaten sind derjenige Staat, so die Botschaft vieler US-Präsidenten, in dem diese Lehre mustergültig für die gesamte Menschheit realisiert worden ist. Gotthart Günther, von 1935–1937 Assistent von Arnold Gehlen in Leipzig, schrieb in diesem Zusammenhang, daß in den USA „die divergenten Kulturrassen“, in die sich „die Menschheit“ ... auseinander entwickelt hätten, wieder in „eine homogene Gesamtgruppe Mensch zurückgeschmolzen werden“. Dieser Prozeß werde von einer Lebensform (*way of life*) begleitet, „die so unendlich allgemein ist, daß sie jeder, gleichgültig, von wo er historisch kommt, sich aneignen und in ihr leben kann“.

Das, was gemeinhin als *melting pot*, als *american way of life* bezeichnet wird, stellt für Günther, metaphysisch gesprochen, das „dritte Zeitalter der Menschheitsgeschichte“ dar. „Es handelt sich in dem amerikanischen Experiment darum, einen menschlichen Generalnenner zu

finden, der für Westeuropäer, Neger, Chinesen, Inder, Russen, Juden, Balkanbewohner, Indianer und Feuerländer gleichermaßen und in demselben zwingenden Sinn verbindlich ist. Das bedeutet aber, daß jeder Immigrant, der amerikanischen Boden betritt, das Wesentlichste und Teuerste, was er besitzt, oder wenigstens besitzen kann, hinter sich lassen muß ... Niemand, der hier wirklich zu Hause sein will, kann eine metaphysisch-historische Vergangenheit beanspruchen, die jenseits der Unabhängigkeitserklärung zurückreicht.“ Es ist dieser „Generalnenner“, der Thomas Jefferson, den dritten Präsidenten der USA (1801–1809), zu der Aussage verleitete, daß die Vereinigten Staaten eine „Weltnation“ seien, „die weltweit gültige Ideen verfißt“. Nach diesem Generalnenner trachten die USA offensichtlich auch mit der „Neuen Weltordnung“, die sie zu gestalten meinen.

Daß dieser Anspruch als calvinistisch inspiriert bezeichnet werden muß, zeigt unter anderem die Charakterisierung des Calvinismus durch den Religionssoziologen Ernst Troeltsch:

„Die christliche Ethik gewinnt hier (im Neocalvinismus) ein ganz anderes Gesicht als in den beiden anderen Konfessionen, vor allem im Luthertum. Hatte bei diesem gerade die Innerlichkeit der christlichen Liebesmoral die Fernhaltung von den äußeren Dingen der Rechts- und Staatsordnung gefordert; hatte es ferner den Ausschluß der Konkurrenz und des Kampfes ums Dasein in der ständisch-zünftigen Gliederung gefördert, von da aus den Rückzug des Individuums in die innere Seligkeit und äußerlich demütige Unterwerfung unter die gegebenen aristokratischen Ordnungen des Lebens befürwortet, so verlangt der Neocalvinismus die christlich-liberale Ordnung von Staat und Gesellschaft, Selbständigkeit und Befreiung des Individuums, Gleichheit des Rechtes und der Lebensmöglichkeiten, internationale Friedensordnungen und Überwindung des Kampfes ums Dasein durch Selbstdisziplin und tätige soziale Vereinshilfe ... Die patriarchalisch-konservativen Elemente der christlichen Ethik sind zurückgetreten und die freiheitlich-sozialreformatorischen sind dafür in den Vordergrund gestellt.“

Es ist diese religiöse Fundierung, die einen Gutteil dessen ausmacht, was als „Amerikanismus“ bezeichnet werden kann. Als politische Ideologie ist er einer der Hauptgründe für die utopische Orientierung amerikanischer Liberaler und Konservativer, schreibt der amerikanische Politologe Seymour Martin Lipset. Amerikaner seien utopische Moralisten, die erheblichen Druck ausübten, um eine bestimmte Ethik verbindlich zu machen und um „böse Menschen“, Institutionen oder Praktiken zu eliminieren. Amerikaner tendierten dazu, „soziale oder politische Auseinandersetzungen als moralische Aufführungen zu deuten, als Schlachten zwischen Gott und dem Teufel, die einen Kompromiß völlig undenkbar erscheinen lassen“.

Die USA verstünden sich nach Lipset als „neues Israel“, er zitiert in diesem Zusammenhang den US-Soziologen Robert Bellah: „Europa ist

Ägypten, Amerika das gelobte Land. Gott hat die Menschen persönlich in die USA geführt, um dort eine neue Art sozialer Ordnung zu errichten, die zum Licht unter allen Nationen werden soll.“ Die Denkfigur des „neuen Israels“ ist vom englischen Empire auf die Vereinigten Staaten übergegangen, dessen Selbstdarstellung in vielem an sie erinnert. Man denke in diesem Zusammenhang nur an den Anspruch Englands, der „wahre christliche Staat in Europa“ zu sein. Schon die führenden Kündler und Deuter des englischen Imperialismus waren der Meinung, daß der Gedanke der christlichen Gerechtigkeit auch die Außenpolitik zu leiten habe.

Dieser englische Erwählungsglaube hängt allerdings nur mittelbar mit dem Prädestinationsvorstellungen des calvinischen Puritanismus zusammen. Ihm geht es nicht um die Erwählung des einzelnen Gläubigen, sondern um das Erwähltheit des Volkes. Hier liegt der eigentliche Anknüpfungspunkt zu dem Topos des „neuen Israels“, findet doch diese Idee ihr Vorbild in dem Israel des Alten Testaments und dessen Erwähltheit durch Jahwe. Der Alttestamentler Gerhard Kittel wies darauf hin, daß das Genf Calvins „das Urbild eines neuen christlichen Staates“ oder einer „neuen christlichen Gesellschaft“ sein wollte (es verband mit diesem Anspruch allerdings noch keine machtpolitischen Ambitionen). Maßstab für diese neue „calvinistische Gesellschafts- und Volksordnung“ sei das Alte Testament gewesen, das das „Urbild einer solchen gottgemäßen Ordnung von Volk und Staat“ darstellte. Die englische Spielart dieser Denkfigur ist also bei Lichte betrachtet nichts anderes als die Verpflanzung des Genfer Gottesstaates auf englischen Boden und dann, ab etwa 1620 durch die „Dissenter“, auf nordamerikanischen Boden. Kittel zitiert in diesem Zusammenhang den um 1600 verstorbenen Theologen Richard Hooker, der in seinem Werk *Of the Laws of the Ecclesiastical Polity* schrieb: „Unser Staat ist nach dem Muster von Gottes eigenem, altem auserwählten Volk eingerichtet, das nicht in staatliches Gemeinwesen und Kirche zerfiel, sondern wo beide zugleich als ein und dasselbe unter einem Oberhaupt standen, von dem beide abhingen.“

Mit Recht urteilt Kittel: „Das ist das volle Programm einer Staatstheokratie.“ Dieses Programm hat in vielerlei Filiationen im Selbstverständnis amerikanischer Präsidenten seine Fortsetzung gefunden. Vor diesem Hintergrund ist es konsequent, daß US-Präsident George Washington die Vereinigten Staaten als „neues Jerusalem“ bezeichnet hat, „von der Vorsehung als Bühne gedacht, auf der der Mensch seine wahre Größe erreichen muß“. Dieses „neue Jerusalem“ soll unter Bush nun unter Führung der USA, die dafür „von jenseits der Sterne berufen“ sein sollen, unter der Fackel eines diffusen Freiheitsbegriffes eine weltweite Ausdehnung erfahren. Damit würde der „raum- und grenzenlose Pan-Interventionismus“, den Carl Schmitt bereits 1943 mit Blick auf die USA diagnostizierte, in sein letztes Stadium eintreten.

Register	Autor	Titel	Heft	Seite	
Jahrgang 2004	<i>Grundlagen</i>				
	Bianca, Stefano	Rudolf Fahrner – Ein Lebensbild	4/2004	2–8	
	Drescher, Thomas	Antifaschismus – vom linksradikalen Kampfbegriff zum staatstragenden Axiom	5/2004	44–49	
	Drescher, Thomas	Identität als Konstrukt	7/2004	36–40	
	Fahrner, Rudolf	Zu Hölderlins Kosmos- und Geschichtsdeutung	4/2004	10–19	
	Günzel, Reinhard	Die „Blaue Blume“ des Militärs	6/2004	16–19	
	Hoffmann, Arne	Hohmanns Demontage – Eine Medienanalyse	4/2004	32–37	
	Hoppe, Hans-Hermann	Demokratie – Der Gott, der keiner ist	4/2004	20–23	
	Krienen, Dag	Die neuen Kriege des Westens und die Ordnung der Welt	6/2004	20–25	
	Krienen, Dag	Nationale Identität	7/2004	30–35	
	Knörzer, Winfried	Überraschende Synthesen – Adornos Kulturkritik	5/2004	28–36	
	Kositza, Ellen	Kinder an der Macht	6/2004	32–39	
	Kositza/Kubitschek	Sein und Haben – Notizen aus Mitteleuropa	7/2004	24–28	
	Kubitschek, Götz	Kälteschock – Gehlenlektüre und Gegenwartsanalyse	4/2004	38–41	
	Kubitschek, Götz	Autorenportrait Horst Lange	7/2004	2–7	
	Langendorf, Jean-Jacques	Ein Jahr danach – Die USA im Irak	6/2004	26–30	
	Löw, Konrad	Der weichgezeichnete Marx	5/2004	14–17	
	Pitsch, Reinhard	Institution und Subjektivität – Die Tragik Gehlens und der Marxisten	4/2004	42–46	
	Rabehl, Bernd	Neue Linke und Gewalt	5/2004	18–26	
	Seubert, Harald	Verortung	7/2004	16–23	
	Straub, Eberhard	Autorenportrait Pierre-Joseph Proudhon	5/2004	8–12	
	Tihanov, Galin	Europas Identität – Simmel, Spengler, Freyer	7/2004	42–44	
	Weißmann, Karlheinz	Phasen der Geschichtspolitik	4/2004	24–30	
	Weißmann, Karlheinz	Das linke Prinzip	5/2004	2–7	
	Weißmann, Karlheinz	Autorenportrait Edgar Julius Jung	6/2004	4–8	
	Weißmann, Karlheinz	Widerstand im Schatten	6/2004	10–15	
	Weißmann, Karlheinz	Mittwinteropfer – Vorzeit und Identität	7/2004	8–14	
	Wiesberg, Michael	Neomarxismus und Globalisierung	5/2004	38–43	
	<i>Kurzbeiträge</i>				
	Abt, Markus	Eine linke Phantasie – Der „edle Wilde“	5/2004	58–59	
	Gerlich, Siegfried	Was heißt deutsch?	7/2004	46–47	
	Hartmann, Martina	Entwurzelung – Maurice Barrès	7/2004	52–53	
	Hermann, Fritz	Robert Kurz – Prophet der utopischen Antimoderne	5/2004	56–57	
Hoschützky, Martin	Merkels Patriotismus	4/2004	52–53		
Höbelt, Lothar	Österreichs Identitäten	7/2004	54–55		
Kinzel, Till	Amerikas Identität	7/2004	56–57		
Kubitschek, Götz	Professorenarroganz	4/2004	54–55		
Kubitschek, Götz	Das Schwert des Geheimen Deutschland	6/2004	2		
Marggraf, Nikolaus	Aussterbende Redensarten 4 Selbstverwirklichung	4/2004	69		
Marggraf, Nikolaus	Aussterbende Redensarten 5 Chancengleichheit	5/2004	69		
Marggraf, Nikolaus	Aussterbende Redensarten 6 Tradition	6/2004	69		
Rose, Olaf	Kein Fall Fritjof Meyer	6/2004	44–46		
Schilling, Rolf	Aber trotzdem dauern unsre Reiche	6/2004	3		
Vollradt, Christian	Die unterwanderte Linke	5/2004	52–54		
Vollradt, Christian	Der Fall Konrad Löw	6/2004	40–42		
Vollradt, Christian	Die politische Verwandlung des Peter Glotz	7/2004	50–51		
Weißmann, Karlheinz	Moral und Hypermoral – Gehlens politische Wirkung	4/2004	48–49		

	Autor	Titel	Heft	Seite
	Weißmann, Karlheinz	Die reaktionäre Linke	5/2004	50–51
	Weißmann, Karlheinz	Kritik der Menschenrechte	6/2004	48–49
	Weißmann, Karlheinz	Die kurze Karriere der <i>Corporate Identity</i>	7/2004	48–49
<i>Rezensionen (nach Rezensent)</i>	Berg, Johannes	Baader: Totgedacht: warum Intellektuelle unsere Welt zerstören	4/2004	63–64
	Dornuf, Stefan	Jäger: Adorno. Eine politische Biographie	5/2004	64+66
	Gerlich, Siegfried	Pohrt: FAQ (Frequently Asked Questions)	6/2004	62
	Haselhorst, Olaf	Baberowski: Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus	5/2004	61
	Keilbar, Fritz	Heinrichs: Revolution der Demokratie. Eine Realutopie	6/2004	60–61
	Kinzel, Till	Maier (Hg.): Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs. Band III: Deutungsgeschichte und Theorie	4/2004	60–61
	Kinzel, Till	Lutz (Hrsg.): Metzler Philosophen Lexikon. Von den Vorsokratikern bis zu den Neuen Philosophen	6/2004	63–64
	Knorr, Jens	Müller: Tausend Tage bei der „Asche“. Unteroffizier in der NVA. Untersuchungen zu Alltag und Binnenstruktur einer „sozialistischen“ Armee	4/2004	62–63
	Knörzer, Winfried	Klein: Ernst von Salomon Revolutionär ohne Utopie	6/2004	58–59
	Kositza, Ellen	Kursbuch, Heft 156, Kinder, Kinder	6/2004	65
	Kositza, Ellen	Dannenberg: Das bleiche Herz der Revolution	7/2004	59–60
	Kositza, Ellen	de la Riestra: Vom Umgang mit unseren Häusern Wieland: Bauen und Bewahren auf dem Lande	7/2004	64–65
	Lehnert, Erik	Figal/Knapp: Verwandtschaften. Jünger-Studien (Band 2) Tübinger Phänomenologische Bibliothek	6/2004	54–55
	Lehnert, Erik	Jünger/Nebel: Briefe 1938 – 1974. Herausgegeben, kommentiert und mit einem Nachwort von Ulrich Fröschle und Michael Neumann	6/2004	56–57
	Lehnert, Erik	Nebel: „Alles Gefühl ist lieblich“. Ein Stück Autobiographie. Herausgegeben von Nicolai Riedel. Mit einem Essay von Martin Mosebach (Marbacher Bibliothek; 6)	6/2004	57–58
	Lehnert, Erik	Schupp: Geschichte der Philosophie im Überblick. 3 Bände (Antike – Christliche Antike/Mittelalter – Neuzeit)	6/2004	62–63
	Rabehl, Bernd	Becker, u.a.(Hrsg.): Die 68er und ihre Gegner – Der Widerstand gegen die Kulturrevolution	4/2004	58–59
	Rabehl, Bernd	Müller/Wilke: Quo vadis, IG Metall?	5/2004	63–64
	Roenne, Konrad	Dyck u.a. (Hrsg.): Benn-Jahrbuch Bürger (Hrsg.): Ich bin nicht innerlich. Annäherungen an Gottfried Benn	4/2004	64
	Przybyszewski, Adolph	Verboven: Die Metapher als Ideologie. Eine kognitiv-semantische Analyse der Kriegsmetaphorik im Frühwerk Ernst Jüngers	6/2004	54
	Przybyszewski, Adolph	Slanitz: Wirtschaft, Technik, Mythos. Friedrich Georg Jünger nachdenken	6/2004	55–56
	Saur, Wolfgang	Weißmann: Männerbund	6/2004	50–51
	Scheil, Stefan	Rigg: Hitlers jüdische Soldaten	6/2004	51–52
	Seubert, Harald	Joisten: Philosophie der Heimat – Heimat der Philosophen	7/2004	58
	Schöps, Silke	Mehring (Hrsg.): Carl Schmitt. Der Begriff des Politischen. Ein kooperativer Kommentar	4/2004	64–65
	Voelkel, Martin	Patel: Soldaten bei der Arbeit. Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933–1945	4/2004	61–62
	Voelkel, Martin	Barner u. a. (Hrsg.): Texte zur modernen Mythentheorie	4/2004	66
	Voelkel, Martin	Gehlen: Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen	6/2004	52–53

Register	Autor	Titel	Heft	Seite	
<i>Rezensionen (nach Rezensent) Fortsetzung</i>	Voelkel, Martin	Melville/Rehberg (Hrsg.): Gründungsmythen – Genealogien – Memorialzeichen. Beiträge zur institutionellen Konstruktion von Kontinuität	7/2004	65	
	Vollradt, Christian	Solschenizyn: „Zweihundert Jahre zusammen“, Die Juden in der Sowjetunion	4/2004	56–58	
	Vollradt, Christian	Heer: Vom Verschwinden der Täter – Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei	5/2004	62–63	
	Vollradt, Christian	Cicero – Magazin für politische Kultur	6/2004	64–65	
	Vollradt, Christian	Bollmann u.a.: Kleine Geschichte der Deutschen/Kleine Geschichte Europas	7/2004	60	
	Von Leesen, Hans Joachim	Clough: In langer Reihe über das Haff – die Flucht der Trakehner aus Ostpreußen	7/2004	66	
	Weißmann, Karlheinz	Bruendel: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg	4/2004	61	
	Weißmann, Karlheinz	de Benoist: Carl Schmitt. Bibliographie seiner Schriften und Korrespondenzen	4/2004	65	
	Weißmann, Karlheinz	Baur: Am Ende: Gottes Wort. Predigten	4/2004	65–66	
	Weißmann, Karlheinz	Koenen: Vesper – Ensslin – Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus	5/2004	60	
	Weißmann, Karlheinz	Schmidt: Der Herr des Feuers. Friedrich Hielscher und sein Kreis zwischen Heidentum, neuem Nationalismus und Widerstand gegen den Nationalsozialismus	6/2004	58	
	Weißmann, Karlheinz	Hüther: Die Macht der inneren Bilder. Wie Visionen das Gehirn, den Menschen und die Welt verändern	7/2004	61	
	Weißmann, Karlheinz	Zedelmaier: Der Anfang der Geschichte. Studien zur Ursprungsdebatte im 18. Jahrhundert	7/2004	62	
	Wiesberg, Michael	Honderich: Nach dem Terror – Ein Traktat	4/2004	59–60	
	Wiesberg, Michael	Hoppe: Demokratie. Der Gott, der keiner ist. Ökonomie und Politik der Monarchie, der Demokratie und der natürlichen Ordnung. Mit einem Vorwort von Lorenz Jäger	5/2004	66–67	
	Wiesberg, Michael	Schüßlburner: Demokratie-Sonderweg Bundesrepublik. Analyse der Herrschaftsordnung in Deutschland	6/2004	59–60	
	Wiesberg, Michael	Huntington: Who are we?	7/2004	62	
	<i>Rezensionen (nach Buchautor)</i>	Baader, Roland	Totgedacht: warum Intellektuelle unsere Welt zerstören	4/2004	63–64
		Baberowski, Jörg	Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus	5/2004	61
		Barner, Wilfried u.a. (Hrsg.)	Texte zur modernen Mythen Theorie	4/2004	66
Baur, Jörg		Am Ende: Gottes Wort. Predigten 1995–2002	4/2004	65–66	
Becker, Hartmuth u.a. (Hrsg.)		Die 68er und ihre Gegner – Der Widerstand gegen die Kulturrevolution	4/2004	58–59	
Bollmann, March, Petersen		Kleine Geschichte der Deutschen/ Kleine Geschichte Europas	7/2004	60	
Bruendel, Steffen		Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg	4/2004	61	
Bürger, Jan (Hrsg.)		Ich bin nicht innerlich	4/2004	63	
Cicero		Magazin für politische Kultur	6/2004	64–65	
Clough, Patricia		In langer Reihe über das Haff – Die Flucht der Trakehner aus Ostpreußen	7/2004	66	
Dannenberg, Sophie		Das bleiche Herz der Revolution	7/2004	59–60	
de Benoist, Alain		Carl Schmitt. Bibliographie seiner Schriften und Korrespondenzen	4/2004	65	
de la Riesta, Pablo		Vom Umgang mit unseren Häusern	7/2004	61–65	
Dyck, Joachim u.a. (Hrsg.)		Benn-Jahrbuch	4/2004	64	
Figal/Knapp (Hrsg.)		Verwandtschaften. Jünger-Studien (Band 2) Tübinger Phänomenologische Bibliothek	6/2004	54–55	
Gehlen, Arnold		Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen	6/2004	52–53	

Autor	Titel	Heft	Seite
Heer, Hannes	Vom Verschwinden der Täter – Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei	5/2004	62–63
Heinrichs, Johannes	Revolution der Demokratie. Eine Realutopie	6/2004	60–61
Honderich, Ted	Nach dem Terror. Ein Traktat	4/2004	59–60
Hoppe, Hans Hermann	Demokratie. Der Gott, der keiner ist. Ökonomie und Politik der Monarchie, der Demokratie und der Natürlichen Ordnung. Mit einem Vorwort von Lorenz Jäger	5/2004	66–67
Huntington, Samuel	Who are we?	7/2004	62
Hüther, Gerald	Die Macht der inneren Bilder. Wie Visionen das Gehirn, den Menschen und die Welt verändern	7/2004	61
Jäger, Lorenz	Adorno. Eine politische Biographie	5/2004	64+66
Joisten, Karen	Philosophie der Heimat – Heimat der Philosophen	7/2004	58
Jünger/ Nebel	Briefe 1938–1974. Herausgegeben, kommentiert und mit einem Nachwort von Ulrich Fröschle und Michael Neumann	6/2004	56–57
Klein, Markus Josef	Ernst von Salomon. Revolutionär ohne Utopie	6/2004	58–59
Koenen, Gerd	Vesper – Ensslin – Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus	5/2004	60
Kursbuch	Heft 156, Kinder, Kinder	6/2004	65
Lutz, Bernd (Hrsg.)	Metzler Philosophen Lexikon. Von den Vorsokratikern bis zu den Neuen Philosophen	6/2004	63–64
Maier, Hans (Hrsg.)	Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs. Band III: Deutungsgeschichte und Theorie	4/2004	60–61
Mehring, Reinhard (Hrsg.)	Carl Schmitt. Der Begriff des Politischen. Ein kooperativer Kommentar	4/2004	64–65
Melville, Gert/ Rehberg, Karl-Siegbert	Gründungsmythen – Genealogien – Memorialzeichen. Beiträge zur institutionellen Konstruktion von Kontinuität	7/2004	65
Müller, Christian Th.	Tausend Tage bei der „Asche“. Unteroffiziere in der NVA. Untersuchungen zu Alltag und Binnenstruktur einer „sozialistischen“ Armee	4/2004	62–63
Müller, Hans-Peter/ Wilke, Manfred	Quo vadis, IG Metall?	5/2004	63–64
Nebel, Gerhard	„Alles Gefühl ist leiblich“. Ein Stück Autobiographie. Herausgegeben von Nicolai Riedel. Mit einem Essay von Martin Mosebach (Marbacher Bibliothek; 6)	6/2004	57–58
Patel, Kiran Klaus	Soldaten der Arbeit. Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933–1945	4/2004	61–62
Pohrt, Wolfgang	FAQ (Frequently Asked Questions)	6/2004	62
Rigg, Bryan Mark	Hitlers jüdische Soldaten	6/2004	51–52
Schmidt, Ina	Der Herr des Feuers. Friedrich Hielscher und sein Kreis zwischen Heidentum, neuem Nationalismus und Widerstand gegen den Nationalsozialismus	6/2004	58
Schupp, Franz	Geschichte der Philosophie im Überblick 3 Bände (Antike – Christliche Antike/ Mittelalter – Neuzeit)	6/2004	62–63
Schüßlburner, Josef	Demokratie-Sonderweg Bundesrepublik Analyse der Herrschaftsordnung in Deutschland	6/2004	59–60
Slanitz, Fred	Wirtschaft, Technik, Mythos. Friedrich Georg Jünger nachdenken	6/2004	55–56
Solschenizyn, Alexander	„Zweihundert Jahre zusammen“, Die Juden in der Sowjetunion	4/2004	56–58
Verboven, Hans	Die Metapher als Ideologie. Eine kognitiv-semantische Analyse der Kriegsmetaphorik im Frühwerk Ernst Jüngers	6/2004	54
Weißmann, Karlheinz	Männerbund	6/2004	50–51
Wieland, Dieter	Bauen und Bewahren auf dem Land	7/2004	65
Zedelmaier, Helmut	Der Anfang der Geschichte. Studien zur Ursprungsdebatte im 18. Jahrhundert	7/2004	62

Hans Kelsen als Ideologiekritiker

Hans Kelsen: *A New Science of Politics. Hans Kelsen's Reply to Eric Voegelin's „New Science of Politics“. A Contribution to the Critique of Ideology*, Practical Philosophy, Bd. 6, hrsg. von Eckhart Arnold, Frankfurt-Lancaster: Ontos Verlag 2004. 137 S., 69.00 €

Matthias Riedl: *Joachim von Fiore. Denker der vollendeten Menschheit*, Epistemata, Bd. 361, Würzburg: Königshausen & Neumann 2004. 49.80 €

Gleichzeitig mit der Neuauflage von Eric Voegelins bekanntem Buch *Die Neue Wissenschaft der Politik*, das vor genau 50 Jahren eine eigenwillige und anregende Deutung der Moderne versuchte, erscheint nun endlich auch eine bisher unveröffentlichte ausführliche und grundlegende Kritik an Voegelins Buch seitens seines ehemaligen Lehrers, des Rechtswissenschaftlers Hans Kelsen. Dieser verstand sich selbst als Positivist und gehört zweifellos zu den brilliantesten Politikdenkern des 20. Jahrhunderts. Voegelin wiederum, der in den sechziger Jahren in München eine Professur innehatte, übte eine nicht unerhebliche Wirkung auf die deutsche Politikwissenschaft der Nachkriegszeit aus und scheute auch nicht davor zurück, sich durch kontroverse Stellungnahmen zur sogenannten Vergangenheitsbewältigung in seiner auf deutsch nach wie vor unpublizierten Vorlesung „Hitler und die Deutschen“ links und rechts unbeliebt zu machen (eine englische Ausgabe liegt dagegen im Rahmen der Werkausgabe vor). Kelsen seinerseits, der die NS-Zeit wie Voegelin im Exil verbrachte, war von der Voegelinischen Konzeption einer „neuen Wissenschaft der Politik“ nicht im geringsten erbaut, weil mit ihr eine Verabschiedung vom Postulat der Wert-

freiheit in der Wissenschaft, wie es etwa Max Weber formuliert hatte, einherzugehen schien. Dies aber hieß in Kelsens Augen nichts anderes, als daß Voegelin zu einer vormodernen Form von Wissenschaft im Sinne Platons und Aristoteles' zurückzukehren suchte, deren Unhaltbarkeit längst erwiesen war.

Kelsen würdigt Voegelins Buch so, daß er es erbarungslos nüchtern seziert; aus politikwissenschaftlicher Sicht kritisiert er dabei ausführlich die unklare Begrifflichkeit Voegelins. Ebenso problematisch ist in Kelsens Augen die Voegelinische These, das Wesen der Moderne bestehe im Gnostizismus, den er indes nicht ausreichend klar definiert. Voegelin bezieht sich bei seiner Deutung der modernen europäischen Geschichte auch auf die „Thesen“ des Joachim von Fiore, eines Abtes aus dem 12. Jahrhundert, der angeblich „den ersten und umfassendsten Ausdruck der Idee“ einer „Redivinisierung“ der Gesellschaft geboten habe. Die Vorstellung Voegelins, Joachims Mönchszeitalter sei zu einem formidablen Bestandteil des zeitgenössischen demokratischen Denkens geworden und sei der dynamische Kern der Marxschen Mystik eines Reiches der Freiheit und des absterbenden Staates, entbehrt Kelsen zufolge jeder Grundlage. Kelsen kommt also zu einer sehr skeptischen, ja deutlich ablehnenden Stellungnahme in bezug auf den Erklärungs- und Diagnosewert der Voegelinischen Gnosis-These, was sich auch anhand weiterer Anwendungsbeispiele in Voegelins Buch begründen läßt.

In Ergänzung der nüchternen Kritik Kelsens an Voegelins zweifelhafter geschichtsphilosophischer These sei zudem auf die grundlegende Studie von Matthias Riedl verwiesen, der jetzt erstmals anhand einer sorgfältigen Interpretation die konkret politischen Vorstellungen des Ab-

tes von Fiore herausgearbeitet hat. Riedls Buch wirft auch neues Licht auf die wirkungsmächtige Vorstellung eines sogenannten Dritten Reiches, die bei Joachim bereits vorkommt. Dabei zeigt sich schlagend, daß zahlreiche Interpreten, die sich der Thesen Joachims für ihre geschichtsphilosophischen Konstruktionen bedienen, kaum je dessen Texte selbst zur Kenntnis nahmen. Riedl macht in diesem Zusammenhang auch deutlich, daß Voegelins von früheren Autoren übernommene Übersetzung „Drittes Reich“ für *tertius status* ausgesprochen unglücklich ist und nicht die Intention der Lehre Joachims trifft.

Informativ sowie provozierend ist das klar geschriebene Nachwort Eckhart Arnolds, das sich die Einwände Kelsens gegen Voegelin zu eigen macht. Gegen die empirisch nicht ausgewiesene Behauptung Voegelins, eine gute politische Ordnung sei vor allem eine Frage der Spiritualität, wird ins Feld geführt, daß es dabei vielmehr um eine Frage der Gestaltung von Institutionen geht. Das notwendige politische Ordnungswissen sei nicht durch religiöse Bezüge zu gewinnen, sondern rein profan, weshalb auch von der politischen Sphäre kein Beitrag zur Beantwortung der Sinnfrage oder zu spiritueller Führung erwartet werden darf. Am ehesten Widerspruch erfahren dürfte dabei Arnolds Einschätzung, die Forderung Voegelins nach einer spirituellen Anbindung der Politik sei am ehesten in der Islamischen Republik Iran verwirklicht, weil es dort zum Beispiel einen Wächterrat gebe, der dafür Sorge trage, daß die Politik und die Gesetzgebung im Sinne „adäquater Transzendenzverfahren“ ausgeübt werde. Ein „Voegelinianismus“ als politische Bewegung, so Arnold weiter, sei in Gefahr, in ein Mullah-Regime abzugleiten. Überhaupt liege wahrscheinlich der Grundirrtum jeder politischen

Theologie – so auch derjenigen Voegelins – in der Erwartung, Politik oder politische Ordnungen müßten spirituelle Funktionen ausfüllen. Man darf auf die unvoreingenommene Diskussion dieser Thesen gespannt sein.

Till Kinzel

Therapeutischer Staat

Paul Edward Gottfried: *Multikulturalismus und die Politik der Schuld. Unterwegs zum manipulativen Staat?* Graz: Leopold Stocker Verlag 2004. 218 S., geb, 19.90 €

Das soeben im Stocker Verlag in deutscher Übersetzung erschienene Werk des amerikanischen Politikwissenschaftlers Paul Gottfried, das den Titel *Multikulturalismus und die Politik der Schuld* trägt, ist der zweite Teil einer auf drei Bände konzipierten Studie über den „demokratischen Verwaltungsstaat“. In *After Liberalism* (2001), dem ersten Band dieser Reihe, thematisierte Gottfried den Übergang vom bürgerlichen Staat zum massendemokratischen Wohlfahrtsstaat. Grundlegend hierfür war die Heraufkunft einer Ideologie, die die bürgerliche Denk- und Lebensform ablöste und das einläutete, was als demokratische Epoche bezeichnet werden kann. Diese steht aus der Sicht von Gottfried unter der Herrschaft der öffentlichen Verwaltung und war zunächst durch einen ständigen Ausbau sozialer Transferleistungen gekennzeichnet.

Heute, und dies ist die zentrale These von Gottfrieds neuem Buch, zielen diese Staat darauf, direkten Einfluß auf das Verhalten seiner Bürger zu nehmen. Ein derartiger Staat wird in der Sprache der US-Soziologen als „therapeutisch“ qualifiziert. Man kann auch von einer schleichenden „Gesellschaftsveränderung“ von oben sprechen. Diese Veränderung stehe, so der Autor, unter dem ideologischen Signum des Multikulturalismus, sprich: einer Gesellschaft ohne kulturel-

le oder ethnische Trennlinien. Das eine, nämlich die staatlich geförderte Masseneinwanderung, stellt dabei die Voraussetzung für das andere, die Gesellschaftsveränderung, dar.

Es gehört zu den Verdiensten des Buches von Gottfried, daß er das konservative Diktum vom angeblichen „Tod des Sozialismus“ nicht übernommen hat. Im Gegenteil: Aus der Sicht von Gottfried muß die linksliberale Sozialdemokratie als eigentlicher Sieger des Kalten Krieges betrachtet werden. Diese hat sich als durchaus lernfähig erwiesen und nutzt die Privatwirtschaft für ihre Interessen. Der hieraus entstehende Verbund aus Verwaltungsstaat und Kapital sei, so Gottfried, beispielsweise für die Regierung Blair kennzeichnend. Der eigentliche Hebel der Gesellschaftsveränderung aber ist die Politik der Schuld, die darauf hinausläuft, die weiße Bevölkerung des Westens für alle Untaten der Vergangenheit verantwortlich zu machen und von ihr „Buße“ zu fordern. Im gleichen Maße werden Minderheiten aller Couleur unter „Artenschutz“ gestellt, den man einmal juristisch mittels *affirmative action* oder „Antidiskriminierungsprogrammen“ absichert, und zum anderen mit Hilfe des Konzepts „politische Korrektheit“ durchsetzt.

Pessimistisch äußert sich Gottfried über die Möglichkeiten, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Eine ernstzunehmende Opposition sieht Gottfried vor allem in der europäischen politischen Rechten. Deren Erfolge aber sind, blickt man beispielsweise auf die FPÖ Jörg Haiders, durchaus wechselhafter Natur. Dennoch zeichnet sich aufgrund mangelnder finanzieller Masse (siehe Deutschland) ein mögliches Ende der beschriebenen Art von Gesellschaftsveränderung ab. Solange dies aber nicht mit einem entsprechenden Bewußtseinswandel einhergeht, dürfte der Marsch in den „therapeutischen Staat“ wohl weitergehen.

Alexander Griesbach

Heiliger Krieg

Dag Tessore: *Der Heilige Krieg im Christentum und Islam*. Düsseldorf: Patmos 2004. 260 S., geb, 24.90 €

Der „Kampf gegen den Terrorismus“ hat eine bestimmte Deutung religiös motivierter Gewalttaten mit sich gebracht, die zumindest unvollständig ist. Denn die Beunruhigung des Westens über das Wiederaufleben der Idee des „Heiligen Krieges“ im islamischen Bereich wird von einer seltsamen Blindheit gegenüber den Motiven und gegenüber bestimmten eigenen Traditionen begleitet, die auch einen Zusammenhang von Heiligkeit und Krieg behaupteten. Um die Erklärung dieses Zusammenhangs geht es dem sehr empfehlenswerten Buch von Dag Tessore.

Der junge Orientalist hat in seiner Untersuchung vor allem die Vorstellung des sakralen Kampfes für Moslems und Christen beleuchtet. Die Bedeutung des „Jihad“ im Islam wird keineswegs heruntergespielt, vielmehr weist Tessore darauf hin, daß dieses Wort, das eigentlich soviel wie „Anstrengung“ bedeutet, von Anfang an auch im Sinn von Glaubenskrieg verstanden wurde. Dabei ging es um die Expansion des arabischen, dann türkischen Machtbereichs, dann um Zwangsbekehrung der Ungläubigen, zuletzt aber auch um eine besondere Art von „Spiritualität“, die gerade nicht den praktischen Erfolg des Kampfes in den Vordergrund rückte, sondern die Möglichkeit des Sterbens im Heiligen Krieg. Daß solches Sterben in die Nähe des Martyriums trat – „Das Paradies befindet sich auf den Spitzen eurer Schwerter“, sagte Ali, der Vetter und Nachfolger Mohammeds –, war für den Islam von großer Bedeutung und erklärt etwas von der bleibenden Anziehungskraft des Jihad auf gläubige Moslems. Daß man dieser Vorstellung in Europa oder den USA mit Befremden gegenübersteht, hat nach Meinung von Tessore

wenig mit ethischer Überlegenheit zu tun. Die Friedensliebe des Westens sei kaum irgendwelchen moralischen Einsichten zu verdanken, sondern dessen Materialismus einerseits, dessen Entfremdung von den eigenen religiösen Wurzeln andererseits. Tessore bestreitet die heute übliche Identifizierung von Christentum und Pazifismus und setzt dem eine umfassende Darstellung des religiösen Kriegerturns aus biblischen und nachbiblischen Traditionen entgegen. Eine gewisse Schwäche besteht hier lediglich in der mangelnden Differenzierung, die auf Grund der Forschungen Gerhard von Rads – zur Scheidung des „großen“ und des „kleinen heiligen Krieges“ im alten Israel – und Adolf Harnacks – zu Ursprung und früher Entwicklung der Idee der „militia Christi“ – hätten vollzogen werden müssen. Aber davon abgesehen entwickelt Tessore ausgesprochen überzeugend, wie früh und wie nachhaltig die Vorstellung einer kämpferischen Auseinandersetzung mit der Welt, die sich zum Beispiel in der Rede von der „geistlichen Waffenrüstung“ (Epheser 6.11-17) findet, überführt werden konnte in die Idee eines Gott wohlgefälligen Kampfes mit ganz irdischen Waffen, etwa als Augustinus die Lehre vom „gerechten Krieg“ christlich entfaltete.

Vor allem das mittelalterliche Rittertum war von entsprechenden Ideen bestimmt. Tessore sieht sowohl in den Kreuzzügen als auch in den Ritterorden Phänomene, die ohne diesen Hintergrund nicht zu verstehen seien. Eine besondere kriegerische Spiritualität habe außerdem im orthodox und im katholisch gebliebenen Teil Europas bis ins 19. Jahrhundert überlebt; er zitiert die Heilige Theresa vom Kinde Jesu mit den Worten: „ich möchte auf einem Schlachtfeld für die Verteidigung der Kirche sterben ... Oh, mein göttlicher Gemahl, ich werde singend in deinen Armen sterben, auf dem Schlachtfeld mit der Waffe in der Hand!“ Tessore formuliert als Bilanz

seines Vergleichs von Islam und Christentum, daß in beiden „eine präzise Theologie des Krieges besteht, nach der es in begrenzten Fällen recht und heilig ist, zu den Waffen zu greifen (z. B. um die Unterdrückten zu befreien, die Bösen unschädlich zu machen, den Glauben zu verteidigen usw.); andererseits gibt es auch eine Mystik des Krieges, die zwar an die Theologie gebunden und auf ihr begründet ist, die aber die theologisch und moralisch erlaubten Grenzen überschreiten kann“. Nach Meinung des Verfassers ist trotz dieser Tendenz gerade die „Mystik des Krieges“ das eigentliche Movens des sakralen Kampfes. Die Teilnehmer erleben ihn als eine Steigerungsmöglichkeit nicht nur für ihr persönliches Dasein in der Gefahr, sondern auch als einen besonderen Beweis ihrer Glaubensstärke. Wenn das zutrifft, dann wird verständlicher, warum die Vorstellung des Jihad in der islamischen Welt eine solche Renaissance erleben konnte, nachdem sie für lange Zeit nachhaltig geschwächt oder sogar ganz verschwunden schien.

Tessore bezweifelt, daß es überhaupt aussichtsreich sei, die Motive der Glaubenskämpfer als solche in Frage zu stellen oder sie mit Verbrechern auf eine Stufe zu stellen. Er verweist darauf, daß eine ganze Reihe ausdrücklicher Befürworter des Heiligen Krieges im Abendland – etwa Bernhard von Clairvaux oder Katharina von Siena – vorbildliche Vertreter des Christentums waren und daß man ähnliches für den islamischen Fall behaupten dürfe. Auch das legt die Vermutung nahe, daß die Verbindung des Heiligen und des Krieges als eine fundamentale zu betrachten ist, daß sie durch „Aufklärung“ in ihrem Kern gar nicht tangiert werden kann. Auf diesen Aspekt geht Tessore in einem abschließenden Kapitel ein, das dem Phänomen des Heiligen Krieges in anderen Kulturkreisen als dem christlichen und dem islamischen gewidmet ist. Am Judentum, Hinduismus und

Buddhismus, den Weltanschauungen Chinas und der indianischen Hochkulturen Mittelamerikas entfaltet er ein ganzes Spektrum der Möglichkeiten, das vom absoluten Pazifismus im Judentum über diverse Mischformen bis zu einer extremen Verbindung von Religion und Kampf bei Mayas und Azteken reicht. Es hätte sich angeboten, gerade auf Grund dieser Befunde die Bedeutung des Heiligen Krieges für die religiöse Anthropologie überhaupt zu klären. Aber man kann wohl das, was der Autor an den Beginn des Schlußkapitels gestellt hat, als entsprechende Andeutung auffassen: Keineswegs hänge die Bedeutung des Heiligen Krieges für Islam und Christentum mit deren Ausschließlichkeitsanspruch zusammen, sondern mit einer bestimmten Auffassung der Realität, die nicht materialistisch sei. „Der Heilige Krieg ist in allen Religionen ... zuallererst und jenseits jeder theologischen oder ethischen Rechtfertigung ein archaisches Streben, ein mystischer Weg ‚zurück zum Blut‘. Tatsächlich zeigt der Krieg alle charakteristischen Wesenszüge des Heiligen: Er ist schrecklich und faszinierend, er unterbricht die tägliche Realität, flößt Angst ein, führt zu Ekstasen und Erschütterungen, läßt den Menschen das Gewicht, die Größe, den enormen Ernst einer höheren, geistigen Dimension spüren ...“

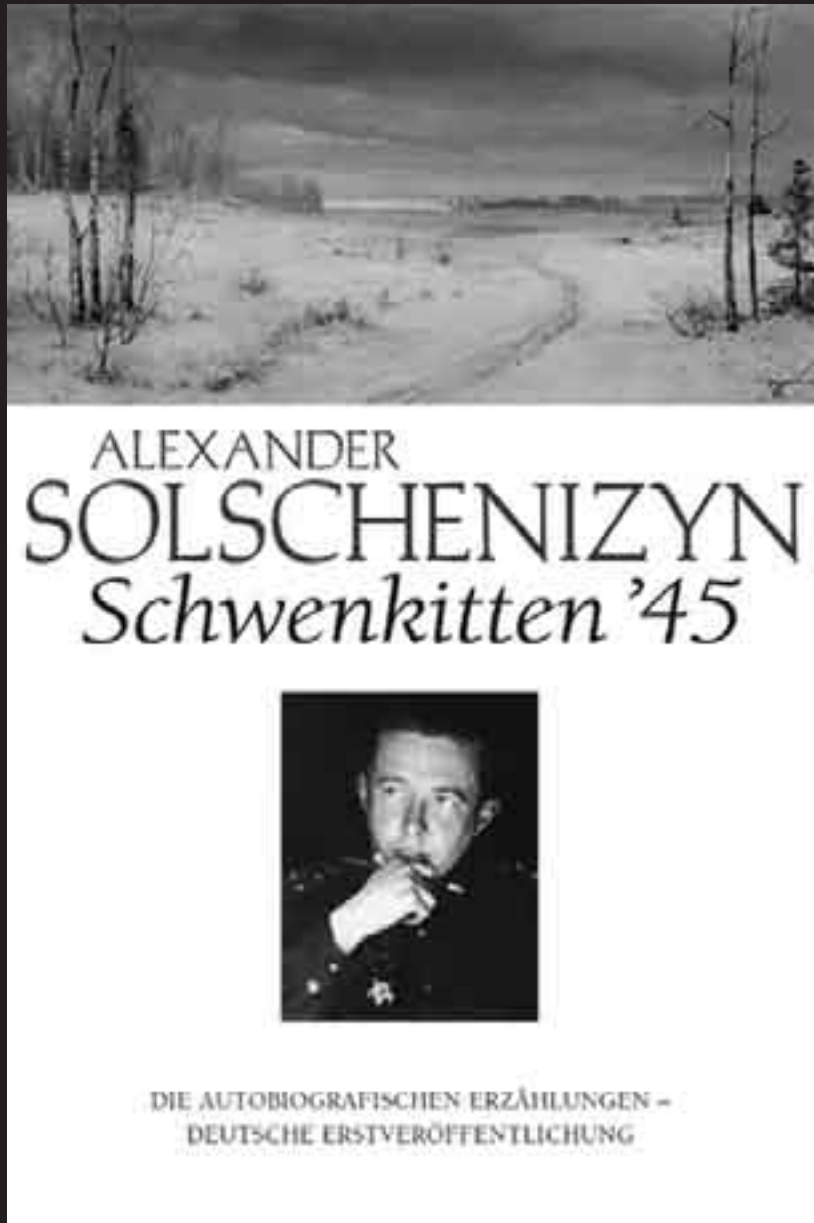
Karlheinz Weißmann

Doppeldeutigkeit der Rechtsnorm

Carl Schmitt: *Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen*. Berlin: Dunker & Humblot 2004. 108 S., kt, 28 €

Wie bei fast allen Büchern Carl Schmitts ist auch bei dieser, seit ihrem ersten Erscheinen 1914 nicht wieder aufgelegten kleinen Schrift der Gedankenreichtum umgekehrt proportional zum Umfang. Den zum Zeitpunkt ihrer Ab-

Das literarische Denkmal des Zweiten Weltkriegs



208 Seiten • € D 19,90 • ISBN 3-7844-2964-5

»Der Krieg ist einfach Arbeit, ohne Erholungstag, ohne Urlaub, die Augen am Scherenfernrohr. Die Abteilung ist die Familie, die Offiziere sind die Brüder und die Soldaten Söhne, und jeder für sich ist ein Schatz. Gewohnt an die ständigen Drangsale des Lebens, an die Wechselhaftigkeit des Glücks, konnte keine Wendung der Ereignisse ihn verwundern oder erschrecken.«

»Ja, der Krieg ist eine schwere, alltägliche Bürde mit dem Auflodern jener Tage, an denen man leicht das Leben verlieren oder verbluten kann, wenn man nicht rechtzeitig aufgesammelt wird.«

Die autobiografischen Erzählungen des Nobelpreisträgers: Eindringlich berichtet Alexander Solschenizyn über seine Kriegserfahrungen.

fassung 25-jährigen Gelehrten beschäftigt nicht zuletzt die Frage, was die Rechtsphilosophie für die Jurisprudenz zu leisten vermag. Dem damals universitär noch dominierenden Neukantianismus, vertreten durch die Namen Cohen, Natorp und Stammler (dessen jüngster prominenter Vertreter, der ausdrückliche Schmitt-Gegner Hans Kelsen mit seiner bis heute nachwirkenden „Reinen Rechtslehre“, gelangt jetzt noch nicht ins Blickfeld), versagt der Autor zwar nicht den Respekt, doch befriedigen ihn seine Problemlösungen kaum.

Das liegt weniger am Formalismus jener Strömung als am – liberalen – Individualismus, der dahin tendiert, das ewils zufällig vorgefundene, empirische „Ich“ mit seinen (angeblich nicht weiter ableitbaren) Wünschen, Bedürfnissen etc. absolut zu setzen. In extremer Konsequenz führe das bei den derart Entschuldigten zu einer Schamlosigkeit, welche die eigenen schlechten Manieren als Ausweis der Persönlichkeit betrachten – dieser Satz könnte leicht über die 68er-Generation geschrieben worden sein. Schmitt hingegen interessiert die Totalität des Staates, der mehr ist und etwas qualitativ anderes als die bloße Summe der Einzelnen. Ein Gewährsmann dafür – wie nachher auch bei Schmitts Feind-Definition – ist ihm der befreundete Expressionist Theodor Däubler, in dessen Dichtung *Das Nordlicht* es heißt: „Zuerst ist das Gebot/Die Menschen kommen später.“ Eher zwischen den Zeilen indes teilt sich einem Schmitts Fasziniertsein von der Doppeldeutigkeit der Rechtsnorm mit: Zwar sei sie lediglich auf ein äußeres Verhalten bezogen, doch vermöge sie „selbst den einflussreichen Bösewicht wenigstens zur Heuchelei“ zu zwingen – damit sind implizit sowohl Schmitts Nähe zu Hobbes als auch sein Abstand zu Nietzsche markiert.

Womöglich erst bei der zweiten Lektüre des vorliegenden Bandes fällt quasi als roter Faden ein subtiles Umbie-

gen des Deutschen Idealismus auf: Ihn kann aufgrund seiner Wichtigkeit Schmitts Argumentation ebensowenig entbehren, wie sie dessen aufklärerische Schlußfolgerungen mitzumachen gedenkt. So charakterisiert etwa erst der späte und nicht, wie Schmitt suggeriert, schon der junge Hegel den Staat als „Wirklichkeit der sittlichen Idee“ (im Unterschied zur abstrakten Moralität des Einzelnen), und Schillers Beharren auf einer überindividuellen Mission der Kunst dolmetscht Schmitt sehr frei als „maßlose Hingabe“. Worauf er abzielt, wird vollends klar, wenn er den Staat bestimmt als „ganz Funktion“ in Analogie zum Papst, der „nur Instrument“ des göttlichen Willens sei: Schmitt reklamiert letztlich für die weltliche Institution die gleiche Unfehlbarkeit, wie sie das Oberhaupt der katholischen Kirche für sich beansprucht, mit der sie dann über allem positiven Recht stünde.

Stefan Dornuf

Islam als Gefahr

Hans-Peter Raddatz: *Die türkische Gefahr? Risiken und Chancen*. München: Herbig 2004. 287 S., geb, 19,90 €

Mark A. Gabriel: *Islam und Terrorismus. Was der Koran wirklich über Christentum, Gewalt und die Ziele des Dschihad lehrt*. Gräfeling: Resch-Verlag 2004. 272 S., br, 14,90 €

Auch in seiner neuesten Veröffentlichung „Die türkische Gefahr?“ macht es sich der Orientalist Hans-Peter Raddatz zur Aufgabe, gegen die Faktenresistenz der westlichen „Dialog-Kultur“ zu Felde zu ziehen. Während beim Thema Multikultur die schönfärberischen Wunschbilder aufgrund aktueller Ereignisse langsam zerbröckeln, gilt dies in der Frage der Risiken eines EU-Beitritts der Türkei noch nicht, so daß Raddatz' Buch genau zu rechten Zeit erschienen ist.

Bevor Raddatz zur Analyse des aktuellen Drangs der Türkei in Richtung Europäische Union kommt, beschreibt er den Gegenstand seiner Untersuchung von Grund auf. Umfassend schildert er das Frühstadium der „raubnomadischen“ Turkvölker, beläßt es nicht nur bei den gesicherten historischen Tatsachen, sondern geht auch auf die bis heute wirksamen Gründungsmythen, so auf das bedeutsame Symbol des „Wolfs“ ein. Der geschichtliche Abriß umfaßt das Reich der Seldschuken, die Ausdehnung ins heutige Anatolien und den Siegeszug des moslemischen Glaubens, wobei jedoch – wie Raddatz nachweist – die Islamisierung schon damals hinter die Turkisierung zurücktrat. Aufstieg und Fall der osmanischen Herrschaft werden ebenso ausführlich dargestellt wie die Epoche der Jungtürken und das Wirken Kemal Atatürks samt seiner auf den „sechs Pfeilern“ beruhenden Ideologie. Als wesentlich erscheint Raddatz dabei die Besonderheit eines Volkes „zwischen Nation und Religion“ und eines Landes „zwischen Orient und Okzident“.

Raddatz beläßt es jedoch nicht bei einer Erläuterung des Strebens der türkischen Elite nach „Ameropa“, das spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs für ihre Politik bestimmend wird. Vielmehr besticht seine Darstellung auch durch einen kritischen Blick auf die Interessen der modernen „gewählten Könige“ in Europa und besonders in Deutschland, die mit der turkislamischen Expansion erstaunliche Übereinstimmung aufweisen. Dies scheint offensichtlich dafür verantwortlich zu sein, daß trotz einer Jahrzehnte währenden Diskussion über einen türkischen EU-Beitritt die Argumente der Beitrittsgegner praktisch nicht ins Gewicht fallen, wie Raddatz in seinem Vorwort feststellt.

Nicht nur der türkische Nationalisten wie Islamisten einende Imperialismus, der die „Geceköndü“, die türkischen Massenviertel, nach We-

sten exportieren möchte, nicht nur die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der USA, sondern auch ein hiesiges pro-türkisches-islamisches „Leitkartell“ sind dafür verantwortlich, daß „mit Fiktionen wie Toleranz und Frieden weniger tolerante und friedliche Fakten“ geschaffen werden. Wird diese Politik nach einem türkischen EU-Beitritt beibehalten, so schließt der Autor seinen Ausblick ab, kommt es zu einem gänzlich neuen Regime, zum Zivilisationsbruch; wird dem Trend noch entgegengesteuert, grenzt sich zwangsläufig ein „Kerneuropa“ vom größeren ab.

Daß Raddatz seine umfassenden Kenntnisse nicht nur trocken verabreicht und mit Anmerkungsapparat, Bibliographie und Register untermauert, sondern auch die eine oder andere polemische Bemerkung einstreut, tut der Wissenschaftlichkeit seiner Studie keinen Abbruch; es fördert im Gegenteil die Lesbarkeit dieser unverzichtbaren Grundlage für europapolitische Debatten.

Gegen eine immer noch im Westen verbreitete verharmlosende Darstellung des Islam wendet sich auch Mark A. Gabriel in seinem Buch *Islam und Terrorismus – Was der Koran wirklich über Christentum, Gewalt und die Ziele des Jihad lehrt*. Der Autor ist ein zum Christentum konvertierter ehemaliger Moslem, der bis zum Beginn der neunziger Jahre islamische Geschichte an der Universität Kairo lehrte und Imam in Gizeh war. Nach seiner Bekehrung floh der gebürtige Ägypter in die USA und lebt dort unter einer neuen Identität. Gabriel beschreibt zunächst seinen Lebensweg vom streng islamischen Elternhaus, über die theologische Ausbildung, seine ersten Zweifel an der mohammedanischen Offenbarung und schließlich seine Wendung zum christlichen Proselyten. Sein persönliches Schicksal ist ohne Zweifel hart: Dem Verweis von der Universität folgen die Folter durch die ägyptische Geheimpolizei, ein Gefängnisaufent-

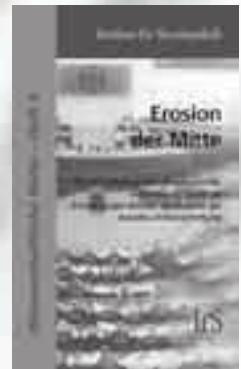
halt, die Nachstellungen islamischer Eiferer und der Verstoß durch die eigene Familie.

Nach dieser autobiographischen Einleitung untersucht Gabriel die Kernaussagen des Korans, Besonderheiten der arabischen Kultur und mohammedanischen Überlieferungsgeschichte. Gabriel weist nach, daß zahlreiche Auswüchse islamischer Gewalt nicht etwa – wie im Westen und insbesondere von Kirchenvertretern gern behauptet – nur „fundamentalistische“ Verirrungen sind, sondern im Wesen dieser Religion begründet liegen. Anhand seiner Kenntnisse als „Insider“ rückt er dabei auch vermeintlich vermittelnde Aussagen des Korans oder islamischer Geistlicher in den weit weniger toleranten Zusammenhang oder relativiert sie mit dem Verweis auf ihre Entstehungsgeschichte. Aufschlußreich sind auch seine Erörterungen über die Tätigkeit und das Personal islamischer Terrorgruppen in Ägypten, ihre Vorbildfunktion für Militante anderer arabischer Nationen, aber auch über die Konflikte zwischen verschiedenen fundamentalistischen Gruppierungen.

Leider schreibt Gabriel häufig im Stil eines Ratgebers, wenn er sich direkt an seine Leser wendet. Das mag im Schlußkapitel noch nachvollziehbar sein, in dem die Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie Christen in missionarischer Absicht Moslems gegenüber auftreten sollten. Bei allen weiteren Darstellungen ist der belehrende Tonfall eher störend, die Fakten sprechen für sich. Unpassend erscheint auch manche bildhafte Formulierung, etwa bei der Beschreibung des sich ausbreitenden Terrors: „Wenn man einen Stein ins Wasser wirft, breiten sich die Wellen in alle Richtungen aus. ... Ägypten ist wie ein Stein, der ins Wasser geworfen wurde.“ Da sich nicht Ägypten, sondern der dort entstandene Terrorismus ausbreitet, ist solch ein Satz nicht nur überflüssig, sondern auch falsch und sollte daher in einer Studie mit wissenschaftlichem



Heft 5



Heft 6



Heft 7

Jede Studie 5 €

Bestellungen unter
Institut für Staatspolitik
Rittergut Schnellroda
06268 Albersroda

Fax/Tel: (034632) 90942

Anspruch vermieden werden. Was diesen Anspruch angeht, so fällt das Urteil zwiespältig aus: Die vorrangige Verwendung der in der Bibliographie aufgeführten arabischen Literatur macht Gabriels Buch gerade für westliche Leser wertvoll, denen sich diese üblicherweise mangels Sprachkenntnis entzieht. Dennoch fällt auf, daß die Aussagen mancher Kapitel nur recht dürftig belegt werden.

Christian Vollradt

Weltgeschichte und Heilsgeschehen

Karl Löwith: *Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Die theologischen Voraussetzungen der Geichtsphilosophie*. Stuttgart: J. B. Metzler 2004 (2. Auflage). 240 S., Kt, 29.95 €

In seinem 1953 erschienenen, jetzt neu aufgelegten Hauptwerk führt Karl Löwith die gesamte abendländische Geschichtsphilosophie auf christlich-theologische Grundlagen zurück: „Die christliche Geschichtsdeutung richtet ihren Blick auf die Zukunft als den zeitlichen Horizont eines bestimmten Zieles und einer letzten Erfüllung. Alle modernen Versuche, die Geschichte als ein sinnvoll gerichtetes, wenn auch nie abgeschlossenes Fortschreiten auf eine innerweltliche Erfüllung hin darzustellen, gründen in diesem theologischen, heilsgeschichtlichen Schema.“

Nach Löwith hat sich gegen Ende der Antike, endgültig mit Augustin und Orosius im 5. Jahrhundert, die teleologisch-lineare Geschichtsvorstellung des Christentums gegenüber der bis dahin geltenden zyklischen Betrachtung durchgesetzt. Seither ist alle historische Sinngebung final geprägt, auch wenn sich die einzelnen Geschichtsphilosophen des ursprünglich heilsgeschichtlichen Deutungsmusters nicht mehr bewußt sind, auch und gerade, wenn sie sich ausdrücklich gegen christliche Anschauungen oder gegen

die gesamte christliche Lehre richten.

Nach Ansicht des Autors treten die theologischen Wurzeln der Geschichtsphilosophie um so deutlicher zutage, je mehr man in der europäischen Geistesgeschichte zurückschreitet und sich der eigentlichen biblischen Verkündigung nähert: „Je weiter wir von der Geschichtsphilosophie des 19. und 18. Jahrhunderts zurückgehen, desto weniger finden wir einen ausgearbeiteten Entwurf zu einem sinnvoll fortschreitenden Geschehen. Hegel ist darin zuverlässlicher als Bossuet, Bossuet zuverlässlicher als Augustin, Augustin zuverlässlicher als Paulus. Das Abendland entstand also aus christlichen Antrieben, aber diese wirken so, daß es sich ständig vom christlichen Glauben entfernt.“

Ein scharfer Einschnitt liegt nach Löwith zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Die Geschichtsdenker der Spätantike, des Mittelalters und der Frühmodernere, von Augustin über Thomas von Aquin bis Bossuet, legen nur immer differenziertere Ausdeutungen der heilsgeschichtlichen Botschaft vor; lediglich Joachim von Fiore habe mit dem „Dritten Reich“ des Heiligen Geistes, das auf das Reich des Vaters und des Sohnes folgen sollte, eine ganz eigenständige Idee entwickelt, später in säkularisierter Form „verkündet von einem ‚dux‘ oder ‚Führer‘, der als Erlöser bejubelt und von Millionen mit ‚Heil‘ begrüßt wurde“.

Ansatzweise mit Vico, endgültig mit Voltaire wird dann die christliche Heilserwartung verweltlicht: An die Stelle der eschatologischen Erwartung tritt jetzt der Fortschrittsglaube, und zwar schon bald, etwa seit Condorcet, mit einer solchen Unbedingtheit, daß der quasireligiöse Charakter unverkennbar ist. Erst seit Voltaire, der auch den Begriff „Philosophie der Geschichte“ zum ersten Mal verwendet, ist eine nichttheologische Deutung des historischen Geschehens möglich.

In großem Stil, im Sinne einer umfassenden spekula-

tiven Weltdeutung, ist dies durch Hegel geschehen. Gerade bei ihm sind allerdings die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie besonders gut zu erkennen, denn sein System – die fortschreitende Entfaltung des „Weltgeistes“ – ist nichts anderes als die säkularisierte Form christlicher Heilsgeschichte. Das gleiche ist beim Marxismus der Fall, der sogar einen Sündenfall kennt, nämlich den Übergang der Gesellschaft zum Privateigentum, und eine klar definierte eschatologische Erwartung, das Paradies der Arbeiterklasse.

Die Zeit nach Hegel ist gekennzeichnet durch die kategorische Ablehnung der göttlichen Vorsehung, die erneut durch einen rein diesseitig verstandenen Fortschrittsglauben ersetzt wird (Comte, Proudhon, Marx). Wenig später wird jedoch auch der Fortschrittsidee der Boden entzogen, insbesondere durch Burckhardt und Nietzsche. Gleichzeitig kommen wieder antike Vorstellungen wie die etwaige Wiederkehr des Gleichen zur Geltung (Nietzsche, Spengler). So unterschiedlich und so kontrovers sich die Geschichtsphilosophie des 19. und 20. Jahrhunderts auch darstellt, so ist ihr nach Löwith doch gemeinsam, daß – wie schon in der Antike, im Mittelalter und in der frühen Neuzeit – der Sinn, den man jeweils dem historischen Geschehen zugrunde legt, von außen her in die Geschichte hineingetragen wird. Lediglich Burckhardt „verwarf die theologischen, philosophischen und sozialistischen Geschichtsdeutungen und reduzierte damit den Sinn der Geschichte auf die bloße Kontinuität – ohne Anfang, Fortschritt und Ende“. Dieser „dürftige Rest einer volleren Sinngebung“, mit dem sich Burckhardt zufriedengeben muß, ist für Löwith die Bestätigung seiner Grundaussage, daß die Sinnfrage nicht aus der Geschichte selbst zu lösen ist.

Weltgeschichte und Heilsgeschehen ist erkennbar auch ein Produkt seiner Entstehungs-

zeit, in der man nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs bewußt auf abendländische Traditionen zurückgriff. Andererseits erscheinen die Thesen, die der Autor vertritt, nach wie vor plausibel. Ein weiteres Beispiel dafür, daß fundierte geisteswissenschaftliche Erkenntnisse kaum oder gar nicht veralten. Die Neuauflage erscheint genau zur rechten Zeit.

Ulrich March

Nietzsche und die Aufklärung

Renate Reschke (Hrsg.): *Nietzsche, Radikalaufklärer oder radikaler Gegenauflärer?* Nietzscheforschung Sonderband 2. Berlin: Akademie Verlag 2004. 376 S., geb, 74.80 €

„Übrigens ist mir alles verhaßt, was mich bloß belehrt, ohne meine Tätigkeit zu vermehren oder unmittelbar zu beleben.“ – Mit diesen Worten, die Goethe am 19. Dezember 1798 Schiller schrieb, leitet Nietzsche seine zweite *Unzeitgemäße Betrachtung* ein. Leider wird die vielleicht dringendste Forderung Nietzsches, nämlich die nach inspirierenden, tanzenden Gedanken, von den meisten, die sich ihm und seiner Philosophie akademisch zu nähern versuchen, so wenig beherzigt. Auch der hier behandelte Sammelband bildet da keine Ausnahme. Nietzsche, Radikalaufklärer oder radikaler Gegenauflärer? Man könnte meinen, ein solches Thema – Gegenstand einer internationalen Tagung vom Mai 2003 in Weimar – hätte die Referenten im besonderen Maße mit Kant dazu verpflichtet müssen, Mut aufzubringen, sich ihres „eigenen Verstandes zu bedienen“, und einen Bezug über Nietzsche und die Aufklärung zum (gegenwärtigen) Leben herzustellen. Weit gefehlt. Vielmehr scheint es, mit Verlaub, als fühlten sich besonders diejenigen zu Nietzsche hingezogen, die er aus vollstem Herzen be-

kämpfte und wegen ihrer blutarmen Gelehrsamkeit „Philister“ nannte. Menschen also, die vielleicht noch keinen einzigen unzeitgemäßen Gedanken geäußert haben, aber fünfzig Veröffentlichungen vorweisen können, und sich deshalb auch nicht scheuen, den tausendsten Aufsatz über jemanden zu schreiben, der ihrer „ins Unsinnige anschwellenden Buchmacherei“ äußert skeptisch gegenüberstand.

Die allermeisten der 36 in dem Band versammelten Aufsätze bewegen sich auf dem – freilich hohen – Niveau professoraler Abhandlungen: jovial, detailverliebt, gewohnt kenntnisreich; aber kaum einer der Autoren wagt es, mit Nietzsche wirklich eigene Wege zu gehen, um etwa zu fragen, was Nietzsches Ideen zur Aufklärung oder Gegenauflklärung für uns heute bedeuten oder bedeuten könnten. Zu den Ausnahmen, die anregen und nicht bloß belehren, gehört der Philosoph Herbert Schnädelbach. Er dringt tiefer in das Problem ein und bemerkt: „Wer Aufklärung freigibt, muß auch der Aufklärungskritik eine Chance geben, und dies selbst dann, wenn sie auf den ersten Blick aus der falschen Ecke zu kommen scheint; ... was Dogmatiker wie Georg Lukács als ‚Zerstörung der Vernunft‘ brandmarkten – die Romantik, den Historismus, die Tradition, Schopenhauer-Nietzsche-Freud, und selbst den politischen Konservatismus – haben wir inzwischen als Quelle berechtigter Einwände gegen die selber dogmatisch gewordene Aufklärungsbewegung achten gelernt.“

Mit den ersten und zugleich profundesten Aufsätzen, die der Band enthält, ist über Nietzsche und die Aufklärung denn auch schon fast alles gesagt: „Aufklärung ist Selbstaufklärung und Selbsterziehung und sonst nichts.“ Nietzsches „Aufklärung durch die Aufklärung (...) ist eine ‚neue Aufklärung‘, die zugleich durch die Feuertaufe der Kritik eines traditionellen Vernunft-, Moral-, Metaphysik-,

Politik-, Mensch- und Gottesverständnisses hindurch mußte, um am anderen Ufer der ‚alten Aufklärung‘ jene ‚neue‘ zu finden, die häufig nicht mit dem traditionellen Aufklärungsverständnis übereinstimmen will, ohne dessen kritische Aufhebung freilich auch nicht zu begreifen ist.“

Renommierete Nietzsche-Kenner wie Hans-Martin Gersch, Wiebrecht Ries, ferner Helmut Reinalter oder Herbert Schnädelbach glänzen mit ihren Beiträgen und geben ein Maß vor, das von den nachfolgenden Autoren kaum erreicht, geschweige denn überboten werden kann. So werden immer wieder Vergleiche bemüht, allzu naheliegende, wie der mit Kant, aber auch entfernte, etwa mit Luhmann. Andere suchen in abgelegenen Nischen nach einer Begründung, ihre Stimme zu erheben, und natürlich wird jeder irgendwo fündig. Spätestens nach hundert Seiten Redundanz, die sich aufgrund der Fülle von Beiträgen, die alle um die mehr oder weniger gleiche Fragestellung kreisen, kaum vermeiden läßt.

Und dann, fast am Schluß, doch noch ein überraschender Text, der wie eine ungewollte Ironisierung der zuvor gereichten, häufig allzu zähen Kost wirkt, und plötzlich auflacht wie das Satyrspiel nach einer langen Tragödien-Trilogie: Caroline Heinrich wirft einen kritischen Blick auf die „gegenwärtige Lage unserer Bildungsanstalten“. Kühl diagnostiziert sie die Symptome des Universitätsbetriebes, indem sie dessen Zwang, permanent zu publizieren, als eine inzwischen zum bloßen Selbstzweck verkommene Eitelkeit entlarvt.

Mit Nietzsche stellt sie fest, „daß dieser Eifer, zu produzieren, bewirkt, auf dem denkenden Auge blind zu werden. Eine weitere Folge der Produktionswut: Von rund 7 Millionen Artikeln, die pro Jahr in 74.000 Fachzeitschriften erscheinen, tauchen 64% nicht in einem Literaturverzeichnis oder einer Fußnote eines anderen Artikels auf. Es scheint einen stillen Konsens darüber zu geben, daß dann für die Ver-

öffentlichungsliste zu schreiben, bedeutet, für den Papierkorb zu schreiben.“ Damit hat sie wohl recht.

Frank Lisson

Vernichtungsgedanke

Martin Müller: *Vernichtungsgedanke und Koalitionskriegführung. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn in der Offensive 1917/1918. Eine Clausewitz-Studie*, Graz: Leopold Stocker Verlag 2003. 446 S., geb, 45 €

Mit der vorliegenden Studie wird dem Leser ein äußerst vielschichtiges und umfassendes Panorama der Kriegsjahre 1917–1918 geboten. Die Mittelmächte befanden sich nach dem Sieg von Flitsch-Tolmein und nach dem Ausscheiden Rußlands aus dem Krieg zum ersten Mal in der Lage, ein Kräfteschwergewicht im Westen bilden zu können. Die Oberste Heeresleitung schätzte die Gesamtlage derart günstig ein, daß sie im Gegensatz zur Reichsleitung einerseits im Osten große Räume besetzt halten wollte, andererseits bemüht war, an der Westfront noch vor Frühlingsbeginn 1918 zur entscheidenden Offensive überzugehen.

Aber: Sollte ein zusammengefaßter Angriff gegen die britische Front oder ein Angriff gegen die Franzosen bei Verdun oder gar ein zeitlich gestaffelter Ansatz erfolgen, um die gegnerischen Kräfte zunächst zu zermürben, bis man schließlich den Entscheidungsstoß anbrachte? Galten die Engländer oder die Franzosen als Hauptgegner? Wie viele Reserven erschienen notwendig, um mehrere Angriffe nacheinander zu führen und wann würde die Erschöpfung eintreten?

Die höchst detailreichen, aber auch langatmigen Erörterungen eröffnen tiefe Einblicke in das Denken der Planer und erfordern vom Leser die Bereitschaft, sich in die militärische Lage zu vertiefen. Es ging vor allem um den Gegen-

satz zwischen den Verfechtern eines vorgestaffelten Fesselungsangriffs in Flandern, dem der Entscheidungsstoß „Michael“ in Richtung Amiens und Abeville folgen sollte, und jenen Planern, die mehrere Teilschläge nacheinander führen wollten. Es lief im Grunde genommen darauf hinaus, ob die deutsche Militärführung am *Vernichtungsgedanken* gemäß Clausewitz festhalten oder zum *Zermürbungskrieg* in Form von Teilschlägen übergehen sollte.

Da schließlich der Michael-Angriff vom 21. März 1918 nach den Ideen Ludendorffs durchgeführt wurde und letztlich scheiterte, könnten sich nun alle diejenigen, die eine andere Lösung vertreten hatten, scheinbar im Recht fühlen. Tatsächlich hafteten den anderen Varianten (Großangriff in Flandern, aufeinander folgende Teilangriffe) ebenfalls Schwächen an, so daß der schulmäßige Beweis offen bleiben muß. Hatte nun Ludendorff mit seiner These recht, daß im Fall der Frühjahrsoffensive 1918 die Taktik über die Strategie zu stellen wäre? Der Meinungsstreit erweist sich als müßig, wenn man die Führungstätigkeit Ludendorffs während der Operation betrachtet: nach dem großen Erfolg des taktischen Durchbruches veranlaßte er einen Kräfteansatz, der exzentrisch nach Nordwesten, Westen und Südwesten zeigte, wodurch der weitere Angriff schließlich „zerflatterte“. Ob dies einer fehlerhaften Lagebeurteilung entsprang oder ob er die noch verfügbaren Reserven absichtlich zurückhielt, da er sie für künftige Operationen aufsparen wollte, sei dahingestellt. Die im Laufe des Frühjahrs und Sommers folgenden Angriffe in Flandern und in der Champagne stellen nur mehr verbissene Versuche dar, das Kriegsglück vielleicht doch noch zu wenden.

Dem Betrachter stellt sich die Frage, ob der Ausgang des Kriegs wirklich von einer einzigen Schlacht abhängig gewesen ist. Hat wirklich der operative Fehlgriff Luden-

dorffs durch die offenbar falsche Verwendung der Reserven das Ende des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns besiegelt? Daran schließt sich die fast schon geschichtsphilosophische These an, daß das Schicksal von Nationen und Staaten nicht auf den Spitzen der Bajonette ruht. Die letzte Kriegsphase 1917/18 legt vielmehr den Gedanken nahe, daß die führenden Persönlichkeiten der Mittelmächte die realen Machtverhältnisse als so widrig einschätzten, daß nur mehr die Lösung des „alles oder nichts“ auf militärischer Ebene Hoffnung machte. Daß sich eine solche Mentalität in der Politik durchsetzen konnte, ist aber am wenigsten dem Militär anzulasten.

Heinz Magenheimer

Konservative Revolution im Reprint

Quellentexte zur Konservativen Revolution, Toppenstedt: Uwe Berg Verlag 2004.

Bd 1: Friedrich Wilhelm Heinz: *Sprengstoff*, 257 S., 18.00 €

Bd 2: Rudolf Mann: *Mit Ehrhardt durch Deutschland*, 218 S., 18.00 €

Bd 3: Ernst H. Posse: *Die politischen Kampfbünde Deutschlands*, 103 S., 15.00 €

Bd 4: *Wir klagen an! Nationalisten in den Kerkern der Bourgeoisie*, 180 S., 18.00 €

Bestellungen: Verlag Uwe Berg, Tangendorfer Straße 6, 21442 Toppenstedt, Antiquariat-Uwe-Berg@gmx.de

Der Antiquar und Verleger Uwe Berg hat sich Verdienste um die Konservative Revolution erworben, und das nicht nur mit seinen voluminösen Katalogen zum Thema, sondern auch durch die *Toppenstedter Reihe*, in der er seltene Bibliographien nachdruckt oder neue zusammenstellen läßt, wobei selbst abgelegene Gestalten der KR wie Jörg Lanz von Liebenfels, Herman Wirth oder Adolf Bartels be-

handelt werden. Berg hat sich außerdem in der Vergangenheit mit Reprints befaßt, dabei seine Aufmerksamkeit aber auf Broschüren konzentriert, meistens Propagandaschriften der völkischen Bewegung, die für den Tagesgebrauch bestimmt waren und sich deshalb in kaum einer Sammlung erhalten haben.

Mit seinem neuen Projekt *Quellentexte zur Konservativen Revolution* beschreitet er einen neuen Weg. Hier werden in gediegener Ausstattung – alle Ausgaben sind fest gebunden – vor allem Schriften der Nationalrevolutionäre vorgelegt. Dabei handelt es sich um Arbeiten von eher autobiographischem Charakter (Bd 1: Friedrich Wilhelm Heinz: *Sprengstoff*), solche, die die Anfangs- (Bd 2: Rudolf Mann: *Mit Ehrhardt durch Deutschland*) und solche, die die Endphase der Entwicklung (Bd 3: Ernst H. Posse: *Die politischen Kampfbünde Deutschlands*, mit dem wichtigen Ergänzungskapitel der 2. Auflage *Die neueste Phase in der Entwicklung der Bünde. Antikapitalistische Massenstimmung in Deutschland*, sowie Bd 4: Hartmut Plaas: *Wir klagen an! Nationalisten in den Kerkern der Bourgeoisie*) behandeln.

Es wird dabei vieles im Detail deutlicher, was heute entweder vergessen ist oder nur noch summarisch behandelt wird, so der Ursprung des revolutionären Nationalismus in den Freikorps und dem Entschluß, die Kriegsniederlage nicht nur nicht hinzunehmen, sondern einen neuen Waffengang vorzubereiten, oder die Neigung zu „bolschewistischen“ Methoden, die vor allem in dem von Plaas, dem Adjutanten Kapitän Ehrhardts, herausgegebenen Band *Wir klagen an!* erkennbar wird. Eher systematischen und analytischen Charakter hat das Buch von Posse, übrigens einer der besten deutschen Sorel-Kenner der Zwischenkriegszeit. Posses Abhandlung über die Kampfbünde ist nicht nur zeitnäher, sondern auch in vielen Deutungen heutigen Interpretationen überlegen.

Das gilt vor allem in bezug auf den existentiellen Antrieb, der in der Endphase der Weimarer Republik zur „Bündigung“ führte.

Es ist unverkennbar, daß Berg mit den *Quellentexten zur Konservativen Revolution* ein bestimmtes, über das Geschäftliche hinausgehendes Anliegen verfolgt. Kaum jemand weiß so gut wie er, welche Preisentwicklung sich auf dem Antiquariatsmarkt für Originalliteratur der KR vollzogen hat. Das gilt auch und gerade im Bereich der Nationalrevolutionäre, deren Bücher selten höhere Auflagen erreichten. Wer noch vor ein paar Jahren mit „Mohlers Telefonbuch“ (Herman Schmalenbach) auszog, um seine Sammlung zu komplettieren, der konnte schöne Erfolge erzielen. Davon ist jetzt keine Rede mehr. Viele Bücher, die der fortschrittliche Antiquar einst in die „Grabbelkiste“ warf, werden heute für astronomische Summen gehandelt. Insofern bietet Berg mit seiner Reihe die Möglichkeit, Lücken zu füllen, und dem, der sich scheut, in den wertvollen Originalen zu kommentieren, liefert er außerdem solide Arbeitsexemplare. Man muß deshalb hoffen, daß dem Verleger Berg sein Elan noch lange erhalten bleibt und in die Reihe der *Quellentexte* viele weitere Titel aufgenommen werden.

Karlheinz Weißmann

Europäischer Geist

Paul Hazard: *Die Krise des europäischen Geistes 1680-1715*, Warendorf: Johannes G. Hoof 2004. 583 S., kt, 24.80 €

Dieses Buch ist ein Klassiker, allerdings ein vergessener. Hazards Darstellung der europäischen Geistesgeschichte am Beginn der Aufklärung, zuerst 1936 in der französischen Originalfassung erschienen, gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland zu den am meisten gelesenen philosophischen Büchern. Die Ursache war vor allem, daß

die Gebildeten damals dazu neigten, den Zusammenbruch in einem metaphysischen Sinn zu deuten, dergestalt, daß die totalitäre Ordnung als Konsequenz einer nihilistischen Tendenz zu gelten habe, die mit dem Rationalismus eingesetzt hatte und über die Aufklärung in jene Bewegungen mündete, die versuchten, aus der Macht des Menschen eine neue Ordnung zu erfinden. Es war Hazards skeptische Sicht auf die Gesamtrichtung, die ihn dem deutschen Vorbehalt gegenüber der Aufklärung nahebrachte und ihn als Verbündeten erscheinen ließ im Kampf gegen den „großen Abfall“. In dem Maß, in dem sich die „zweite Aufklärung“ in der Bundesrepublik etablieren konnte, traten Deutungsansätze wie der von Hazard in den Hintergrund. Deshalb spielen seine Argumente heute kaum noch eine Rolle, und deshalb ist es an der Zeit, sie wiederzuentdecken.

Martin Voelkel

Französische Rechte

Alain de Benoist: *Bibliographie générale des droites françaises*, zwei Bde, Coulommiers: Edition Dualpha 2004. 614 + 472 S., kt, je 35.00 €

In der Einleitung dieser Bände heißt es, eine Bibliographie zu verfassen, sei wie der Gang über einen Friedhof. Überall sehe man Monumente der Geschichte, imposant oder zusammengestürzt, verwittrte Inschriften, Erinnerungen an bedeutende Persönlichkeiten. Alain de Benoist hat seine auf vier Bände angelegte *Bibliographie générale des droites françaises* aber nicht aus Sentimentalität verfaßt, sondern aus dem Gefühl einer „Frustration“, einer Frustration darüber, daß es Bücherverzeichnisse zu allen möglichen Themen gebe, aber keine Bibliographie der französischen Rechten.

Es ging also vor allem darum, ein wissenschaftliches Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Daß Benoist sich sei-



Heft 9



Heft 10



Heft 11

Jahresabonnement (4 Hefte):
30€, reduziert 20€

Bestellungen unter
Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Albersroda

Fax/Tel: (034632) 90942

nem Gegenstand mit Sympathie nähert, ist demgegenüber zweitrangig, allerdings auch nicht ganz zu vernachlässigen. Damit hängt wohl zusammen, daß die behandelten Autoren zwar im konventionellen Sinn als „rechts“ gelten, aber die Auswahl doch alles andere als selbstverständlich erscheint. So fällt vor allem eine Lücke auf, entstanden aus dem Fehlen der ganzen gegenrevolutionären Tradition im engeren Sinn mit den Brüdern de Maistre, de Bonald, de Châteaubriand.

Zum anderen legt Benoist einen besonderen Akzent auf die Querköpfe, die sich eindeutiger Zuordnung zur Rechten entziehen, etwa der Grenzgänger des Sozialismus Georges Sorel oder der aus der *Action Française* hervorgegangene Georges Valois, der die älteste faschistische Gruppe Frankreichs schuf, dann aber zur Linken übertrat und für seinen militanten Antifaschismus als *résistant* mit der Inhaftierung in Bergen-Belsen bezahlte, wo er noch 1945 an Typhus starb.

Benoist hat mit der Bibliographie der französischen Rechten seinen früheren Arbeiten auf diesem Gebiet – Verzeichnisse zu Ernst Jünger und Carl Schmitt zum Beispiel – eine weitere an die Seite gestellt. Sie wird vielleicht für Frankreich einmal eine ähnliche Funktion erfüllen wie Armin Mohlers *Konservative Revolution* für Deutschland; auch im Hinblick auf den Ansatzpunkt ihrer Überlegungen sind sich beide einig: daß die Rechte niemals ein homogenes, sondern immer ein plurales Gebilde war.

Karlheinz Weißmann

Deutsche Jugendbewegung

Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung, Bd. 19/1999–2001, Schwalbach: Wochenschau 2004. 326 S., kt, 29.80 €

Man hat lange auf die neue Folge des *Jahrbuchs der Archiv*

der deutschen Jugendbewegung warten müssen. Die von einer breiteren Öffentlichkeit kaum registrierten Vorgänge um die Tötung einer Mitarbeiterin durch den Archivleiter Winfried Mogge haben dazu geführt, daß die Arbeit der traditionsreichen Institution einige Zeit gefährdet schien. Mittlerweile konnte die akute Krise überwunden werden, nicht zuletzt, weil das Land Hessen das Archiv stärker als in der Vergangenheit unterstützt. Ein *Jahrbuch* im strengen Sinn ist das *Jahrbuch* schon lange nicht mehr, aber immerhin liegt jetzt erstmals seit 1998 wieder ein Band vor, der die Jugendbewegung und die benachbarten Themenfelder – Lebensreform und Konservative Revolution – behandelt. Dabei ist die Qualität der einzelnen Beiträge, was bei solchen Sammelbänden kaum überrascht, ausgesprochen unterschiedlich. Positiv hervorzuheben sind die systematischen Arbeiten von Gerhard Kratzsch über „Kunstwart und Dürerbund“, von Marina Schuster über einige eher unerwartete Beziehungen zwischen Jugendbewegung und Kunst (bis hin zum Bauhaus) und von Christian Niemeyer, der die These vom Einfluß Nietzsches auf die Jugendbewegung prüft – und verwirft; außerdem liefert Jürgen Plaschke einige erhellende Informationen über die merkwürdig wenig erforschte Biographie Hans Blühers und Ortrud Wörner-Heil über den Lebensreformer Hermann Pfeiffer. Als negative Beispiele müssen der Beitrag von Peter Ulrich Hein über „Künstlerische Avantgarde zwischen Kulturkritik und Faschismus“, dem man weder Brauchbares über die Jugendbewegung noch über „Kulturkritik“ oder „Faschismus“ entnehmen kann, und dann die Untersuchung des notorischen Helmut Kellershohn über die Deutsche Gildenschaft genannt werden, die bei allem Detailreichtum doch zu sehr dem erkenntnisleitenden Interesse des professionellen Antifaschisten verhaftet bleibt.

Karlheinz Weißmann